Doping-Heuchler, S. 4

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

Nr. 4 – 26. Januar 2018

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro

ZKZ 05524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Teil des Problems, nicht der Lösung: Juso-Chef Kevin Kühnert auf dem Bonner SPD-Parteitag am 21. Januar Bild: Imago

Rote Geisterfahrer

Der Niedergang der politischen Linken hat einen Namen: Multikulti

In der Groko-Debatte bietet die SPD ein erbarmungswürdiges Bild. Doch der wahre Grund ihrer Existenzkrise wurzelt tiefer.

Die SPD steckt fest wie ein Mensch im Treibsand. Egal, wohin sie sich wendet, sie sackt nur immer noch tiefer ein. Selbst wenn sich die Partei gar nicht mehr rühren sollte, was nur theoretisch denkbar ist – es würde ihren weiteren Untergang nicht aufhalten. Treibsand verschlingt selbst tote Gegenstände ohne Erbarmen.

Nach der knappen Entscheidung für weitere Verhandlungen zur nächsten Groko bleibt die Sozialdemokratie obendrein gespalten. Parteichef Martin Schulz, vor einem Jahr noch wie ein Erlöser umjubelt, wirkte nach dem Bonner Parteitag ratloser und verbrauchter denn je. Seine Zeit läuft ab, da sind sich die Kommentatoren einig. Dass Fraktionschefin Andrea Nahles das Zeug hat, die SPD doch noch aus der Krise zu führen, darf bezweifelt werden.

Viele sehen in dem jungen, eloquenten Juso-Chef Kevin Kühnert den möglichen Retter, einen deutschen Sebastian Kurz von links. Zu jung? Kühnert ist in dem Alter, in dem der Österreicher Kurz Außenminister wurde.

> Es sind die einfachen Menschen, die am meisten leiden

Doch Kühnert und seine Anhänger sind selbst Teil des existenziellen Problems, welches das linke Lager in Deutschland in ein historisches Loch stürzt. Gerade die „kleinen Leute“, die sozial Schwachen und die untere Mittelschicht, sind es nämlich, welche die immer drückenderen Folgen der offenen Grenzen, der Asylflut zu spüren bekommen. Ob auf dem Arbeitsmarkt für Geringqualifizierte, bei der Suche nach günstigen Wohnungen oder als Opfer der schwindenden öffentlichen Sicherheit gerade in Stadtteilen der wenig Begüterten: Die Folgen der Massenzuwanderung massieren sich dort, wo die (einstige) Klientel linker Parteien lebt.

Doch die linke Elite krallt sich an ihre Ideologie des Multikulti, zeigt sich blind für die Sorgen der einfachen Menschen – verachtet sie gar offen als „Pack“ oder „Wutbürger“, wenn ihnen der Kragen platzt. Einzig die Grünen können sich dem Abwärtsstrudel entziehen. Ihre Anhänger sind die im Schnitt bestverdienenden aller Parteien. Sie teilen die Sorgen der weniger Glücklichen weder sozial noch räumlich.

Der Traum, die von Oskar Lafontaine und Sahra Wagenknecht angedachte „Sammlungsbewegung“ könnte unter Einschluss des linken SPD-Flügels der politischen Linken wieder Schwung verleihen, kann daher nicht aufgehen. Es ist ja gerade Wagenknechts und Lafontaines Einsicht, dass Sozialstaaten ohne geschützte Nationen und Grenzen nicht überleben können, welche Kühnert und die Seinen so verbissen leugnen.

Ob für oder gegen Groko ist daher zweitrangig. Das Problem des roten Lagers insgesamt liegt viel tiefer: Abgesehen von ein paar Warnern wie Wagenknecht und Lafontaine befindet es sich auf einer ideologischen Geisterfahrt gegen die Interessen seiner eigentlichen Kernwählerschaft. *Hans Heckel*

Jan Heitmann:

In der Pflicht

Eine kulturelle Bereicherung seien die Zuwanderer, tönte der damalige Bundespräsident Joachim Gauck, als ein wahres Invasionsheer vorwiegend muslimischer Asylsucher in unser Land einfiel. Sicherlich gibt es unter denjenigen, „die schon länger hier sind“, solche, die beispielsweise ein öffentliches Fastenbrechen als kulturell ungemein bereichernd empfinden. Die Mehrheit der Deutschen dürfte sich aber für eingeführte Veranstaltungen begeistern. Doch davon könnte es zukünftig deutlich weniger geben. Denn immer mehr Länder und Kommunen wollen die Kosten für zusätzliche Sicherheitsmaßnahmen auf die Veranstalter und Schausteller abwälzen. Wenn aber die Kosten für Terrorabwehrmaßnahmen privatisiert werden, würden kommerzielle Veranstaltungen zu Verlustgeschäften und der Traditionspflege dienende Veranstaltungen unbezahlbar werden. Dann stehen der Karnevalsumzug, das Schützenfest, der Weihnachtsmarkt, die Kirmes und auch Großveranstaltungen wie der Stadtmarathon oder die Harley Days auf der Kippe – eine kulturelle Entreicherung sozusagen.

Die Gefahrenabwehr ist einzig und allein Aufgabe des Staates. Das gilt besonders dann, wenn der Staat die Bedrohung erst durch die ungezügelte und überwiegend rechtswidrige Zuwanderung selbst herbeigeführt hat. Nicht die Veranstalter sind die Störer der Ordnung, sondern muslimische Terroristen, die durch die offenen Grenzen ins Land gekommen sind. Die Gefahr geht nicht von den Veranstaltungen aus, sie wird von außen hineingetragen. Deshalb ist allein der Träger der hoheitlichen Gewalt in der Pflicht zu zahlen. Damit wir weiter Karneval feiern oder die Marathonläufer an der Strecke anfeuern können.

»Zu viel Aufwand«

Bundesregierung lehnt Auskünfte zu ausländischen Diensten ab

Die Bundesregierung verweigert die Antwort auf eine Kleine Anfrage der Fraktion der Linkspartei zu ausländischen Geheimdiensten in Deutschland. Die Abgeordneten wollten wissen, „in wie vielen Fällen Stellen des Bundes seit 2015 Hinweise auf nachrichtendienstliche Tätigkeit ausländischer Geheimdienste in Deutschland erhalten“ hätten. Zudem baten sie um eine Auflistung nach Jahren sowie beteiligten Stellen und stellten mehrere Anschlussfragen. In ihrer Vorbemerkung verwiesen sie auf die im Sommer 2013 auf der Basis der von Edward Snowden und anschließend durch die Arbeit des Untersuchungsausschusses bekannt gewordenen Aktivitäten der US-Geheimdienste sowie die Bespitzelung türkischer und kurdischer Oppositioneller durch den türkischen Geheimdienst in Deutschland. Zudem erinnerten sie die Bundesregierung an deren im Untersuchungsausschuss gemachte Zusage, dass künftig „auch geheimdienstliche Aktivitäten von Partnern in Deutschland Gegenstand der Abwehrbemühungen der deutschen Behörden“ sein würden.

Die Bundesregierung will zu all dem jedoch nichts sagen und redet sich damit heraus, dass das parlamentarische Informations- und Auskunftsrecht „unter dem Vorbehalt der Zumutbarkeit der Beibringung der erbetenen Informationen“ stehe. Hinweise auf nachrichtendienstliche Tätigkeiten ausländischer Geheimdienste würden aber weder in Sammelakten geführt noch würden diese in Statistiken erfasst. Der weit überwiegende Teil des zu sichtenden Aktenbestandes müsste daher „mittels einer intensiven Recherche händisch ermittelt werden“. Den damit verbundenen Verwaltungsaufwand lehnt die Bundesregierung als nicht zumutbar ab. Schon allein die Beantwortung der ersten Frage hält sie für unmöglich. Da die weiteren Fragen in einem „untrennbaren sachlichen Zusammenhang“ zu dieser stünden, werden auch diese von ihr nicht beantwortet. *Jan Heitmann*

Reger Söldnertourismus

Konfliktparteien schätzen aus Deutschland anreisende Kämpfer

In den vergangenen Jahren sind nach Schätzungen der Bundesregierung rund 960 Personen aus Deutschland in Richtung Syrien oder Irak gereist, um dort auf Seiten des IS und anderer terroristischer Gruppierungen an Kampfhandlungen teilzunehmen oder diese in sonstiger Weise zu unterstützen. Etwa ein Drittel der ausgereisten Personen, also über 300, soll sich mittlerweile wieder in Deutschland befinden. Bei diesem Personenkreis liegen den Sicherheitsbehörden nur zu gut 80 Personen Erkenntnisse vor, dass sie sich aktiv an Kämpfen beteiligt oder hierfür eine Ausbildung absolviert haben. Zudem liegen Hinweise vor, dass rund 150 der ausgereisten Personen in Syrien oder im Irak ums Leben gekommen sind.

Die Generalbundesanwaltschaft hat zwischen 2013 und 2017 in 174 Fällen ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts einer Mitgliedschaft in oder der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung im Ausland eingeleitet. Gegen 22 Personen erging ein Urteil, 21 Verfahren wurden eingestellt. Die restlichen Verfahren wurden noch nicht abgeschlossen oder an die Justiz der Länder abgegeben.

Allerdings gibt es auch viele Personen mit festem Wohnsitz in Deutschland, die in den vergangenen Jahren nach Syrien oder in den Irak ausgereist sind, um dort gerade gegen den IS zu kämpfen. So liegen den Sicherheitsbehörden Informationen über 183 Personen aus Deutschland vor, die sich den kurdischen Volksverteidigungseinheiten und anderen Milizen angeschlossen haben. Von den seit 2013 zu diesem Zweck ausgereisten Personen sind bislang 112 zurückgekehrt.

Weiter sind 26 Personen bekannt, die in den Jahren 2014 und 2015 von Deutschland in die Krisenregion der Ostukraine ausgereist sind. Davon sollen 20 Personen die pro-russischen Separatisten unterstützt haben oder immer noch unterstützen. Von ihnen sollen zwei Personen getötet worden sein. Zwei Kämpfer sind bisher nach Deutschland zurückgekehrt. *J.H.*

Zwischen Dirndl und Tscheka

Impressionen aus dem Stalingrad von heute – Deutsche Besucher willkommen

Vor 75 Jahren neigte sich die Schlacht um Stalingrad ihrem Ende zu. Noch heute sind die Spuren des Krieges in der wiederaufgebauten Stadt so allgegenwärtig wie die sorgsam gepflegte Erinnerung an damalige Geschehen.

Die Brezel war perfekt. Grobkörniges Salz darauf. Das Paulaner-Bier in einem Originalhumpen. Die Weißwürste im heißen Wasser und stilgerechter Terrine. Serviert von freundlichen Kellnerinnen im Dirndl. Hatte ich Bayern an der Wolga getroffen? Auch das Enterieur ist bayrisch ausgerichtet: rot-weiß karierte Tischdecken, an den Wänden Fotos von bayerischen Bierrössern, Bierkessel, Anzapfer, Münchner Kneipen zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Aber all dieses wurde nicht in Bayern beobachtet, sondern in einer Stadt, die Verdun als „Hauptstadt aller Schlachten“ abgelöst hat: in den Paulaner Bierstuben des Park Inn Hotels in Stalingrad, das seit 1961 Wolgograd heißt. Diese Stadt hat Gefallen an Bayern gefunden. Im Zentrum, in der Komsomolskaja Straße konnten weitere bayrische Restaurants ausfindig gemacht werden, die „Brezel“ und das „Bamberg“. In der Stadt hängen große Plakate von jungen Frauen im Dirndl mit zahlreichen Maß Bier in den Händen. Anscheinend wird die Lebensart im Süden Deutschlands als besonders attraktiv empfunden.

Die Stadt und ihre Bewohner – heute mehr als eine Million Menschen – hat ihre Vergangenheit in den Griff bekommen. Die Normalität im Straßenbild, das dem westlichen sehr ähnelt, beweist das. Ein fast mediterranes Flair. Wie war das möglich? Ein Weiterleben nach der Hölle 1942/1943? Eine Eisenbahningenieurin aus Moskau erzählt: Sie war als Flakartilleristin auf dem Schlachtfeld im Norden Stalingrads. Nach 1945 lebte sie in Moskau. Im September 1945 kam der Aufruf an die Kriegsteilnehmer, mit Uniform und Orden durch die Straßen der russischen Hauptstadt zu marschieren. Da sah sie Menschen, die sie freundlich anlächelten. Das gab ihr Kraft und neue Zuversicht.

Der Offizier und Kommandeur eines Panzervernichtungsbataillons, der aus dem Gebiet von Brjansk stammende heute 97-jährige Leiter der Stalingrader Veteranen, Wassili Semjonowitsch Turow, ist nach seiner Dienstzeit in der Armee nach Stalingrad gegangen. Seine ukrainische Ehefrau hatte die ersten Jahre nicht gemeinsam die Nächte im Schlafzimmer verbracht, weil Veteran Turow vom Krieg träumte und im Traum schrie. Erstaunlich, dass dieser ehemalige sowjetische Offizier schon in den 50er Jahren versuchte, seine traumatischen Kriegserlebnisse in dieser Stadt mit Yoga beizukommen.

Die letzten deutschen Soldaten im Stalingrader Nordkessel kapitulierten am 2. Februar 1943. Die Stadt war weitgehend zerstört, im Zentrum stand nur noch ein einziger Baum – heute das einzige lebende Denkmal in der Stadt, das an die Schlacht erinnert.

Man kann die Spuren des Krieges in der Stadt und in der Steppe zwischen Don und Wolgograd entdecken. Wenn im Frühjahr gepflügt wird, kann man auf den Luftbildern des Gebietes überall weiße Punkte sehen. Das sind die Schädel und Knochen von Menschen und Pferden. Geht man durch die Steppe bei Pitomnik, wo einst der wichtigste Flugplatz im Kessel war, kann man alles finden: Granaten, Geschützrohre, Patronen, Stahlhelme, Pferdeknochen, Knöpfe von Uniformen und Wehrmachtsunterwäsche, Nivea-Dosen. Da bleibt es auch nicht aus, dass mit den Fundstücken und Relikten des Krieges gehandelt wird und die Geschäfte blühen - bereits seit den 60er Jahren.

Mikhail Shuvarikov kennt die Stadt, die Umgebung und die Geschichte sehr gut. Er betreibt ein kleines Unternehmen, die „Stalingrad Battlefield Tours“, führt Veteranen, Interessierte und Touristen über die Schlachtfelder des Stalingrader Kessels. Er zeigt die Orte und Plätze dieser erbarmungslosen Schlacht wie das berühmte Getreide-Silo, die Traktorenfabrik Dzierzynski, den Hauptbahnhof mit dem Brunnen der tanzenden Kinder, den Rest des ehemaligen Kaufhauses Univermag, wo Generalfeldmarschall Friedrich Pauls die letzten Tage des Januar 1943 bis zu seiner Gefangenennahme sein Hauptquartier hatte – angeblich war der Gang, wo heute ein Kriegsmuseum Exponate ausstellt, hüfthoch mit Kot gefüllt, da die Soldaten wegen der Scharfschützengefahr nicht „vor die Tür“ gehen konnten und auch keine Toilette zur Verfügung stand. Mikhails Büro ist in einem ehemaligen Luftschutzkeller eines Wohnhauses im Stadtzentrum.

Nachdem die Soldaten der 6. Armee in die Gefangenschaft gewankt waren, musste sofort die Leichenbergung in der Stadt beginnen. In Straßen und Kellern lagen 16 000 Pferdekadaver und 150 000 Leichen. In einigen Fällen gingen sowjetische Pioniere mit Flammenwerfern durch die Kellerräume. Das Frühjahr stand bevor, Seuchen bedrohten die übrig geblieben Bewohnen der Ruinenwüste. Wenn der festgefrorene Boden nicht aufzugraben war,


Alle Fotos: Foedrowitz

Beherrschend in der Erinnerungskultur: „Mutter Heimat ruft“

wurden die Leichen aufgestapelt, zu 200, zu 300, zu 600, mit Benzin übergossen und verbrannt. Die Stapel brannten wochenlang. Es wurden Bauern mit ihren Panjewagen einbestellt. Jeder Mann hatte pro Tag 25 bis 30 Leichen zu bergen, jede Frau 20 bis 25. 3500 Stalingrader und 1200 deutsche Kriegsgefangenen wurden für das Einsammeln der Leichen aufgeboten. Viele dieser Toten wurden in einem bereits 1942 ausgehobenen Panzergraben beerdigt. Bis heute werden bei Bauarbeiten Massengräber freigelegt.

Im ersten Monat sind in den Kriegsgefangenenlagern in Beketowka 42 000 deutsche Kriegsgefangene verstorben. Sie wurden in Massengräbern beigesetzt oder in großen Scheiterhaufen verbannt.

Dann mußte die Ruinenwüste von Munition gesäubert werden. Allein auf der schwer umkämpften Höhe 102, dem berühmten Mamajew Kurgan, wurden 40 000 Blindgänger, Bomben und Granaten, entschärft. Die Minenräumung war aufwendig und mußte bis zum Sommer 1943 intensiv weitergeführt werden. Die Räumung wurde von Frauen, Halbwüchsigen und Kriegsgefangenen durchgeführt. Westlich Stalingrads in der Steppe wurde noch bis weit in die 70er Jahre die Minenräumung durchgeführt.

Dann mußten die Straßen geräumt werden. Abgeschossene Panzer, zerbeulte Lastkraftwagen und Zugmaschinen, Pkw aller Fabrikate wurden abgeschleppt und zumeist im Stahlwerk „Roter Oktober“ eingeschmolzen. Allein auf der Don-Höhenstraße standen über 1000 abgeschossene Sowjetpanzer. So konnte der „Rote Oktober“ bis Mitte der 50er Jahre neuen Stahl liefern.

Dann wurden die Bahnhöfe aufgeräumt, der Stalingrader Bahnhof war im März 1943 wieder in Betrieb und schon am 11. April 1943 konnte der Zugverkehr Moskau–Stalingrad wieder aufgenommen werden. Das war insofern von Bedeutung, als im großen Maßstab Baustoffe in die Stadt sowie schweres Baugerät hineingebracht werden konnten. Dann kamen auch sowjetische Architekten und Bauarbeiter in die Stadt. Die Leistungen waren beeindruckend. Im Zentrum war bereits 1954 alles wieder aufgebaut: großzügige Wohnblöcke mit sehr vielen Parks und Gärten.

Der Wiederaufbau wurde sofort nach Beendigung der Kämpfe begonnen. Der britische Premierminister Winston Churchill hatte Stalin vorgeschlagen, die Ruinenstadt als Freilichtmuseum stehen zu lassen. Stalin daraufhin: „Das könnte ihm so passen!“ Der Abriß der Ruinen folgte, es hatten in Stalingrad nur knapp 15 Häuser unbeschädigt den Krieg überstanden, meist leicht erkennbar als „Stalingrad Barock“ in roter Backsteinausführung. 91 Prozent der Gebäude der Stadt waren zerstört worden. 8000 Bewohner Stalingrads hatten in der Trümmerwüste der Stadt überlebt. Sie begannen nun mit der Räumung von Schutt, füllten Bombentrichter und zahlreiche Balkas in die Stadt verschwanden, um damit den Bau einer neuen Infrastruktur zu erleichtern. Deutsche Kriegsgefangene waren maßgeblich am Aufbau der Häuser und Straßen beteiligt. Die von den Deutschen gebauten Häuser wurden scherzhaft als die „Häuser für die Ewigkeit“ bezeichnet, eine versteckte Wertschätzung der Qualität deutscher Arbeit.

Das Gedenken kam erst später. Das erste Denkmal war dem NKWD gewidmet, es wurde am 28. Dezember 1947 eingeweiht. Die sowjetische Geheimpolizei hatte eine Division aufgestellt, die an den schweren Kämpfen in der Stadt beteiligt gewesen war. „Groß ist die Erinnerung, die Orten innewohnt“, das hat schon Cicero gesagt. Und Wolgograd, das sich für einige Tage im Jahr auch „Heldenstadt Stalingrad“ nennen darf, hat da einiges zu bieten. Bis zum Jahre 2007 wurden 28 Massen- und drei Einzelgrabanlagen eingerichtet, 266 Gedenktafeln aufgehängt, 20 Gedenkstätten, 22 Obelisken, neun Skulpturen, 14 Heldenbüsten, 32 Panzer vom Typ T-34, drei Ruinengedenkplätze, ein Mahnmal für Zivilopfer sowie eine Heldenallee eingerichtet. Stalingrad ist, wenn man alle Denkmäler im Oblast Wolgograd dazu zählt, also auch das Ostufer der Wolga die „Stadt der 1000 Denkmäler und Gedenkorte“. Selbst den Minenhunden ist ein Denkmal gewidmet. Ein Denkmal, das die gesamte Stadt durchzieht, ist die mit Marmorsockeln und darauf gesetzten T-34-Panzertürmen ausgestattete Frontlinie der 62. Armee von General Tschuikow, die bis auf das Letzte die Stadt verteidigt hatte. Mittlerweile kennzeichnen diese Frontlinie 19 Panzertürme. Tschuikow selbst sind mehrere Denkmäler und Statuen gewidmet, an der Wolga, in dem westlichen Vorort Gorodischtsche. Nach ihm sind Straßen benannt worden, sein Grab ist auf dem Mamajew Kurgan, und eine Großplastik aus Beton auf dem Weg zur „Mutter Heimat“ trägt seine Gesichtszüge. Auch der berühmte Scharfschütze Wassili Zaizew, der nach dem Kriege in Kiew eine Nähmaschinenfabrik leitete, ließ sich auf dem Mamajew Kurgan begraben.

Beherrschend in der Erinnerungskultur der Stadt, ja ganz Russlands, ist die Großplastik „Mutter Heimat ruft“, die auf dem nach 1945 erhöhten Mamajew Kurgan steht, eigentlich ein Grabhügel des tartarischen Heerführers Mamajew. Das mag nicht jedermanns Sache sein, aber die Russen, die Stadtbevölkerung Wolgograds haben diesen Ort als Gedenkstätte angenommen. Die 8000 Tonnen schwere „Mutter Heimat“ ist wirklich groß. Das Projekt des Bildhauers Jewgeni Wutschetitsch begann in den 50er Jahren und die Großplastik wurde am 15. Oktober 1967 eingeweiht. Sie ist 85 Meter hoch, allein das Schwert misst 33 Meter und wiegt 14 Tonnen.

Die Anlage bedeckt den gesamt östlichen Hügel mit Bassins („Seen der Tränen“), Skulpturen wie der Pieta, Einzel- und Massengräber sowie der Halle des militärischen Ruhmes mit der ewigen Flamme auf einer Fackel, gehalten von einem Arm, der aus der Erde herausragt. Die Monumentaltität des Gedenkortes kann vermuten lassen, dass hier nicht des einzelnen Soldaten gedacht wird, sondern dass es sich hier um eine Legitimation der Sowjetmacht handelt. Man kann die „Mutter Heimat“ von innen betreten, kann manchmal die Köpfe des Wartungspersonals im geöffneten Mund sehen.

Stalin selbst kommt in der Stadt, die einmal seinen Namen trug nicht mehr vor. Sehen kann man Statuen von Lenin, nach ihm sind auch eine der Hauptstraßen und ein großer Platz benannt.

Eine deutsche zentrale Gedenkstätte gibt es auch, aber über 30 Kilometer von der Stadt entfernt inmitten der Steppe bei Rossoschka. Der in Russland umstrittene Gedenkort wurde am 15. Mai 1999 eingeweiht, er war nur möglich geworden, weil der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge dort auch einen Friedhof für jetzt 30 000 sowjetische Soldaten finanziert. Die Toten von 200 bisher lokalisierten Grabstellen wurden nach Rossoschka umgebettet. Viele Gräber waren allerdings schon geplündert worden und beispielsweise Zahngold aus Schädeln gebrochen. In Rossoschka sind jetzt etwa 187 000 deutsche Soldaten begraben, die Namen der Vermissten auf 143 Betonwürfeln verewigt.

Die heutige Gedenkkultur wirkt entspannter, findet auch ihren Niederschlag in inszenierten „Reenactments“, bei denen Episoden der Schlacht um Stalingrad nachgestellt werden. Mikhail Shuvarikov hat diese Ereignisse mit der Kamera festgehalten, wird auch als Konsultant geschätzt. Auch wenn die Erinnerung an die Schlacht verblasst, achtet man auf Respekt und Anstand. Als ein ägyptischer Student in die Ewige Flamme des Denkmals für Bürgerkrieg und Zweiten Weltkrieg urinierte wurde er festgenommen, verprügelt, zu eineinhalb Jahren Lager verurteilt und dann ausgewiesen.

Michael Foedrowitz



Begrüßung im Dirndl: Bedienungen des Restaurants „Bamberg“



Martialisches Gedenken: Stadtgrenze von Wolgograd an der E40



Symbolträchtige Orte: Das erbittert umkämpfte Getreidesilo und der Keller des Kaufhauses Univermag, heute Museumsraum

»Die Schweigespirale durchbrechen«

Diskussion mit Blogger »Don Alphonso« und Birgit Kelle bei »Frauen für Freiheit« in Berlin

Wie man mit Humor und unterhaltsam über ernste Themen diskutieren kann, zeigten der bekannte „FAZ"-Blogger „Don Alphonso" (alias Rainer Meyer) und Bestsellerautorin Birgit Kelle („Gendergaga") bei „Frauen für Freiheit" in der Berliner „Filmbühne". Es ging um das Beschweigen der Gewalt von Zuwanderern, die Verirrungen des Gender-Feminismus und Politische Korrektheit im Journalismus.

Die Podiumsdiskussion moderierte die Gründerin von „Frauen für Freiheit", Rebecca Schönenbach. Sie ist Volkswirtin und zertifizierte Expertin für islamische Finanzierungen. Auch wie islamischer Terrorismus sich finanziert, gehört zu ihrem Spezialgebiet. „Frauen für Freiheit" hat sie als Reaktion auf die Ereignisse in der Silvesternacht in Köln am Jahreswechsel 2015/16 gegründet. Alle Frauen, die sie kenne, hätten inzwischen ihr Verhalten angesichts der neuen Gefährdungslage verändert: „U-Bahnlinien werden ab einer bestimmten Uhrzeit nicht mehr benutzt, sie fahren ihre Töchter mit dem Auto zur Schule, und es gibt Angst, noch auf bestimmten Straßen zu gehen". Sie vermisse Proteste angesichts solcher „massiven Veränderungen" für die Frauen.

Eine junge Immigrantin aus dem Publikum erklärte dazu: „Sie haben gefragt, wieso die Mehrheit nichts sagt. Niemand will als Nazi bezeichnet werden. Man will nicht in die ‚rechte Ecke' gestellt werden. Das ist mir passiert, als Ausländerin!" Sie wohne in einem Ort, fügte sie hinzu, „wo man viele Sachen mitkriegt, aber man darf gar nichts sagen". Eine Lehrerin berichtete, Kolleginnen würden Vorfälle sofort relativieren.

Kelle bestätigte: „Wir haben schon angefangen, unser Verhalten zu ändern. Wir meiden manche Orte." Wer es sich leisten könne, nehme ein Taxi. Gemeinsam mit ihrer Tochter habe sie einen Selbstverteidigungskurs absolviert. „Wir müssen die Schweigespirale durchbrechen", forderte sie, „wir dürfen uns nicht mundtot machen lassen." Auch wenn jemand „sofort wieder mit der Nazikeule" komme. „Unser halbes Land", so Kelle ironisch, „ist inzwischen voll von Nazis. Das ist doch langsam lächerlich."

„Wenn wir", sagte sie, „keine offene Debatte führen können, werden die Wogen hochschlagen und alle extremen Ränder haben Zulauf."

In der „Filmbühne" in Berlin: Rainer Meyer, Birgit Kelle und Rebecca Schönenbach (v.l.) Bild: Leh

Paradoxerweise würden Feministinnen „bei jedem falschen Wort eines weißen alten Mannes in Hysterie verfallen" und zugleich beide Augen zudrücken, wenn der Täter nicht ins klassische Täterprofil passe: „Die feministische Bewegung ignoriert schlicht und ergreifend die sexistische Gewalt, die von Migranten ausgeht, weil es die ‚falschen' Täter sind." Wer auf die realen Probleme hinweise, werde als Rassist beschimpft. „Ein eigenes Unvermögen, tolerant zu sein, findet sich nach meiner persönlichen Erfahrung meistens bei den Menschen, die nach Toleranz rufen", erklärte Kelle.

Meyer ist eigentlich linker Provenienz („Ich war lange in der SPD"), aber er passt zum Glück seiner Leser in keine Schublade. Der humorvolle Bayer, der in Lederhose, mit Rucksack und gedrechseltem Wanderstock in Berlin erschien, stammt aus Ingolstadt und lebt am Tegernsee. Das „Netzwerkdurchsetzungsgesetz" nimmt er in seinem Blog ebenso aufs Korn wie die linksdrehende Amadeu-Antonio-Stiftung der früher langjährigen Stasi-Informantin Anetta Kahane.

Bei der Podiumsdiskussion steuerte er Beispiele bei, wie Druck auf Journalisten ausgeübt wird, die ungeschminkt über Gewaltkriminalität von Zuwanderern berichten wollen oder in Konflikt mit Sprachregelungen zum „Sexismus" geraten. Amüsant beschrieb er, wie vor Jahrzehnten in München ein Restaurant mit dem Bild einer Nudel auf weiblichem Busen warb und die CSU daran Anstoß nahm, während jetzt Vertreter von Grünen und SPD zetern, wenn auf Plakaten gutaussehende Frauen im Bikini zu sehen sind.

Als er einmal mit seiner Mutter in einem Bus auf Teneriffa unterwegs war, habe die Reiseleiterin ihre spanische Kollegin anerkennend ein „blondes Prachtstück" genannt. Die alten Damen im Bus hätten sich alle amüsiert. Als er den Ausdruck für den Bericht in seinem Blog verwendete, gab es dagegen Bedenkenträger in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" („FAZ").

Jede Woche erhalte die „FAZ" zehn E-Mails, in denen es „knallhart" heiße, „schmeißt ihn endlich raus". „Das ist einfach die Jagd auf den Journalisten, der es wagt, den Mund aufzumachen", sagte er. Und: „Wenn Sie so schreiben wie ich, verlieren Sie Freunde, und zwar richtig viele."

Der Konformitätsdruck sei besonders für junge Journalisten ein Problem. Viele wagten nicht mehr zu schreiben, was sie dächten, und fürchteten um ihren Job. Kelle unterstrich die Existenzgefährdung durch solche Drohungen, nicht zuletzt für freie Journalisten. Die Meinungsfreiheit sei gefährdet. Längst gebe es vorauseilenden Gehorsam.

Bei der Bekämpfung von Gewalt und Kriminalität sei „Bayern noch ein bisschen anders" als Berlin, sagte Meyer. „Vor meinem Haus", erzählte er, „gab's eine Prügelei, 20 Schwarzafrikaner gegen 20 Araber, und da kam die Polizei mit sechs großen Mannschaftswagen, und die ist konflikteindämmend, um es höflich zu formulieren." Als es im Park an einem Hauptbahnhof den Versuch gab, ein „Drogenverkaufsareal" einzurichten, habe die Polizei alles abgesperrt, habe „jeden rausgefilzt und jeden untersucht bis zum Letzten". Dann hagelte es Strafbefehle. „Am nächsten Tag waren sie alle weg mit dem Zug nach Norden." „Wir", sagte Meyer, „schaffen es, ‚unseren Görli' binnen 24 Stunden zu säubern". Er berichtete aber auch von einer großen Kundgebung radikaler Moslems, voll verschleierten Frauen und Grauen Wölfen in Ingolstadt. In Rottach-Egern habe ein Imam muslimische Asylsucher zur Gewalt gegen andere aufgehetzt, weil diese sich nicht dem Ramadan gemäß verhalten hätten.

Kelle sagte, die Frage sei nicht, ob der Islam zu Deutschland gehöre, sondern „ob der Islam eigentlich zu Deutschland gehören will". Und das könne „der Islam unter sich" klären. „Wenn Sie", sagte Meyer, „schon damit anfangen, über Koranverse zu diskutieren, sind Sie schon zu weit weg von der Behauptung Ihrer eigenen Kultur."

Michael Leh

MELDUNGEN

Zahlungen an Sowjetsoldaten

Berlin – Nur 1722 Personen haben Anträge auf eine Anerkennungsleistung für ehemalige sowjetische Kriegsgefangene gestellt. Davon wurden 1175 positiv entschieden. 429 Anträge wurden abgelehnt, zumeist, weil sich herausgestellt hatte, dass die Antragsteller tatsächlich keine Angehörigen der sowjetischen Streitkräfte gewesen waren. 118 Anträge sind noch nicht abschließend bearbeitet. Der Deutsche Bundestag hatte 2015 beschlossen, dass Angehörige der sowjetischen Streitkräfte, die während des Zweiten Weltkrieges als Kriegsgefangene in deutschem Gewahrsam waren, auf Antrag eine einmalige symbolische Leistung in Höhe von 2500 Euro erhalten können. Die Antragsfrist endete am 30. September 2017. *J.H.*

Rekordzahl an Terrorverfahren

Berlin – Im vergangenen Jahr gab es über 950 Ermittlungsverfahren gegen ausländische Staatsangehörige wegen Bildung einer oder Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung. Die Zahl ist die mit Abstand höchste seit 2010. So gab es 2012 und 2013 nur jeweils 16 Ermittlungsverfahren nach dem einschlägigen Strafrechtsparagrafen 129 a. Die Zahl stieg – jeweils im Gesamtjahr – von 29 im Jahr 2014 auf 82 in 2015 und 139 im Jahr 2016. Von den in den ersten zehn Monaten 2017 eingeleiteten Ermittlungsverfahren richtete sich die Mehrzahl gegen afghanische (299), somalische (190), syrische (162), pakistanische (103) und türkische (81) Staatsangehörige. In 460 Fällen kam es zu einer Einstellung des Ermittlungsverfahrens, in 90 Fällen ist das Verfahren noch offen, 399 Verfahren wurden an die Staatsanwaltschaften der Länder abgegeben. In zwei Fällen erhob die Generalbundesanwaltschaft Anklage. Diese Gerichtsverfahren sind noch nicht abgeschlossen. *J.H.*

Neuer Höchststand 2017

18,6 Millionen Personen mit ausländischer Herkunft

Mitte 2017 hat die Zahl der Personen mit ausländischer Herkunft mit 18,6 Millionen einen neuen Höchststand erreicht. Nach ersten Ergebnissen des Statistischen Bundesamtes (Destatis) ist wegen des Ausländerzuzugs die Zahl der Einwohner Deutschlands im Jahre 2016 um 346 000 auf 82,5 Millionen gestiegen. 2015, als die Asylkrise ihren Anfang nahm, hatte es einen deutlich höheren Anstieg um 978 000 Personen gegeben. Für das abgelaufene Jahr 2017 wird nun wieder ein Wachsen des Einwanderungsüberschusses auf mindestens 450 000 Personen geschätzt.

Das Geburtendefizit für 2017 fällt mit etwa 150 000 bis 190 000 voraussichtlich höher aus als 2016. 2017 hat es mit 770 000 bis 810 000 zwar ungefähr so viele Geburten gegeben wie 2015, als es etwa 790 000 waren, aber 2017 gab es mit 940 000 bis 980 000 deutlich mehr Sterbefälle als 2016, als etwa 910 000 Menschen starben.

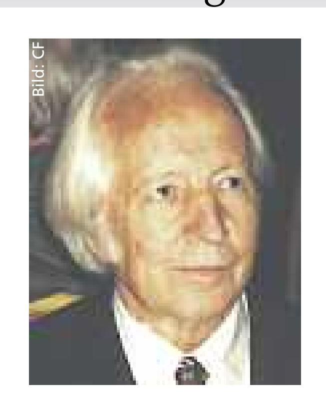
Experten warnen davor, dass aufgrund der dortigen ungünstigen sozialen Lage eine weitere Einwanderungswelle aus Afrika nach Europa drohe. Derzeit steigt die Zahl der Erdenbewohner jede Minute um 157. Laut aktuellen Zahlen der Deutschen Stiftung Weltbevölkerung (DSW) lebten zum Jahresanfang gut 7,6 Milliarden Menschen auf der Erde, 83 Millionen mehr als ein Jahr zuvor. Bevölkerungswissenschaftler prognostizieren einen weiteren Anstieg auf 9,8 Milliarden Menschen bis 2050 und 11,2 Milliarden bis 2100. Nach aktuellen Berechnungen der Vereinten Nationen wird sich die Bevölkerung Afrikas bis 2050 vermutlich auf 2,5 Milliarden Menschen verdoppeln. Als Grund gibt die Behörde an, dass der Rückgang der Geburtenrate nicht so stark sei wie vorhergesagt. Außerdem sei durch Entwicklungshilfe die Lebenserwartung der Menschen dort weiter gestiegen. Aufgrund des schlechten Bildungssystems werden nach UN-Einschätzung vor allem junge Männer ihr Glück in Europa versuchen. Im Schnitt sind 40 bis 50 Prozent der dort lebenden Menschen jünger als 15 Jahre, 70 bis 80 Prozent jünger als 30 Jahre alt.

Steigender Einwanderungsdruck aus Afrika befürchtet

Dieser Einwanderungstrend bringt neben Integrationsproblemen auch andere Konsequenzen mit sich, wie knapp werdender Wohnraum in den Ballungsgebieten. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes ist die Bevölkerung 2016 vor allem in den Ballungsgebieten stark gewachsen, Spitzenreiter ist der Großraum Berlin mit 1,6 Prozent, gefolgt von Bremen mit 1,1 Prozent. Vor allem in der Bundeshauptstadt klagen die Bürger seit einigen Jahren über knapp werdenden Wohnraum und explodierende Mieten. Überdurchschnittlich ist der Anstieg auch in den wirtschaftsstarken westdeutschen Flächenländern Bayern und Baden-Württemberg, wobei dort vor allem die Großräume um die größten Städte München, Augsburg und Stuttgart betroffen sind. Schlusslicht im Westen ist das Saarland, das nur einen geringfügigen Anstieg zu verzeichnen hatte. Weiterhin abnehmend ist die Bevölkerungsentwicklung in den neuen Bundesländern. Trotz der Asylkrise hat es in keinem der mitteldeutschen Länder einen Anstieg gegeben, in Thüringen ist die Gesamtbevölkerung sogar um 0,6 Prozent geschrumpft.

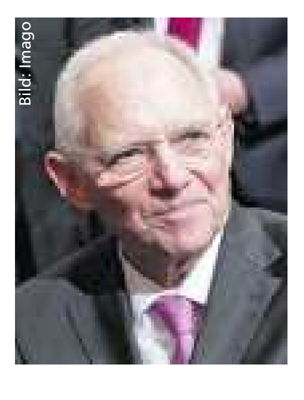
Peter Entinger

Zeitzeugen


Bild: CF

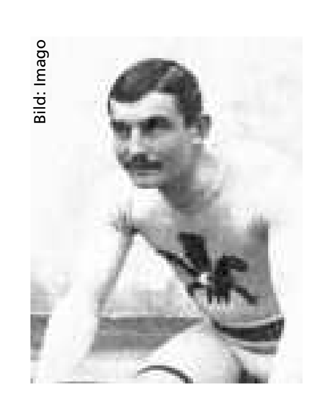
Joseph Keul – Als der Deutsche Schwimm-Verband (DSV) im Vorfeld der Olympischen Sommerspiele von Montreal 1976 Versuche unternahm, die Wettkampfleistung der bundesdeutschen Athleten durch das Einpumpen von Luft in den Dickdarm zu steigern, attestierte der Freiburger Dopingarzt Keul, dass dies sowohl legal als auch unschädlich sei. Allerdings führte die „Aktion Luftklistier“, die vom Bundesinnenministerium mit 250 000 D-Mark gesponsert wurde, letztlich zu keinem Erfolg.

Xue Yinxian – Nach Aussage der früheren Chefärztin mehrerer chinesischer Nationalmannschaften, die inzwischen politisches Asyl in Deutschland beantragt hat, betreibt das Reich der Mitte seit 1980 ein systematisches Staatsdoping. Deshalb, so Xue, „müsste man alle chinesischen Goldmedaillen bis heute aberkennen“.


Bild: Imago

Wolfgang Schäuble – Im Jahre 1977 empfahl der damalige sportpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion bei einer Anhörung im Bundestag, den Einsatz von leistungssteigernden Medikamenten, sofern sie im Spitzensport unverzichtbar seien, von Sportmedizinern organisieren zu lassen. Und genauso geschah es dann auch, wobei sich besonders die Freiburger Dopingärzte Joseph Keul und Armin Klümper hervortaten.

Grigori Michailowitsch Rodtschenkow – Der ehemalige Direktor des russischen Anti-Doping-Zentrums in Moskau setzte sich 2015 in die USA ab und gilt seitdem als Kronzeuge für das angebliche „russische Staatsdoping“, an dem unter anderem auch der Geheimdienst FSB beteiligt sei. Im Jahre 2011 hatten die Behörden seines Heimatlandes wegen illegalen Drogenhandels gegen ihn ermittelt. Dem folgten ein Selbstmordversuch und die Diagnose „Persönlichkeitsstörung“, die unter Stress verstärkt werde.


Bild: Imago

Arthur Linton – Am 23. Juli 1896 starb der walisische Radrennfahrer und Weltrekordler an Typhus. Er gilt als das erste Dopingopfer in der modernen Sportgeschichte. Kurz vor seinem Tode hatte er ein Rennen unter dem Einfluss leistungssteigernder Substanzen bestritten und sich dabei vollkommen verausgabt. Das dürfte fatal für das Immunsystem des Athleten gewesen sein.

Così fan tutte

Doping ist sehr verbreitet im Sport – Angeprangert werden aber fast nur Russen

Entgegen allen anderslautenden Behauptungen geht es bei Olympia und auch sonst im Spitzensport weniger ums Dabeisein als ums Siegen. Das oft um jeden Preis, und nicht nur bei Russen.

So ergab eine anonyme Befragung des renommierten Tübinger Psychologen Rolf Ulrich im Auftrag der Welt-Anti-Doping-Agentur (WADA), dass rund 40 beziehungsweise 60 Prozent der Teilnehmer an den Leichtathletik-Weltmeisterschaften von 2011 in Daegu sowie den im selben Jahr veranstalteten Panarabischen Spielen in Doha unerlaubte leistungssteigernde Substanzen konsumiert hatten.

Durch die Dopingkontrollen des Weltleichtathletikverbandes (IAAF) in Daegu konnten gerade einmal 0,5 Prozent der angetretenen Wettkämpfer als Betrüger entlarvt werden. Und auch sonst gehört Doping längst zum Alltag im Leistungssport – egal ob bei italienischen Gehern, polnischen Gewichthebern oder chinesischen Turnern. Trotzdem gilt das Augenmerk der Öffentlichkeit momentan fast nur russischen Athleten.

Verantwortlich hierfür sind die Enthüllungen des russischen Whistleblowers Grigori Rodtschenkow sowie die Untersuchungen dreier Sonderkommissionen der WADA beziehungsweise des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) unter der Leitung von Richard Pound, Richard McLaren und Denis Oswald.

Diese belegen angeblich, dass es ein ebenso geheimes wie großangelegtes Doping-Programm in Russland gebe, in dessen Rahmen schon mehr als 1000 Sportler behandelt worden seien. Die Sieger unter ihnen sollen nun die von ihnen gewonnenen Medaillen zurückgeben. Hinzu kamen in manchen Fällen lebenslange Sperren für die zukünftigen Olympischen Spiele. Russland wurde kollektiv wegen „systematischen Dopings“ von den bevorstehenden Winterspielen im südkoreanischen Pyeongchang vom 9. bis 25. Februar ausgeschlossen. Nur nachweislich „saubere“ Wettkämpfer dürfen unter gewissen Bedingungen als „Olympische Athleten aus Russland“ antreten. Dabei ist die Beweislage dünner, als es auf den ersten Blick scheint.

Der Verdacht politischer Motive drängt sich auf

Zum einen weckt die Biografie des Kronzeugen Rodtschenkow Zweifel an dessen Glaubwürdigkeit. Zum anderen lässt sich die individuelle Schuld der angeblich gedopten Sportler kaum juristisch sauber belegen – und im Zuge einer selektiven Beweisumkehrpflicht von Athleten russischer Herkunft zu verlangen, ihre Unschuld zu beweisen, verstößt gegen elementare Rechtsgrundsätze, so zum Beispiel gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz unabhängig von der Herkunft sowie dem Prinzip „in dubio pro reo“ (Im Zweifel für den Angeklagten). Das sehen nicht nur die Anwälte der Betroffenen so, sondern auch die Anti-Doping-Kommission des Internationalen Bob- und Skeleton-Verbandes (IBSF). Und selbst der WADA blieb im September 2017 keine andere Wahl, als 95 der ersten 96 eingeleiteten Verfahren gegen russische Sportler aus Mangel an Beweisen einzustellen. Das wird von einigen nicht betroffenen Olympioniken wie Ole Bjørndalen begrüßt. Der norwegische Biathlet verwies darauf, wie erschreckend einfach es sei, Dopingproben während der vorgeschriebenen zehnjährigen Lagerungsfrist zu öffnen und in manipulativer Absicht zu verunreinigen.

Vor diesem Hintergrund werden nun Stimmen laut, die auf die politische Dimension des Ganzen verweisen. So warf der russische Präsident Wladimir Putin den USA am 9. November vergangenen Jahres vor, die Dopingaffäre aufzubauschen, um die Regierung in Moskau zu diskreditieren und die Präsidentschaftswahlen im März zu beeinflussen. *Wolfgang Kaufmann*

Auch die Hersteller profitieren

Der Gebrauch leistungssteigernder Substanzen resultiert keineswegs nur aus dem Wunsch von Sportlern, sich einen Vorteil gegenüber der Konkurrenz zu verschaffen. Vielmehr spielt auch das Interesse der Pharmaindustrie an der Erschließung neuer Absatzmärkte eine Rolle. Dies zeigt das Beispiel der Ciba AG in Basel. Das Unternehmen entwickelte bereits ab 1924 Dopingmittel und brachte 1959 ein anaboles Steroid mit dem Handelsnamen „Dianabol“ auf den Markt, das den Wirkstoff Metandienon enthielt. Dieser synthetische Abkömmling des männlichen Sexualhormons Testosteron regt das Muskelwachstum an und sollte offiziell als stärkendes Heilmittel in der Pädiatrie und Geriatrie dienen.

Allerdings lieferte die Ciba AG von Anbeginn an auch größere Mengen des Präparates an den prominenten US-Mediziner John Ziegler, der als Mannschaftsarzt der Elite der Gewichtheber und Bodybuilder in den USA fungierte und im Nebenberuf für den Schweizer Pharmakonzern tätig war. Durch Ziegler gelang es, den Absatz des Dopingmittels innerhalb nur eines Jahres um 53 Prozent zu steigern. Es kletterte schließlich auf Platz 5 der bestverkauften Ciba-Produkte. Der Vertrieb von Dianabol wurde auch dann nicht eingestellt, als ernsthafte Nebenwirkungen wie Störungen der Leberfunktion, Hodenschwund bei Männern und androgyne Effekte bei Frauen auftraten.

Dianabol wurde zum Verkaufsschlager

Ebenso zeigte das Internationale Olympische Komitee (IOC), das 1967 erstmals eine Liste verbotener Medikamente publizierte, zunächst kein Interesse, Anabolika wie Dianabol aus dem Sport zu verbannen. Als Begründung wurde angegeben, solche Mittel würden ja nur langfristig wirken und nicht zur Leistungssteigerung direkt vor oder während der Wettkämpfe führen. Die Deklarierung der anabolen Steroide als Dopingmittel durch das IOC erfolgte erst 1974. Daraufhin wurde 1976 bei den Olympischen Spielen auf das Mittel getestet, und die nunmehrige Ciba-Geigy AG stellte die Produktion ein. *W.K.*



Begrüßt faire Verfahren auch für Russen: Der norwegische Biathlet Ole Bjørndalen Bild: pa

Westliche Heuchelei

Auch in der Bundesrepublik gab es Staatsdoping

Während über das umfangreiche Staatsdoping in der DDR immer wieder ausgiebig berichtet wurde, gehörte der Missbrauch von leistungssteigernden Substanzen durch Sportler der Bundesrepublik bis vor Kurzem eher zu den Tabuthemen der Zeitgeschichte. Dabei wurde auch im Westen kräftig geschluckt und gespritzt. So bekam der Diskuswerfer Alwin Wagner zwischen 1977 und 1988 insgesamt fünf verbotene Medikamente verabreicht. Der Kölner Radprofi Jörg Paffrath brachte es sogar auf eine Zahl von 30 Dopingmitteln innerhalb von nur vier Jahren – was der DDR-Praxis in nichts nachstand.

Und das waren keineswegs Einzelfälle: Wie der Krefelder Apotheker Simon Krivec in seiner im Dezember 2016 vorgelegten Dissertation zum Thema „Die Anwendung von anabolen-androgenen Steroiden in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1960 bis 1988 unter besonderer Berücksichtigung der Leichtathletik“ enthüllte, konsumierte im fraglichen Zeitraum fast jeder zweite Leichtathlet im Westen Anabolika – auch nach dem IOC-Verbot im Jahre 1974.

Krankenkassen mussten Dopingmittel bezahlen

Dabei setzte der Dopinggebrauch nicht etwa erst dann ein, als die Sportler der DDR immer erfolgreicher wurden und man aus Prestigegründen nachziehen wollte. Vielmehr nahmen bundesdeutsche Wettkämpfer schon in den 1950er Jahren Aufputschmittel wie das unter dem Markennamen „Pervitin“ vertriebene Methamphetamin. In jenem Zeitraum begann auch der Missbrauch von anabolen Steroiden.

Das Doping in der Bundesrepublik wurde ab 1970 in systematischer Weise vom neugegründeten Bundesinstitut für Sportwissenschaft (BISp) unterstützt, das dem Bundesinnenministerium unterstand. Wie Wissenschaftlergruppen der Berliner Humboldt-Universität sowie der Universitäten Münster und Freiburg in den vergangenen Jahren enthüllten, liefen am BISp 516 Forschungsprojekte, bei denen es um leistungssteigernde Substanzen ging. Hiervon wussten etliche der damals aktiven Politiker – ohne diese Praktiken zu unterbinden. Vielmehr wurde sogar dafür gesorgt, dass die gesetzlichen Krankenkassen Dopingmittel wie Dianabol bezahlten. *W.K.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Mensch & Zeit, Heimatarbeit: Frank Horns; Ostpreußische Familie: Ruth Geede.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e. V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2016: Inland 11 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 13,50 Euro, Luftpost 17,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann.
Es gilt Preisliste Nr. 32.

Konten: HSH Nordbank, IBAN: DE63 2105 0000 0192 3440 00, BIC: HSHNDEHH oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon **(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

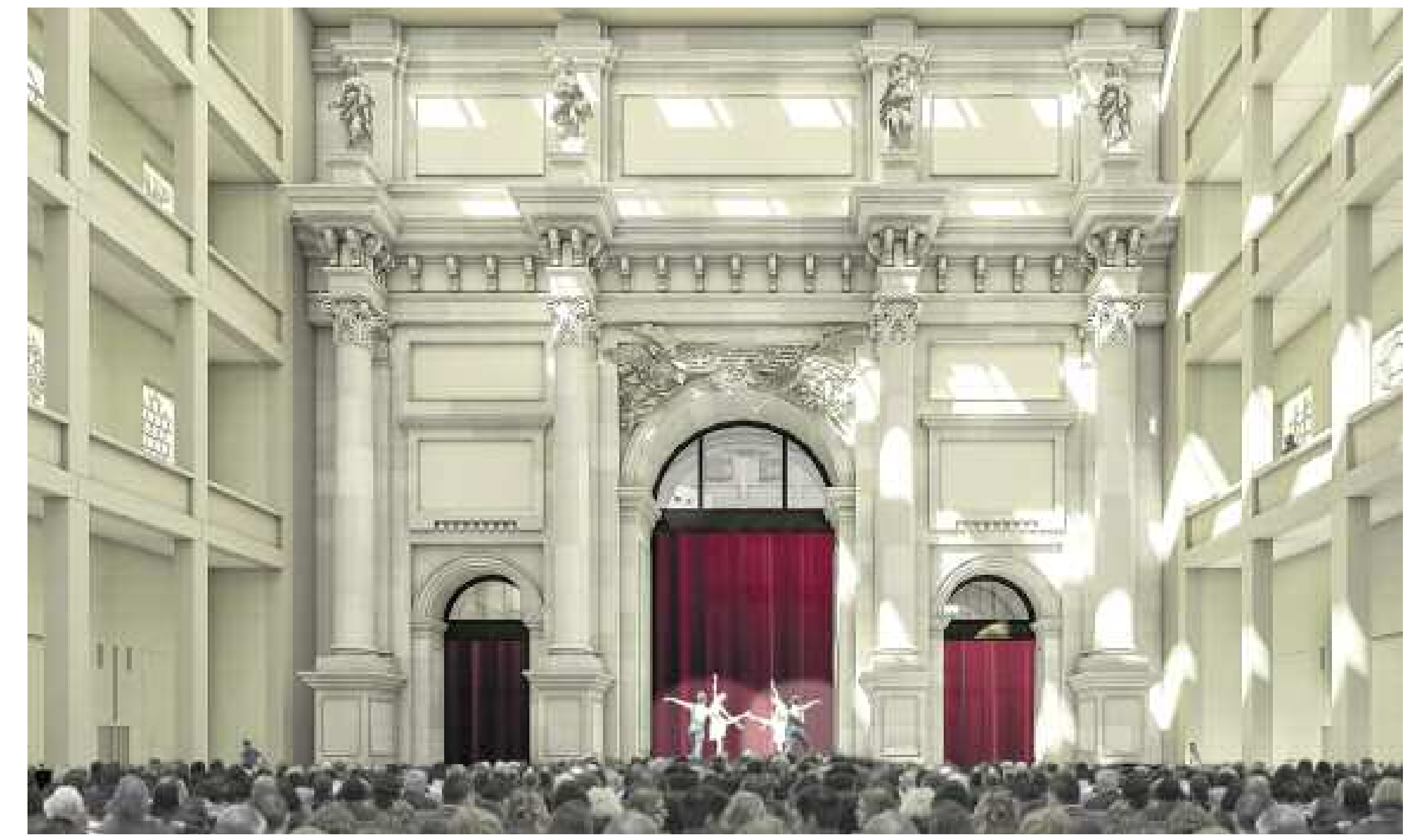
Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Der Endspurt hat begonnen

Berliner Schloss: Wiederaufbau mündet in die Schlussphase – Kostenrahmen eingehalten



Drei Millionen Besucher werden pro Jahr erwartet: Veranstaltung im Foyer des wiedererstehenden Schlosses

Bild: SHF/Franco Stella

Der Wiederaufbau des Berliner Schlosses mündet in seine Endphase. Gehen die Pläne auf, dann entsteht mit dem darin untergebrachten Humboldt-Forum ein internationaler Besuchermagnet in der Mitte der deutschen Hauptstadt.

Die Stiftung Humboldt-Forum rechnet nach Angaben ihres Vorstandssprechers Johannes Wien mit mindestens drei Millionen Besuchern, die jährlich zu Veranstaltungen und Ausstellungen in das wiederaufgebaute Schloss kommen werden. Wien hat angekündigt, dass es im Humboldt-Forum jährlich mehrere Dauerausstellungen und rund 1000 Einzelveranstaltungen geben soll.

Den Besuchern des Hauses werden damit im Schnitt pro Tag drei Veranstaltungen geboten. Zumindest in den ersten drei Jahren könnte bei den Dauerausstellungen sogar der Eintritt kostenlos sein. Nicht festlegen wollen sich die Verantwortlichen bislang auf einen konkreten Eröffnungstermin: „Wir werden uns eine gewisse Eröffnungsdramaturgie einfallen lassen, um Sie vielleicht immer wieder mit neuen Dingen zu überraschen", so der Bauvorstand der Stiftung Humboldt-Forum, Hans-Dieter Hegner.

Hegner deutet damit die Möglichkeit an, dass die verschiedenen Museen nicht alle an einem Tag, sondern zeitlich gestaffelt den Betrieb aufnehmen. Der Auftakt für eine solches Eröffnungskonzept könnte zum 250. Geburtstag des Naturforschers Alexander von Humboldt am 14. September 2019 erfolgen. Das Forum hat für diesen Tag bereits zu einer „Vorab-Eröffnung" eingeladen. Die Aufnahme eines Regelbetriebs für das gesamte Gebäude ist bereits für Ende 2019 angekündigt.

Bauvorstand Hegner nannte zum Jahresbeginn bei einer Baustellenbegehung einige wichtige Meilensteine auf dem weiteren Weg zur Eröffnung: Schon ab Mai dieses Jahres soll der Umzug einiger großer Ausstellungsobjekte der außereuropäischen Sammlungen beginnen. Bei laufendem Baubetrieb werden dann unter anderem Objekte wie Südseeboote und Südseehäuser aus den Sammlungen des Ethnologischen Museums von Dahlem in die Mitte Berlins überführt.

> 71 Millionen Euro an Spenden sind schon eingegangen

Notwendig ist dieser Schritt vor der Beendigung der Bauarbeiten, weil diese Ausstellungsstücke nicht vollständig auseinandergebaut werden können. Nach Hegners Angaben wurden an der Innenfassade des Schlossbaus große Mauerdurchbrüche gelassen. Diese werden erst nach dem Umzug der sperrigen Ausstellungsstücke verschlossen.

Ab Mai sollen die Arbeiten zur Dekkung der Schlosskuppel anlaufen. Ab Juni werden dann laut Planung die Gerüste an dem Gebäude verschwunden sein, so dass die Öffentlichkeit erstmals die rekonstruierte Barockfassade komplett sehen kann. Einen Blick ins Innere des wiederaufgebauten Schlosses können Berliner und Berlin-Besucher im August werfen, dann ist ein Tag der offenen Baustelle geplant.

Im Kontrast zu anderen spektakulären Großvorhaben der öffentlichen Hand liegt der Wiederaufbau des Hohenzollernschlosses bislang nicht nur im Zeitplan, sondern auch im Kostenrahmen. Das Projekt wurde mit knapp 600 Millionen Euro kalkuliert. Davon will der Bund 483 Millionen Euro und das Land Berlin 32 Millionen übernehmen. Teil der ursprünglichen Kalkulation sind zudem 80 Millionen Euro für die Rekonstruktion der Barockfassaden, die durch private Spenden finanziert werden soll.

Der Förderverein Berliner Schloss peilt als Spendenziel inzwischen sogar die Marke von 105 Millionen Euro an, um auch eine komplette Rekonstruktion der Schlosskuppel und der Innenportale zu ermöglichen. Private Spender haben mittlerweile 71,3 Millionen Euro gegeben.

Berücksichtigt man die zusätzlich eingegangenen Sachspenden, dann müssen in den kommenden zwei Jahren noch 30 Millionen zusammenkommen. Auch wenn im Zusammenhang mit dem Spendenaufkommen kürzlich das Wort „Nachholbedarf" fiel, insgesamt scheint das gesteckte Ziel erreichbar: Laut dem Stiftungsvorsitzenden Wien kommen die Spenden überwiegend aus Deutschland, in vielen Fällen aus Berlin. Viele Kleinspender nutzen offenbar die Möglichkeit, den Baufortschritt beim Schloss per Webcam über das Internet zu beobachten. Das Fallen der Baugerüste in wenigen Monaten könnte vor diesem Hintergrund zu neuer Spendenbereitschaft führen.

Während es scheint, als sei die bauliche Fertigstellung des Berliner Großprojekts in trockenen Tüchern, sorgt die inhaltliche Gestaltung weiterhin für Diskussionen. Das rekonstruierte Schloss wird nach bisheriger Planung neben Ausstellungen zur Berliner Stadtgeschichte vor allem außereuropäische Sammlungen zeigen. Dazu sollen Bestände des Ethnologischen Museums und des Museums für Asiatische Kunst von Dahlem in das Humboldt-Forum verlagert werden. Preußen spielt dagegen kaum eine Rolle, was vielfach kritisiert wird. Nach den Vorstellungen des Stiftungsrats könnte die bisherige Stuttgarter Museumsdirektorin Inés de Castro künftig für diese Sammlungen zuständig sein.

Norman Hanert

»Flächenbrand« und »Sippenhaft«

VON THEO MAASS

Am 22. April werden in sechs brandenburgischen Landkreisen die Landräte neu gewählt. Auch einige Bürgermeister müssen sich an jenem Sonntag dem Wählervotum stellen. Schon am 4. März wählt Frankfurt an der Oder seinen Oberbürgermeister.

Bei den letzten flächendeckenden Kommunalwahlen im Jahre 2014 war die CDU mit 24,8 Prozent ganz knapp vor der SPD mit 24,5 Prozent stärkste Kraft geworden. Die AfD hingegen, die damals noch unter Personalmangel litt und nicht überall antrat, erreichte nur 3,9 Prozent. Das dürfte im Frühjahr dieses Jahres anders werden.

In den Kreisen Elbe-Elster, Oberspreewald-Lausitz und Spree-Neiße stellt bislang die CDU den Landrat, in Barnim, Ostprignitz-Ruppin und der Uckermark ist es die SPD. SPD, CDU und AfD liegen nach der jüngsten Umfrage in einem Korridor zwischen 20 und 23 Prozent fast gleichauf. CDU-Landeschef Ingo Senftleben fürchtet einen politischen Flächenbrand, ausgelöst von der AfD. Anders als die CDU in Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und sogar Berlin fällt es der märkischen CDU offenbar sehr schwer, ein sachliches Konkurrenzverhältnis zu dem rechten bürgerlichen Mitbewerber aufzubauen.

Senftleben attackiert auch Pegida und die Cottbuser Initiative „Zukunft Heimat". Der CDU-Chef will schon im Bundestagswahlkampf Menschen gesehen haben, die voller Hass und zum Teil gewalttätig gewesen seien. Vor allem aber treibt ihn wohl die Sorge um seine eigene politische Zukunft um. Trotz prozentualer Verluste gewann die CDU bei der Bundestagswahl alle brandenburgischen Wahlkreise bis auf einen. Jetzt könnten Mandats- und Amtsverluste den Zorn der Partei entfachen und sich gegen Landeschef Senftleben wenden.

In Cottbus sind nach dem Jahreswechsel mehrere Vorfälle mit syrischen, angeblich minderjährigen Asylsuchern bekannt geworden. Diese hatten mit Messern bewaffnet deutsche Jugendliche und sogar Erwachsene angegriffen, die „nur" verletzt wurden. Trotz beschwichtigender Worte des Bürgermeisters Holger Kelch (CDU) sind viele Cottbusser offenbar sehr aufgebracht über die Vorkommnisse.

Das rief auch die Linkspartei und das frühere SED-Zentralorgan „Neues Deutschland" auf den Plan. André Kaun, Fraktionschef der Linkspartei im Cottbusser Stadtrat, nimmt die Asylsucher in Schutz: „Das, was hier in Cottbus vorgefallen ist, muss man differenziert betrachten." Wenn der Täter und sein Vater aus Cottbus und Umgebung ausgewiesen würden, sei das „Sippenhaft", so Kaun.

Berlin: Fast 1000 Salafisten

Verfassungsschutz-Studie: Zahl seit 2011 beinahe verdreifacht

Der Berliner Verfassungsschutz hat eine Studie veröffentlicht, die einen aufschlussreichen Einblick in die Salafisten-Szene der deutschen Hauptstadt liefert. Nach den Erkenntnissen der Behörde ist die Zahl der Salafisten in Berlin mittlerweile auf 950 angestiegen. Im Vergleich zu 2011 hat sich damit die Zahl derer, die eine besonders rückschrittliche Auslegung des Islam vertreten, fast verdreifacht. Ende 2011 wurden in der deutschen Hauptstadt 350 Personen diesem Milieu zugerechnet.

Als gewaltbereit schätzten die Behörden 2011 jeden Dritten aus diesem Personenkreis ein. Heute geht der Verfassungsschutz davon aus, dass mit 420 Personen gut die Hälfte der Salafisten in Berlin gewaltbereit ist.

Die Analyse der Verfassungsschützer hat überraschende Details zutage gefördert: Weitgehend dem Bild, das die Öffentlichkeit von dieser Gruppe hat, entspricht, dass 90 Prozent der Salafisten Männer sind. Gleiches gilt für den Befund, dass die große Mehrheit einen Immigrationshintergrund hat. Rund 25 Prozent der untersuchten Salafisten haben ausschließlich einen deutschen Pass, 92 Personen einen russischen, 80

> Der Anteil der Gewaltbereiten wächst noch schneller

Salafisten sind Inhaber von türkischen Pässen. Es folgen Besitzer syrischer (46) und libanesischer Pässe (39). In der Gruppe der Doppelstaatler sind Türken, Libanesen und Syrer stark vertreten.

Andere Ergebnisse der Studie entsprechen weniger dem vorherrschenden Bild: So liegt das ermittelte Durchschnittsalter mit 34 Jahren relativ hoch. Auch ist nur die Hälfte der Salafisten verheiratet. Deutlich wird aus der Analyse, dass sich die Berliner Szene bereits seit 2004, also noch vor der Asylwelle der vergangenen Jahre, etablieren konnte. Früher als in anderen Städten Deutschlands hat sich in Berlin eine Infrastruktur mit Moscheen, Buchhandlungen und Läden entwickelt.

Gut ein Vierteljahrhundert nach dem Mauerfall konzentriert sich die Berliner Salafistenszene noch immer weitgehend auf die Bezirke Neukölln, Wedding und Kreuzberg. Von rund 750 Personen, von denen entsprechende Angaben vorlagen, ordnete der Verfassungsschutz lediglich 27 Salafisten als Flüchtlinge ein, die ab 2014 ins Land gekommen sind. Die meisten von jenen stammen aus Syrien, dem Irak, Afghanistan oder dem Nordkaukasus. Bei diesen Salafisten fällt auf, dass sie meist sehr jung sind, hoch ist zudem der Anteil derer, die als gewaltbereit eingeschätzt werden (16 von 27).

N.H.

Asylhelfer-Party eskaliert

Tausende Euro Sachschaden im früheren Rathaus Wilmersdorf

Bei einer Abschiedsparty von „Flüchtlingshelfern" im zum Asylheim umgewidmeten früheren Rathaus Berlin-Wilmersdorf ist es offenbar zu erheblichen Sachbeschädigungen gekommen. Der angerichtete Schaden liegt bei bis zu 15 000 Euro. Die Party fand schon am 15. Dezember statt, erst gut einen Monat später jedoch drang der Vorgang an die Öffentlichkeit, weil Streit um die Haftung für den Schaden aufgeflammt ist.

Seitdem das Gebäude nicht mehr der öffentlichen Verwaltung dient, gehört es der Berliner Immobilienmanagement GmbH (BIM). Um Asylbewerber in Berlin unterbringen zu können, wurde das Gebäude zur Unterkunft umgewandelt. Der Arbeiter-Samariter-Bund (ASB) betrieb das provisorische Wohnheim.

Christian Breitkreuz von der BIM erklärte zunächst, der ASB sei bereit, die Schäden ganz oder zumindest teilweise zu regulieren. Umgehend kam das Dementi. Steffen Zobel, Geschäftsführer der ASB-Notfallhilfe Berlin: „Das kann nur ein Missverständnis sein." Der ASB habe zwar in Übereinstimmung mit dem Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten die Feier genehmigt. Man

> ASB-Notfallhilfe will die Kosten nicht übernehmen

sei aber nicht für die „Randale einiger Weniger" verantwortlich. ASB-Mitglieder oder -Mitarbeiter seien bei der Party nicht anwesend gewesen. Der Sprecher der „Ehrenamtlichen", Holger Michel, konstatierte, dass statt der erwarteten 30 oder 50 Personen 300 Partygäste gekommen seien.

Die BIM hat nun Strafanzeige gegen Unbekannt wegen Sachbeschädigung erstattet. Die „Feiernden" schlugen Fenster ein, zerstörten Türen, besprühten die Wände mit „Graffiti" und entleerten den Inhalt von Feuerlöschern in den Räumen. „Flüchtlingshelfer" Holger Michel: „Tatsächlich aber kamen über den gesamten Abend verteilt zirka 200 bis 300 Menschen, überwiegend frühere HelferInnen, aber nicht ausschließlich. Nicht alle Personen waren uns bekannt, es gab mehrere Ein- und Ausgänge, die nicht von uns kontrolliert wurden. Die Anwesenden verteilten sich mehr und mehr auf das ganze Haus. Wer sich wann wo aufgehalten hat, war aufgrund der Größe und baulichen Komplexität des Gebäudes nicht nachzuvollziehen."

Da der ASB nicht für den Schaden aufkommen mag, zeichnet sich ein möglicherweise langjähriger Gerichtsstreit ab. Michel erklärt zwar, nicht zu wissen, wer „alles" zur Party gekommen ist, schließt aber die Täterschaft von „Geflüchteten" aus.

Hans Lody

MELDUNGEN

Russen sollen für Zaren zahlen

Paris/Moskau – 400 000 Franzosen fordern von Russland die Rückzahlung von insgesamt 53 Millionen Euro, die deren Vorfahren in Form von Staatsobligationen für den Eisenbahnbau im Zarenreich gezahlt hatten. Im Zuge der Revolution hatte Wladimir Lenin diese vor 100 Jahren für ungültig erklärt. Obwohl Frankreich und Russland 1997 – nachdem Rusland etwa ein Fünftel der Zarenschulden zurückgezahlt hatte – ein Abkommen unterzeichneten, wonach beide Seiten auf alle vor dem 9. Mai 1945 zwischen den beiden Ländern entstandenen finanziellen Schulden verzichteten, fordern nun französische Privatpersonen Entschädigung. *MRK*

Gerade einmal 100 000

Paris – Frankreich hat 2017 erstmals mehr als 100 000 Asylsucher registriert. An erster Stelle der Herkunftsländer lag Albanien mit 7630 Asylsuchern, ein Land das als sicher gilt. Erst danach kommen mit fast 6000 Anträgen Afghanistan und Haiti mit rund 5000 Anträgen. Insgesamt 36 Prozent der Antragsteller erhielten eine positiven Bescheid und dürfen bleiben, weniger als im Rest der EU. Im Gegensatz zur Entwicklung in Deutschland und anderen europäischen Staaten waren die Asylsucherzahlen infolge der Massenzuwanderung 2015/16 in Frankreich nur geringfügig auf 70 000 angestiegen. Allerdings gibt in Frankreich traditionell eine große Zahl von Zuwanderern direkt in die Illegalität, an dem Asylsystem vorbei. Präsident Emmanuel Macron setzte sich in seinem Wahlprogramm für ein weltoffenes Frankreich und einen selbstkritischeren Umgang mit der Kolonialgeschichte ein, aber er forderte auch eine bessere europäische Grenzsicherung und eine verstärkte Kooperation mit den afrikanischen Transit- und Herkunftstaaten. *B.B.*

Wollen die Südkoreaner sie noch?

Wie die Bevölkerung im Süden des geteilten Landes über eine Wiedervereinigung denkt

Nach rund sieben Jahrzehnten Teilung des eigenen Landes sowie knapp drei Jahrzehnten „Aufbau Ost“ und den damit verbundenen Lasten für die Westdeutschen hat die Zustimmung der Südkoreaner zur Wiedervereinigung ihres Landes abgenommen. Doch lohnt es sich genauer hinzugucken.

War anfänglich die Haltung Pjöngjangs zu einer Teilnahme an den Olympischen Winterspielen vom 9. bis 25. Februar im südkoreanischen Pyeongchang schroff ablehnend, so änderte Diktator Kim Jong-un kürzlich seine Haltung völlig, und inzwischen fanden im Grenzort Pannumjom seit Jahren erstmals innerkoreanische Gespräche statt.

Motiv und Ziel von Kims Kehrtwende ist es zum einen, einen Keil zwischen Washington und Seoul zu treiben, was nicht erfolglos bleiben muss. Die Regierungen der Republik Korea und der Vereinigten Staaten verfolgen nämlich zumindest teilweise konträre Strategien gegenüber der Demokratischen Volksrepublik Korea. Die USA setzen primär auf die militärische Karte. Der südkoreanische Präsident Moon Jae-in strebt hingegen einen friedlichen Dialog mit Nordkorea an und möchte insofern die damalige sogenannte Sonnenscheinpolitik des Präsidenten Kim Dae-jung fortsetzen, auch wenn jene nur eine geringe Minderung der weiterhin bestehenden Spannungen brachte und Moon nicht die Mehrheit im südkoreanischen Parlament besitzt, was seine Handlungsfreiheit einschränkt.

Ein weiterer Grund für Pjöngjangs Kehrtwende sind die Erfolge der verhängten UN-Sanktionen. Nicht ohne Grund rief Kim Jong-un in seiner Neujahrsansprache zur Solidarität unter seinen Funktionären auf, „je knapper die Versorgung mit allem wird“. Wieder einmal wird er ausländische Hilfe fordern, ohne von seinen Atomplänen auch nur einen Deut abzuweichen.

Angesichts der schwachen Machtposition Moons stellt sich umso mehr die Frage nach dem Denken und Fühlen der südkoreanischen Bevölkerung. Zu berücksichtigen ist dabei, dass die ältere Generation die Schrecken des Koreakrieges nicht vergessen hat, jüngere Menschen hingegen nur das Bild vom geteilten Land kennen und in den über 60 Jahren der Trennung eine Entfremdung zu den Landsleuten im Norden eingetreten ist. Verbindungen über den 38. Breitengrad gibt es nicht, weder per Telefon noch per Briefpost.

Vor über zwei Jahrzehnten erachteten noch rund acht von zehn Südkoreanern die Wiedervereinigung als „unbedingt notwendig“, 2014 war es nur noch 69,3 Prozent und heute sollen es – primär bedingt durch die atomare Aufrüstung im Norden – lediglich rund 55 Prozent sein. Bei den 20-Jährigen liegt der Wert noch unter 50 Prozent. Immerhin treten auch jetzt noch knapp 70 Prozent grundsätzlich für die Einheit ein.

Bei einem Zusammenschluss schätzt man die Kosten zum Wiederaufbau Nordkoreas allein für die ersten Jahre auf umgerechnet über 200 Milliarden Euro. Obwohl Südkorea ein reiches Land ist, könnte es diese Summen nie aufbringen.

Ohnehin scheuen sich viele seiner Einwohner, überhaupt Opfer für die Wiedervereinigung ihres Landes zu bringen. Waren es vor Jahren schon 44 Prozent, so wird ihre Zahl in der Zwischenzeit noch gestiegen sein. Immerhin sind über 13 Prozent bereit, viele Jahre größere Geldsummen zu zahlen. Nicht wenige der Befragten glauben heute, die Einheit würde mehr Unruhe und sehr viele Probleme bringen. Diese Ablehnung geht inzwischen sogar so weit, dass fast ein Drittel von ihnen ihre Landsleute im Norden nicht mehr zum eigenen Volk zählen. Appelliert man indes an den Patriotismus der Südkoreaner und die leidvolle Geschichte ihres Volkes, so dürften bis zu rund 80 Prozent zu echten Opfern bereit sein. Als wichtigstes Motiv wird dabei die dadurch erhoffte Vermeidung eines Krieges genannt. Erst danach folgt das Motiv, ein Volk zu sein.



Die Südkoreaner haben sich über die Jahrzehnte ein prosperierendes Land aufgebaut. Die Lust, diesen Wohlstand durch ein Zusammengehen mit Nordkorea zu gefährden, hält sich bei vielen von ihnen in Grenzen: Skyline von Südkoreas Metropole Seoul

Bild: Colourbox

Während der letzten Jahre hat sich die Zahl der Befürworter einer Zwei-Staaten-Lösung erhöht, die den Status quo befürworten und darin eine Garantie eines stets friedlichen Nebeneinanders erblicken. In jüngster Zeit soll ihr Bevölkerungsanteil auf über 13 Prozent gestiegen sein. Die meisten von ihnen sind jüngere, gebildete und wohlhabende Südkoreaner mit Einfluss auf die öffentliche Meinung im Lande. Sie übersehen, dass auch Kim Jong-un die Wiedervereinigung anstrebt – allerdings auf seine Weise. Eine Wiedervereinigung unter kommunistischem Vorzeichen würde nicht ohne Blutvergießen erfolgen und sehr große Veränderungen mit sich bringen. Ob die USA, China und Japan tatenlos zusehen würden, muss bezweifelt werden.

Trotz allem offiziellen Jubels dürften viele Nordkoreaner, auch in der Funktionärsschicht, ihr Regime als eine brutale Diktatur mit überaus vielen Nöten und einer weit verbreiteten Korruption erkannt haben. Durch die Millionen Flugblätter und die Nachrichten von Untergrundsendern aus dem Südteil kennen sie die dortigen, in jeder Weise wesentlich besseren Verhältnisse. Die trotz aller Grenzabsperrungen wachsende Zahl von Flüchtlingen aus Nordkorea ist dafür eine deutliche Bestätigung. Ihre Befragungen in Südkorea ergeben, dass sie die ständige Verletzung der Menschenrechte in ihrer Heimat zur Flucht veranlasst hat und sie – im Gegensatz zu vielen Südkoreanern – Nord- und Südkoreaner als Angehörige eines Volkes betrachten.

Friedrich-Wilhelm Schlomann

Revolution am Ende

Tunesien, Musterland des arabischen Frühlings, steckt in der Krise

Zum Jahrestag des Umsturzes von 2011 kommt es in Tunesien regelmäßig zu Protesten. Die Bürger erinnern damit an ihre Situation und an die Jasminrevolution von 2010/11. Die jetzigen Unruhen begannen am 8. Januar nach der Durchsetzung neuer Austeritätsmaßnahmen der Regierung, die zum Jahreswechsel ihren neuen Staatshaushalt in Kraft gesetzt hat. Dieser sieht Sparmaßnahmen vor allem im sozialen Bereich sowie Steuererhöhungen vor. Besonders schmerzhaft ist die Erhöhung der Mehrwertsteuer. Diese reduziert nochmals die ohnehin sinkende Kaufkraft der Bürger, die unter einer Arbeitslosenrate von 15 Prozent und einer Inflationsrate von sieben Prozent leiden.

Bei den Unruhen kam ein Demonstrant ums Leben, 50 Polizisten wurden verletzt, und bis zu 700 Personen wurden verhaftet. Das Zentrum der Unruhen war neben Tunis die Stadt Tebourba. Aber auch die geräumte Synagoge in Djerba, in der bereits vor 16 Jahren 20 deutsche Urlauber durch einen Terrorakt ums Leben kamen, wurde wieder in Brand gesteckt. Zu Unruhen und Plünderungen kam es auch in Sidi Bouzid, wo durch die Selbstverbrennung eines Händlers der arabische Frühling begann, der in einem Blutbad und vier Bürgerkriegen übergegangen ist.

Die tunesische Regierung unter Premierminister Chahed ist in einer Zwickmühle. Die Erwartungen hinsichtlich einer besseren wirtschaftlichen Entwicklung an sie sind groß. Gleichzeitig ist die Finanzkasse leer und die Staatsausgabenquote auch wegen des Kampfes gegen den Terror erschreckend hoch.

Hinzu kommt, dass es seit 2011 keiner Regierung gelungen ist, die Korruption und Vetternwirtschaft in den Griff zu bekommen. Ebenso wenig haben die ergriffenen politischen Maßnahmen Erfolge gebracht. Das Land leidet immer noch unter einer Rezession, die durch eine Terrorwelle in den Tourismuszentren verursacht wurde. Bereits vorher hatten politische Morde für Unsicherheit und eine politische Krise gesorgt, die dazu geführt hatten, dass mit Präsident Essebsi ein 93-Jähriger zum Präsident gewählt wurde, der älteste weltweit. Bereits seit Jahren ist bekannt, dass der IS in Tunesien mehr Anhänger hat als in allen anderen Ländern, eine Welle von Rückkehrern aus Syrien und dem Irak wird die soziale Lage und die Sicherheitslage weiter verschärfen.

> Wenigstens mit dem Tourismus geht es leicht aufwärts

Tunesien galt bislang als das einzige Land, in dem der arabische Frühling mit Erfolg durchgeführt wurde. Aber auch diese gängige Auffassung ist falsch, wie die jetzigen Unruhen beweisen. Denn die Schere zwischen Arm und Reich, eine der Ursachen der Jasminrevolution, ist seit 2011 noch größer geworden.

Die jüngste Kampagne der Protestler stand unter dem Motto „Fech nestannew“ (Wir wollen nicht länger warten). Als erste Maßnahme gegen die Unruhen hat die Regierung inzwischen eine Anhebung des Mindestlohns im öffentlichen Sektor bekanntgegeben, aber dies scheint denjenigen, die auf den Straßen demonstriert haben, nicht genug zu sein. Sie wollen wirkliche Reformen.

Einen Lichtblick gibt es lediglich im leicht aufblühenden Tourismus. Anders als in der Türkei, wo der Tourismus unter den Drohungen und der Willkürherrschaft von Staatspräsident Erdogan zusammengebrochen ist, fördert die Regierung in Tunesien den Tourismus und bekämpft den Terrorismus. *Bodo Bost*

Kurden statt Assad

Ein neues Feindbild bestimmt die Syrienpolitik der Türkei

Nachdem der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan zunächst der Hauptunterstützer des Aufstands gegen die Regierung von Baschar al-Assad gewesen war, hat sich Ankara seit Sommer 2016 Moskau und Teheran, den engsten Verbündeten der syrischen Regierung, angenähert. Aus Rücksicht auf seine neuen russischen und iranischen Verbündeten hat Erdogan im Winter 2016 den syrischen Regierungstruppen Aleppo widerstandslos überlassen.

Assad war aus Sicht Ankaras gegenüber den Kurden, die auch kurz vor der Stadtgrenze Aleppos standen, das kleinere Übel. Im Verlaufe des Syrienkrieges hat sich die Türkei auf einen neuen Hauptfeind eingeschossen. Die Kurden nahmen die Stelle Assads ein. Dennoch besteht Ankara weiterhin darauf, dass Assad nicht die Zukunft Syriens verkörpern könne. Die Kurden sehen das auch so, weil sie unter Assad drei Jahrzehnte lang keine Personaldokumente erhalten hatten. Für die Russen sind die Kurden zwar keine Verbündeten wie für die US-Amerikaner, aber sie sind auch keine Gegner.

Syrische Regierungstruppen, unterstützt durch Russland und den Iran, dringen seit einigen Wochen immer weiter in das Herz der Ankara-Einflusszone, in die Provinz Idleb, vor. Mit dem Argument, den Terrorismus zu bekämpfen, bombardieren die syrischen Luftstreitkräfte und deren Unterstützer die Positionen mehrerer islamischer Rebellengruppen in Idleb, die von Ankara unterstützt werden. Dies hat zum ersten ernsthaften Konflikt zwischen Erdogan und Wladimir Putin seit ihrer überraschenden Verständigung 2016 geführt.

Da Erdogan aber einen offenen Konflikt mit den Russen und auch mit Assad nicht wagen kann, weil er auch in der islamischen Welt dafür zu isoliert ist, schlägt er jetzt gegen die Kurden in dem mehrheitlich von ihnen bewohnten Bezirk Afrin im Gouvernement Aleppo im Nordwesten von Syrien zu. Seit vorletztem Sonntag rücken türkische Panzer vor. Erdogan trägt damit den Krieg in eine Region, die bislang noch von jeglicher Gewalt verschont geblieben war. Jetzt bleibt abzuwarten, wie die Amerikaner reagieren, die wegen ihrer Entscheidung vom vergangenen Monat, Jerusalem als Hauptstadt Israels anzuerkennen, in der islamischen Welt zurzeit auch isoliert sind.

> Die USA müssen sich zwischen Kurden und Türken entscheiden

Erdogans Problem ist, dass er keine Alternative zu den Russen hat, denn die Kluft, die ihn von den US-Amerikanern trennt, ist nicht erst seit deren umstrittener Entscheidung zu Jerusalem mindestens genauso groß. Während die Türkei ursprünglich gehofft hatte, mit US-Präsident Donald Trump würden die Beziehungen zu Washington besser, war das Gegenteil der Fall. Noch nie waren die Beziehungen zwischen den USA und der Türkei so schlecht. Bis Neujahr galt über Monate sogar ein Stopp bei der gegenseitigen Visavergabe. Auch nach der Befreiung von Raqqa aus den Händen des IS unterstützt die US-Administration weiter militärisch die syrischen Kurden. Die USA wollen eine Grenztruppe in Nordsyrien aufbauen, um eine weitere Infiltration durch den IS zu verhindern. Ein Großteil dieser 30 000 Mann zählenden Grenztruppe wird von den kurdischen Volksverteidigungseinheiten (YPG) gestellt. Ihre Offensive gegen Afrin birgt für die Türkei die Gefahr einer ernsthaften Eskalation des Konflikts mit Washington. Die US-Amerikaner sind jetzt gezwungen, sich zwischen ihrem NATO-Verbündeten Türkei und ihrem Hauptpartner auf syrischem Boden, den YPG, zu entscheiden. *B.B.*

Ausgespäht in Fernost

Spionage, Schikane, Unterwanderung – Deutsche Unternehmen haben es in China zunehmend schwer

Rund um die Welt haben die Qualitätsprodukte made in Germany einen guten Ruf. Dennoch tut sich die Außenhandelswirtschaft zunehmend schwer. Patriotismus und Protektionismus liegen im Trend. Die Willkommenskultur für den deutschen Wettberwerber sinkt vielerorts gegen Null. Das gilt nicht für Donald Trumps „America-First“-Politik. Vor allem China bereitet den Außenhandelsexperten zunehmend Sorgen.



Einheimischer Mitarbeiter in einem BMW-Werk: 1,1 Millionen Arbeitsplätze geschaffen Bild: Imago

Einst war es das fernöstliche Traumland der deutschen Wirtschaftsbosse. Unerschöpflich wie die Fluten des Jangtsekiang schien die Zahl der billigen und fleißigen Arbeitskräfte. Wage wie die Sprüche in einem Glückskeks klangen die Umweltauflagen. Unbeschwert wie beim asiatischen Neujahrsfest feierten Chinas Konsumenten ihre neue Warenwelt, die ihnen da nach Jahren der kommunistischen Tristesse entgegenfunkelte.

Auch heute noch sind die wirtschaftlichen Kennzahlen beeindruckend: Rund 5200 deutsche Firmen sind in China tätig. Sie haben dort 1,1 Millionen Arbeitsplätze geschaffen. 2016 war das Land erstmals vor den USA Deutschlands wichtigster Handelspartner. Waren im Werte von beinahe 170 Milliarden Euro wurden ausgetauscht. Für 2017 werden Zahlen in ähnlicher Größenordnung erwartet. Allein der Volkswagen-Konzern verkaufte im vergangenen Jahr rund 3,2 Millionen seiner Autos in China. Ein Umsatzrekord, der das vom Dieselskandal geplagte Unternehmen auch 2017 zum weltgrößten Autohersteller werden ließ.

Dennoch verschlechtern sich derzeit die Geschäftsbedingungen für deutsche Unternehmen rapide. Für Alarmstimmung sorgt unter anderem ein Bericht der Germany Trade and Invest (GTAI). Die Gesellschaft für Außenwirtschaft und Standortmarketing, so der deutsche Name, ist ein Ableger des Wirtschaftsministeriums. Aufgabe ist es unter anderem Unternehmen zu beraten, die im Ausland investieren möchten. Ein weltweites Korrespondentennetz hilft bei der Informationsbeschaffung. Aus China vermelden die Informanten derzeit vorwiegend Negatives: „Beschwerden über Handelshemmnisse und den vom chinesischen Staat erzwungenen Tausch von Technologie gegen Genehmigungen häufen sich. Unternehmensvertreter klagen zudem über das Verbot von Firmenübernahmen, verzögerte Produktzulassungen oder das lange Aufhalten ihrer Ware beim Zoll“, heißt es im jüngsten GTAI-Bericht. Noch alarmierender: „Gleichzeitig dringt die einheimische Konkurrenz in angestammte Hightech-Bereiche deutscher Firmen vor. 35 Prozent der befragten deutschen Unternehmen halten es für wahrscheinlich, dass ein chinesischer Wettbewerber innerhalb der nächsten fünf Jahre in ihrer jeweiligen Branche die Innovationsführerschaft übernimmt. Neue Gefahren von ungewolltem Abfluss von Know-how entstehen etwa durch den verstärkten Zugriff des chinesischen Staates auf den Datenverkehr.“

> »Das ist nicht legal. Wir haben euch abgeschaltet«

So gehören Internet-Probleme derzeit zu den größten Ärgernissen deutscher Unternehmen im China-Geschäft. Zwar können die Menschen innerhalb des Landes ultraschnelle Online-Verbindungen nutzen. Datenströme, die aus dem Land herausführen, fließen dagegen oft extrem langsam. Ob dabei von staatlicher Seite auch Firmengeheimnisse abgefischt werden, weiß niemand. Bislang behalfen sich ausländische Unternehmen mit Spezialsoftware, dem Virtual Private Network (VPN), das auch eine verschlüsselte Kommunikation ermöglichte. Nun sollen die VPNs zum Frühjahr hin verboten werden. Staatschef Xi Jinping spricht von der „Internet-Souveränität“, die es durchzusetzen gelte.

Einige besonders eifrige Netz-Kontrolleure sind wohl bereits vorgeprescht: „Wir haben die ersten Firmen, bei denen sie das Internet einfach abgestellt haben“, erklärte Niels Behrens, Inhaber der IT-Firma IBB in Shanghai, dem Deutschlandfunk. Behrens fassungslos: „Erst mal gibt es gar keine Begründung. Man steht im Dunkeln. Internet ist weg. Man ruft beim Provider an und der sagt: ‚Ja, wir haben festgestellt, Ihr benutzt ein VPN. Das ist nicht legal. Wir haben Euch abgeschaltet‘.“

Staatliche Aufpasser agieren aber nicht nur von außerhalb, sondern versuchen zunehmend, in den ausländischen Firmen selbst an Einfluss zu gewinnen. Chinas Kommunistische Partei (KP) spielt dabei eine wichtige Rolle. Nach chinesischem Gesetz können Unternehmen verpflichtet werden, Parteizellen einzurichten. Deren Mitglieder werden üblicherweise von den Firmen selbst bezahlt, leiten ihre Berichte aber an die KP-Führung weiter. Inzwischen gibt es immer mehr Fälle, in denen die zumeist strammen Parteikader ein Mitspracherecht bei Unternehmensentscheidungen einfordern. Der Flugzeugbauer Airbus bestätigte gerade, auf Drängen der Provinzregierung in Heilongjiang im Nordosten des Landes eine Parteizelle in einer örtlichen Fabrik eingerichtet zu haben. Der Einfluss des Gremiums sei aber „auf eine beratende Funktion“ begrenzt, teilte der Konzern beschwichtigend mit.

„Nahe am Wasser kennt man das Wesen der Fische, nahe an den Bergen kennt man den Gesang der Vögel“, lautet ein chinesisches Sprichwort. Die Beobachter, Aufpasser und Einflussnehmer aus dem Reich der Mitte haben, scheint es, ihre Standorte sowohl hier als auch dort, und sie verstehen ihr Wissen bestens zu nutzen. Die GTAI warnt in einem weiteren aktuellen Bericht: „In den vergangenen Jahrzehnten fand eine enorme Verschiebung der internationalen Warenströme statt. Die Marktanteilsgewinne Chinas zeigen sich mittlerweile in allen Kernbranchen der deutschen Exportwirtschaft, da die Volksrepublik bemüht ist, in Branchen mit höherer Wertschöpfung vorzudringen. Für viele deutsche Unternehmen gehören chinesische Firmen bereits zu den wichtigsten Wettbewerbern. *Frank Horns*

MELDUNGEN

Neue Konkurrenz für Intel & Co.

Schanghai – China bringt erstmals einen eigenen Zentralen Rechnerprozessor (CPU) auf den Markt. Bislang dominierte hier vor allem der US-Gigant Intel, dessen Mitbewerber ebenfalls fast alle aus den USA kamen. Nun hat die Firma Shanghai Zhaoxin Semiconductor Co. Ltd. auf der Basis der gleichen x86-Chipstruktur wie die US-Modelle den ZX-C-Chip entwickelt. Die chinesische Eigenproduktion hat es als erster chinesischer Prozessor geschafft, das Betriebssystem Windows und ihm zugeordnete Anwendungsprogramme im Dauertest zuverlässig zu bedienen. Damit bröckelt die, abgesehen vom Betriebssystem Windows, letzte Bastion der USA auf dem internationalen Computermarkt. *T.W.W.*

Keine Zahlen zur Energiewende

Berlin – Die Bundesregierung sieht sich nicht in der Lage, die Kosten der Energiewende zu beziffern. In ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der AfD-Fraktion erklärte sie, dazu müssten „komplexe Rechnungen und Vergleiche zwischen Entwicklungen mit und ohne Energiewende samt eventueller zukünftiger Folgekosten gestellt werden“. Ein derart umfassender Kostenvergleich aber sei ihr „unbekannt“. *J.H.*

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung: **1.972.752.944.816 €**

Vorwoche: 1.972.800.257.904 €

Verschuldung pro Kopf: **23.826 €**

Vorwoche: 23.826 €

(Dienstag, 23. Januar 2018, Zahlen: www.steuerzahler.de)

»Organisierter Missbrauch«

Gesetzgeber soll gegen die »Abmahnindustrie« vorgehen

Ein Bündnis aus zehn Wirtschaftsverbänden hat mit Blick auf die Verhandlungen zur Bildung einer neuen Bundesregierung Korrekturen der Wettbewerbsregelungen gefordert. Die Verbände, zu denen der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK), der Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen (BGA) sowie der Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien (Bitkom) gehören, sieht beim Instrument der wettbewerbsrechtlichen Abmahnung „organisierten Missbrauch“.

Vom Gesetzgeber konzipiert wurden die Abmahnungen als Mittel, um Verstöße gegen das Wettbewerbsrecht ohne viel Bürokratie und ohne Einschreiten von Behörden oder Gerichten abstellen zu können. Stößt ein Unternehmen bei einem Mittbewerber auf einen Missstand, dann kann es einen Anwalt mit einer Abmahnung beauftragen, damit der Wettbewerber den Mangel abstellt. Für die abgemahnte Firma hat das zur Folge, dass sie die Kosten des Anwalts tragen muss, der mit der Abmahnung beauftragt wurde.

Bereits letzten November hat das auf die Zertifizierung von Internet-Händlern spezialisierte Unternehmen „Trusted Shops“ eine Studie „Abmahnungen im Online-Handel 2017” vorgelegt. Befragt hatte die Firma 1530 Händler, von denen fast jeder zweite in den vorhergehenden zwölf Monaten eine Abmahnung erhalten hatte. Im Schnitt waren dabei 1300 Euro fällig, wobei die tatsächlichen Kosten, etwa durch zusätzliche Vertragsstrafen im Schnitt sogar bei 4700 Euro lagen. Fast jeder zweite befragte Händler schätzte die Praxis der Abmahnungen als akut existenzgefährdend ein.

> Bündnis aus zehn Wirtschaftsverbänden fordert Korrekturen

Laut der Abmahn-Studie wurden die Unternehmen in nur 51 Prozent der Fälle von Mittbewerbern abgemahnt. Die übrigen Fälle standen im Zusammenhang mit Wettbewerbs- oder Verbraucherschutzvereinen.

Einige regionale Industrie- und Handelskammern (IHK) haben in den letzten Jahren von regelrechten Abmahnwellen berichtet, bei denen eine große Anzahl von Abmahnungen mit fast identischen inhaltlichen Angaben ausgesprochen wurde. So hat vergangenes Jahr zum Beispiel in Niedersachsen eine ganze Reihe von Immobilienmaklern Abmahnungen erhalten, in denen es um fehlerhafte oder unvollständige Angaben zur zuständigen Aufsichtsbehörde im Online-Impressum der Makler ging. Immer wieder abgemahnt werden auch Unternehmen, weil etwa der Vorname des Inhabers im Impressum der Webseite abgekürzt wurde oder weil Fehler in den Widerrufsbelehrungen oder Garantieversprechen gefunden wurden.

Bereits im Sommer letzten Jahres hatte die Allianz der zehn Wirtschaftsverbände ein gemeinsames Papier mit dem Titel „Private Rechtsdurchsetzung stärken – Abmahnmissbrauch bekämpfen“ veröffentlicht. Die Verbände beklagen darin, dass mittlerweile eine „Abmahnindustrie“ entstanden sei. Stephan Wernicke, Chefjustiziar des mitunterzeichnenden DIHK, bezeichnete Abmahnungen als ein eigentlich gutes Instrument, aber der Abmahnmissbrauch zeige, „wie sich Rechtsdurchsetzung zu einem fragwürdigen Geschäftsmodell entwickeln kann“. Den Gesetzgeber forderte er zu Korrekturen auf. Der DIHK regte in diesem Zusammenhang eine Vorabkontrolle an, bei der festgelegt wird, wer überhaupt abmahnen darf. *Norman Hanert*

Unverdient

Von Bodo Bost

Seit dem Jahreswechsel hat das korrupteste und ärmste Land der EU die EU-Ratspräsidentschaft inne. Ausgerechnet Bulgarien soll nun die krisengeschüttelte europäische Staatengemeinschaft auf einen guten Weg führen. Dessen Ministerpräsident Boiko Borissov sieht in der Ratspräsidentschaft die Chance, sein Land vom schlechten Image zu befreien und es als nützliches EU-Mitglied zu profilieren. Das ist auch dringend nötig, denn das Balkanland steht seit seinem EU-Beitritt 2007 unter besonderer Beobachtung der EU-Kommission. Alle fünf zurzeit in der bulgarischen Volksversammlung vertretenen Parteien können dem oligarchischen Erbe des politischen Totalitarismus zugerechnet werden.

Eine parlamentarische demokratische Opposition gibt es deshalb in Bulgarien nicht. Wer hier für demokratische Werte eintritt, kann dies nur auf der Straße tun. Dennoch fordert Borissov, der sich in den Augen seiner Kritiker eher wie ein Mafiaboss denn als Regierungschef aufführt, den Beitritt Bulgariens auch zur Euro-Zone. Und Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker ist sogar für eine Aufnahme des Landes in den Schengen-Raum. Dabei hat erst jüngst eine Studie gezeigt, wie korrupt die bulgarischen Grenzschutz- und Zollbehörden sind.

Noch rechtzeitig vor dem Antritt des EU-Ratsvorsitzes hatte die Borissov-Regierung in aller Eile ein neues Anti-Korruptionsgesetz verabschiedet. Demnach sollen die mit Korruptionsprävention und -sanktion befassten staatlichen Institutionen, die sich in den vergangenen Jahren als wirkungslos erwiesen haben, in einem einzigen Organ zusammengelegt werden. Allerdings hat der von den Sozialisten ins Amt gehobene Staatspräsident Rumen Radev sein Veto gegen das von der Regierungsmehrheit verabschiedete Gesetz eingelegt. Kritische Beobachter sehen darin ohnehin keinen Fortschritt, weil es nicht die Möglichkeit anonymer Korruptionsanzeigen vorsieht. Das wäre jedoch mehr als dringend, denn beim Korruptionsindex von Transparency International rangiert Bulgarien unter 176 Staaten am schlechtesten von allen EU-Mitgliedern auf Rang 75. Auch in der Rangliste der Pressefreiheit der Organisation Reporter ohne Grenzen belegt Bulgarien traditionell die Rote Laterne aller EU-Länder, es landet aktuell auf Platz 109, hinter den meisten afrikanischen und südamerikanischen Ländern, gefolgt nur noch von den meisten muslimischen Ländern.

Schlimmer hat bisher noch keine EU-Ratspräsidentschaft angefangen. Borissov will sich in den kommenden sechs Monaten vor allem für die Beschleunigung der EU-Integration der Westbalkanländer und die Verbesserung der Beziehungen zur Türkei einsetzen. Mit seinem mazedonischen Amtskollegen Zoran Zaev hat er bereits im August 2017 ein lange überfälliges Nachbarschaftsabkommen unterzeichnet. Nicht das EU-Mitglied Griechenland konnte im Jahre 2016 den von Merkels offener Tür eingeleiteten Flüchtlingsstrom in die EU stoppen, sondern das Nicht-Mitglied Mazedonien – auf Drängen von Österreich, nicht von Merkel. Deshalb hätte vor allem Mazedonien eine Perspektive für einen EU-Beitritt verdient. Dass hingegen Bulgarien seinen EU-Beitritt 2007 verdient hat, muss es noch beweisen.

Nicht einmal eine Nebenrolle

Von Hermann Paul Winter

Nach den Sondierungsgesprächen zwischen Union und SPD gaben die Parteichefs am 12. Januar ein Sondierungspapier an die Presse heraus. Dort wurde in einem Halbsatz postuliert, dass die Residenzpflicht für Asylbewerber wieder einzuführen sei. Direkt nach der Veröffentlichung wurde dieser Passus auf Betreiben der SPD wieder aus dem Papier gestrichen. Als habe lediglich ein orthografischer Fehler vorgelegen, wurde das wirksamste Mittel der Prävention gegen Mord und Totschlag durch Asylbewerber mit einem Mausklick aus der Welt geschafft.

Eine Maßnahme, welche die Bürger schützen und ihrer Sicherheit dienen soll, lediglich in einem Nebensatz zu deponieren, ist bereits mehr als verfehlt. Sie schließlich ganz zu löschen zeigt, dass der Schutz der Bevölkerung bei den Großkoalitionären nicht einmal eine Nebenrolle spielt. Verantwortungslosigkeit und Parteien-Hickhack haben obsiegt.

Die Residenzpflicht wurde mit dem „Asylkompromiss 1993“ eingeführt – klugerweise mit der Begründung, dass die Asylbewerber jederzeit erreichbar sein müssen, damit sich die Verfahren nicht verzögern. Außerdem sollte die Regelung die Asyl-Zuwanderung unattraktiver machen und die Bereitschaft der Asylbewerber erhöhen, an der Passbeschaffung zur „Förderung der Rückkehr“ mitzuwirken.

Im Rahmen einer „Verabredung“ zwischen Bund und Ländern gab der Bundestag im Dezember 2014 grünes Licht für die Aufhebung der Residenzpflicht und andere „Erleichterungen für Asylbewerber“. Im Gegenzug stimmte der Bundesrat einem Gesetz zur Einstufung weiterer Staaten als sichere Herkunftsstaaten zu, das der baden-württembergische Ministerpräsident andernfalls mit seiner entscheidenden Stimme im Bundesrat blockiert hätte. Winfried Kretschmann, die treibende Kraft dieses Deals, erzwang somit letztlich die Aufhebung der Residenzpflicht. Was für ein erbärmlicher Kuhhandel!

Die Aufhebung der Residenzpflicht hat in der Folge nicht nur Verzögerungen bei den Asylverfahren verursacht und das Abtauchen Abgelehnter erleichtert. Weit schlimmer: Sie hat dem mobilen Terror und den schwersten Gewalttaten sowie dem Erschleichen von Mehrfachidentitäten Tür und Tor geöffnet. Wie viele Tote und Schwerverletzte mittlerweile auf die Aufhebung der Residenzpflicht zurückgehen, lässt sich spätestens seit den Morden des reisefreudigen islamischen Massenmörders Anis Amri erahnen, der im Dezember 2016 bei einem Anschlag auf den Weihnachtsmarkt auf dem Berliner Breitscheidplatz zwölf Menschen tötete und 55 zum Teil schwer verletzte. Welch immenser ökonomischer Schaden durch Identitätsbetrug bis dato der Aufhebung der Residenzpflicht geschuldet ist, wird von der Politik nicht einmal diskutiert.

Die Beliebigkeit, nein, die Fahrlässigkeit, mit der die Großkoalitionäre mit der Schutzmaßnahme Residenzpflicht umgehen, macht sprachlos.

Zu all dem freilich schweigt die Geschäftsführerin der Republik. Sie verfolgt ein höheres Ziel: den Erhalt ihrer Macht.



Bei der Präsentation ihres Sondierungspapiers am 12. dieses Monats im Willy-Brandt-Haus: Die Vorsitzenden von CSU, CDU und SPD, Horst Seehofer, Angela Merkel und Martin Schulz (v.l.)

Bild: Imago

Frei gedacht



Schicksalhafter Familiennachzug

Von Eva Herman

Jeder halbwegs geradeaus denkende Mensch musste gerade in den vergangenen Monaten feststellen, dass es um die Parteipolitik hierzulande ziemlich übel bestellt ist. Leider wird es noch viel übler werden. Seit etwa vier Monaten geht ja hier nichts mehr, sprich: Es gibt nach der Bundestagswahl Ende September 2017 keine neugewählte Bundesregierung. Warum wohl? Etwa, weil einzelne Parteipolitiker plötzlich, von Ethik und Moral überfallen, keine Koalitionen mehr mit andersfarbigen Parteien eingehen wollen? Zu unterschiedlich? Zum Beispiel in Sachen Einwanderungspolitik, besser gesagt, dem derzeit viel diskutierten Familiennachzug? Ein heißes Eisen ist dies, vor allem fürs Volk, weniger für die Parteibonzen. Vielleicht steckt in Wahrheit noch etwas ganz anderes hinter all den merkwürdigen Regierungsbildungs-Verzögerungen. Wir wollen genau hinschauen, welche verheerende, schicksalhafte Weiche derzeit gestellt wird.

Also, warum kommen diese Leute in ihren sogenannten Sondierungsgesprächen nicht mehr weiter? Kann man wirklich nicht? Oder will beziehungsweise soll man noch nicht? Sicher, die nicht gewählte Regierung tut so, als regiere sie zwischendurch. Dann passieren solche „pikanten Patzer“ wie kürzlich bei der Glyphosat-Zustimmung Deutschlands für die neue EU-Verordnung. Wir mussten lernen: Der hochgefährliche Unkrautvernichter Glyphosat darf für weitere fünf Jahre auf den Feldern Europas eingesetzt werden, dank des Einverständnisses durch den CSU-Landwirtschaftsminister Christian Schmidt, dem man in der Sache einen Alleingang unterstellt hat. Alleingang? Bei einem solch wichtigen Thema? Oder eine Theatervorstellung, ein Ablenkungsmanöver?

Doch zurück zum Thema Einwanderungspolitik. Was derzeit an echtem Zündstoff in Straßburg und Brüssel in Sachen Familiennachzug – vor allem für Deutschland – hochgekocht wird, wollte man in Berlin angeblich nicht bemerkt haben? Dort schwadroniert man seit Monaten von einer Obergrenze für „Flüchtlinge“. Und jetzt meldete der „Spiegel“ in der dritten Kalenderwoche 2018 mit betroffener Stimme wörtlich: „Europäisches Parlament: Mehr Flüchtlinge nach Deutschland?“ Und dann heißt es wörtlich weiter: „Unionspolitiker warnen vor neuen Regeln für Asylbewerber in Europa. Die Bundesregierung fürchtet, dass Deutschland durch neue Asylbestimmungen in Europa deutlich mehr Flüchtlinge aufgebürdet werden könnten.“ Deutlich mehr jedenfalls als die offiziell verkündete Obergrenze!

Die Kolumne: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der *PAZ*. Dem Zeitgeist „Gegenwind“ gibt der konservative Streiter Florian Stumfall. „Frei gedacht“ hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

Denn während die Grokos Merkel, Schulz und Co. der deutschen Öffentlichkeit bereits im Oktober 2017 eine Einwanderer-Obergrenze von knapp 200 000 pro Jahr verkauften, geht es in Wahrheit um völlig andere Zahlen. So heißt es beim „Spiegel“ weiter: „Hintergrund sind Änderungen, die das Europäische Parlament an Gesetzesinitiativen der Kommission zur Reform der Dublin-Regeln vornehmen will. Danach soll nicht mehr automatisch das Land, in dem ein Flüchtling die EU erreicht, für dessen Asylverfahren zuständig sein, sondern unter Umständen das Land, in dem Angehörige des Bewerbers bereits leben.“ Der „Spiegel“-Autor zitiert einen Vermerk des Bundesinnenministeriums dazu, wo es heißt, dadurch „müsste Deutschland erheblich mehr Asylsuchende aufnehmen“, Obergrenzen würden – so wörtlich – „zunichtegemacht“. Ich wiederhole den Satz, der Deutschlands Geschichte mitbestimmen wird: Dadurch „müsste Deutschland erheblich mehr Asylsuchende aufnehmen“, Obergrenzen würden „zunichtegemacht“.

Wusste man bei der CDU/CSU etwa bereits im Vorfeld von den EU-Änderungen, die hier vom „Spiegel“ berichtet werden? Denn interessanterweise hieß es im Oktober 2017 im sogenannten Einigungspapier zur Obergrenze:

„Sollte das oben genannte Ziel wider Erwarten durch internationale oder nationale Entwicklungen nicht eingehalten werden können, werden die Bundesregierung und der Bundestag geeignete Anpassungen des Ziels nach unten oder oben beschließen.“

„Geeignete Anpassungen des Ziels nach unten oder oben!“

Es kommt aber noch besser. Der „Spiegel“ meldet sodann erstaunlich offen: „Besondere Sorge bereitet den Innenexperten, dass nach den Parlamentsvorschlägen ‚faktisch die bloße Behauptung einer Familienverbindung ausreichen‘ soll: ‚Im Ergebnis würde ein Mitgliedstaat, in dem sich bereits zahlreiche ‚Ankerpersonen‘ befinden, für weitreichende Familienverbände zuständig.‘“

Also, im Klartext genügt es demnach, dass ein einwanderungswilliger Migrant, woher er auch immer kommt, nur behaupten muss, er habe Familienangehörige in Deutschland. Da wird nichts überprüft – schwupps, ist er drin. Brüssels Segen ruht darauf!

Tja, das Maß an zurückliegenden Erfahrungen – nämlich, dass seit 2015 Hunderttausende beziehungsweise Millionen Immigranten nach Deutschland eingewandert sind, davon etliche ohne Pass, die auch nicht selten falsche Alters- und Namensangaben machen und von denen sich etliche unter gleich mehreren Identitäten ins Sozialsystem einschreiben ließen und so umfangreich abkassieren – ist offenbar noch nicht erreicht. Wie viele zehntausend Terroristen derweil hier unkontrolliert untergetaucht sind, wollen wir hier gar nicht erst diskutieren.

Die Autorin: Eva Hermans Buch »Das Eva-Prinzip« erreichte 2006 hunderttausende Leser. Weitere Bestseller über Medien, Familie, Mutterschaft und Spiritualität folgten. Die ehemalige ARD-Moderatorin, die 1958 in Emden geboren wurde, lebt in Hamburg.

Der „Spiegel“-Bericht liefert den „worst case“, den schlimmsten anzunehmenden Fall, auch gleich frei Haus mit, für alle diejenigen, denen das Selbstdenken immer noch schwerfällt. So zitiert man den Parlamentarischen Innenstaatssekretär Ole Schröder mit dem folgenden Satz: „Wenn jeder der über 1,4 Millionen Menschen, die seit 2015 in Deutschland Asyl beantragt haben, zur Ankerperson für neu in der EU ankommende Schutzsuchende wird, reden wir über ganz andere Größenordnungen als bei der Familienzusammenführung.“

Zum Thema neue Asylregeln heißt es beim „Spiegel“ weiter: „Pikanterweise haben auch EU-Politiker von Union und SPD den Vorschlägen zugestimmt.“ Darunter befindet sich Franz-Josef-Strauß-Tochter Monika Hohlmeier. Also Groko-Parteilinge. Wie bei der Glyphosat-Entscheidung und dem CSU-Minister Schmidt.

Deutschland wird also, dank der Zustimmung von Politikern der sogenannten christlichen Parteien, mit weitaus höheren Immigrantenzahlen konfrontiert werden, als man es in der öffentlichen Diskussion bislang zugeben wollte.

Ob Deutschland beziehungsweise die Menschen hier das alles noch verkraften können, wird man sehen. Zwar muss noch der Europäische Rat zustimmen, aber das wird schon.

Übrigens: Laut „Bild-Online“ können ab März alleine 390 000 in Deutschland lebende Syrer ihre Familien hierherholen. Nicht nur die Kernfamilie, sondern, wenn gewünscht, den ganzen Klan. 390 000, die bereits ein von Deutschland erteiltes „Visum zur Familienzusammenführung“ erhalten haben. Nur aus Syrien. Außerdem genügt, wie bereits erwähnt, bei allen anderen Einwanderungswilligen, die „bloße Behauptung einer Familienverbindung“, um im deutschen Sozialstaat aufgenommen zu werden. „Es sind schon Hunderttausende hier“, sagt der ehemalige „Focus-Money“-Journalist Oliver Janich, „und sie können jetzt Millionen nachholen!“ Unions-Chefin Merkel lässt weiterhin die Grenzen offen, denn Fakt ist ja, dass der Steuerzahler – vorwiegend widerspruchslos – für alles aufkommen wird.

Subversives Schlafmittel

Die Utopien des Adalbert Stifter – Der böhmische Autor malte den Himmel, um die Hölle umso wirkungsvoller zu zeigen

Stifter gilt als Inbegriff der Langeweile. Wer sich davon nicht abschrecken lässt, entdeckt eine geradezu subversive Kraft in den Texten des vor 150 Jahren gestorbenen Biedermeier-Autors aus dem südböhmischen Oberplan.

Wenn Literaturprofessoren überfüllte Hörsäle vermeiden wollen, dann setzen sie Adalbert Stifter auf den Lehrplan. Die meisten Studenten machen allein deshalb einen großen Bogen um das Seminar, wenn sie im Zusammenhang mit Stifter das Wort Biedermeier hören. Wenn das nicht abschreckt, dann wenigstens der Roman „Der Nachsommer“, für den es für jeden Studenten die Höchststrafe bedeutet, wenn er darüber eine Seminararbeit schreiben soll.

Was gab es nicht alles für vernichtende Urteile über diesen dicken Bildungsroman! Das prominenteste stammte vom Dramatiker Friedrich Hebbel: „Drei starke Bände! Wir glauben Nichts zu riskieren, wenn wir Demjenigen, der beweisen kann, daß er sie ausgelesen hat, ohne als Kunstrichter dazu verpflichtet zu sein, die Krone von Polen versprechen.“

Es gehört tatsächlich eine gehörige Portion Masochismus dazu, sich freiwillig einer Lesetortur zu unterziehen, die einen mit ausführlichen Beschreibungen von Landschaften, Gärten, Kunstgegenständen und Wohnmobiliar erschlägt. Wer hier zu Ende liest, ist ein Held: „Die Zimmer im zweiten Stockwerke des Hauses waren geblieben, wie sie früher gewesen waren. Sie sahen so aus, wie sie gerne in weitläufigen alten Schlössern auszusehen pflegen. Sie waren mit Geräten vieler Zeiten, die meistens ohne Geschmack waren, mit Spielereien vergangener Geschlechter, mit einigen Waffen, und mit Bildern, namentlich Bildnissen, die nach der Laune des Tages gemacht ...“ Brechen wir hier mal besser ab, bevor das Schlafmittel wirkt.

Stifter hatte sich früh die Kunstmalerei beigebracht. Seine Vorliebe galt Bildern der Voralpenlandschaft. Und das macht sich auch in seinen Werken bemerkbar: Es sind Landschaftsbilder, in die er als Farbtupfer ein paar Personen eingezeichnet hat. Ein Porträtmaler, der ganz dicht vorm Modell sitzend die Seele einer Figur abbildet, war er nie. Die meist idyllische Landschaft war für ihn Spiegelbild eines sittlich-harmonischen Seelenlebens.

Am schönsten gelang ihm dies in seinen Erzählungen. Dort greifen Naturgewalten in fatalistischer Weise in das Leben der Protagonisten ein: Ein Gewitter löst in „Abdias“ Glück und Unheil aus; die Rettung vor einem Wolfsrudel bringt in „Brigitta“ ein Liebespaar zusammen; und im dichten Schneefall verirren sich in der sogar verfilmten Weihnachtserzählung „Bergkristall“ an Heiligabend zwei Kinder im Hochgebirge, ehe ihre Rettung nach einer Nacht in eisiger Kälte eine bis dahin in frostiger Starre lebende Dorfgemeinschaft miteinander versöhnt.

Schrieb Stifter in seiner frühen und mittleren Phase ausschließlich Erzählungen, die er vornehmlich in den Bänden „Studien“ und „Bunte Steine“ versammelt hat, so ragen in seinem Spätwerk mit dem „Nachsommer“ und „Witiko“ zwei monumentale Romane heraus, die seinen Ruf als eintöniger Prosa-Autor zementierten.

Es war zuerst Nietzsche, der in „Menschliches, Allzumenschliches“ eine Ehrenrettung vornahm und den „Nachsommer“ zu jenen wenigen Werken deutscher Prosaliteratur zählte, die es verdienten, „wieder und wieder gelesen zu werden“. Und erst Thomas Mann erkannte das Subversive bei Stifter, wenn er schreibt, „daß hinter der stillen, innigen Genauigkeit gerade seiner Naturbetrachtung eine Neigung zum Exzessiven, Elementar-Katastrophalen, Pathologischen wirksam ist.“

Die harmonische Idealwelt seiner Werke stand geradezu im Widerspruch zu Stifters Lebensrealität. Sein Vater, ein Leinweber, stirbt bei einem Arbeitsunfall, der 1805 geborene Halbwaise wird auf die Benediktinerschule in Kremsmünster abgeschoben. Er scheitert mit einem Jurastudium in Wien und verdingt sich als Hauslehrer unter anderem für einen Metternich-Sohn. Er scheitert mit seiner Liebe zu einer Frau aus reicher Familie und geht eine Zweckehe mit einer Putzmacherin ein. Er scheitert als Schulrat mit einem Lesebuch für Realschulen, das nicht veröffentlicht wird. Er scheitert als Erzieher einer Ziehtochter, die mehrfach ausreißt und zuletzt tot in der Donau gefunden wird. Und in Linz scheitert er mit einem eigenen Selbstmordversuch. Wegen seiner durch Fresssucht ausgelösten Bettlägerigkeit schnitt sich der Todkranke am 26. Januar 1868 die Kehle durch. Die Wunde konnte man schließen, trotzdem starb er, ohne das Bewusstsein wiedererlangt zu haben, zwei Tage später an Leberversagen.

Das Versagen im realen Leben bildet einen auffällig starken Kontrast zur heilen Idylle in seinen fiktiven Werken. Im „Nachsommer“ leben ein paar aristokratische Müßiggänger in einer nahezu abgeschotteten utopischen Welt, in der sie ungestört ihre Idealvorstellung vom Schönen in Kunst, Wissenschaft und Liebe realisieren. Das Buch müsste eigentlich Pflichtlektüre für alle grün Angehauchten sein, bewirtschaftet darin ein Freiherr von Riesach doch einhe Art Biohof inklusive natürlicher Schädlingsbekämpfung durch Anlocken von Vögeln. Sogar das Wort „nachhaltig“ taucht bei Stifter schon auf.



Adalbert Stifter in einer zeitgenössischen Fotografie Bild: CF

So wie Stifters alter ego Riesach die Schädlinge fernhalten will, so auch alle modernen Einflüsse. Das „Alte“ in Kunst und Malerei ist es, was ihn und seinen jugendlichen Begleiter, den Wandergesellen Heinrich Drendorf, in Verzückung versetzt. Dazu betreibt Riesach auf seinem Ökohof eine Restaurierungswerkstatt, in der er mittelalterliche Kunstwerke und antike Statuen instandsetzen lässt. Und dabei gewinnt der Roman, der alles Zeitgeschichtliche konsequent ausblendet, sogar eine politische Dimension: Der Autor, der aus armen Verhältnissen kommend zum ehrenamtlichen Landeskonservator für Oberösterreich der k.k. Zentralkommission zur Erforschung und Erhaltung der Kunst- und historischen Denkmale aufstieg, feiert als erklärter Konservativer hinter dem Deckmantel der kunsthandwerklichen die politische Restauration seiner von Revolutionen geprägten Epoche.

Die idealisierte Kuschelwelt Stifters ist aber alles andere als eine mit rosarotem Stift gezeichnete Trivialliteratur. Die Eintönigkeit, mit der sich alle liebhaben, mit der Familie, Kirche und Obrigkeit auf enervierende Weise Respekt gezollt wird, wirkt wie eine grau angemalte, subversive Utopie. Wäre man nicht im Biedermeier, könnte man von einer Verfremdungstechnik sprechen, mit der Stifter das reale Grauen unter der Oberfläche seiner Idylle indirekt hervorscheinen lässt. Er überlässt es dem Leser, durch quälende Lektüre diese Leerstellen zu erfassen und auszufüllen.

Noch mehr Scharfsinn erfordert die Lektüre des „Witiko“. Mit dem Epos über den südböhmischen Nationalhelden wollte Stifter die literarische Königsdisziplin, den Geschichtsroman à la Walter Scott, bewältigen. Im Roman erscheint der tugendhafte Witiko als derart übertrieben idealisierte Lichtgestalt, dass man nur das Gegenteil von ihm denken kann: ein ehrgeiziger Krieger, der auch über Leichen gehen kann. Als der Roman während der NS-Zeit richtig populär wurde, hat man diese Schattenseiten gern überlesen. Später benannten die Sudentendeutschen sogar einen Verein, den Witikobund, nach Stifters Helden.

Stifter ärgert und fasziniert zugleich. Er malte den Himmel, um die Hölle zu zeigen. Dieser „merkwürdigste, heimlich kühnste und wunderlich packendste Erzähler der Weltliteratur“ (Thomas Mann) langweilt, um zu begeistern. *Harald Tews*

Der Nachsommer und **Witiko** sind bei dtv als Taschenbuch erhältlich. Dort sind jetzt auch **Sämtliche Erzählungen: nach den Erstdrucken** erschienen (1648 Seiten, 28 Euro), die erstmals alle 33 Erzählungen des Autors in einem Band enthalten. Neue **Stifter-Biografien** gibt es von Wolfgang Matz (Wallstein Verlag, 392 Seiten, 29,90 Euro) und Peter Becher (Pustet Verlag, zweite Auflage, 255 Seiten, 24,95 Euro). Alles Wissenswerte über Leben, Werk und Wirkung findet sich in dem vorzüglichen und ganz neuen **Stifter-Handbuch** von Christian Begemann und Davide Giuriato (Metzler Verlag, 398 Seiten, 89,95 Euro).

Mit Humor und Pathos

Der Film »Die dunkelsten Tage« behandelt den Beginn von Churchills Regierungszeit

Passend zum 75. Jahrestag von Joseph Goebbels' Sportpalastrede vom 18. Februar 1943 mit der berühmten Suggestivfrage „Wollt ihr den totalen Krieg?“ ist mit „Die dunkelste Stunde“ aus den USA jetzt eine filmische Eloge auf einen anderen Einpeitscher jener Kriegsjahre in die deutschen Kinos gekommen: Winston Churchill. Letzterer stellte sich zu Beginn seiner Amtszeit einer Aufgabe, die im Prinzip noch schwerer war als die des Propagandaministers Goebbels. Denn Goebbels' Landsleute hatten als Alternative zum Weiterkämpfen nur die bedingungslose Kapitulation, Churchills Landsleute hingegen die ungleich verlockendere Aussicht auf einen Verständigungsfrieden.

Die historische Beratung zu dem Film „Die dunkelste Stunde“ stammt mit dem 1924 in Budapest geborenen US-amerikanischen Historiker ungarischer Herkunft John Lukacs von einem ausgewiesenen Bewunderer Churchills. Zu Lukacs' bekanntesten Werken zählt das Buch „Five Days in London, May 1940“, das in Deutschland unter dem Titel „Fünf Tage in London. England und Deutschland im Mai 1940“ erschienen ist und das wie „Die dunkelste Stunde“ den Beginn von Churchills Amtszeit zum Thema hat.

Zum Schluss wird der Film leider zu einem Heldenepos, das stellenweise in die Grauzone zwischen Pathos und Kitsch gerät. Er beginnt jedoch angenehm unpathetisch als eine unterhaltsame Politkrimikomödie. Nach einer turbulenten Unterhaussitzung, in welcher der Oppositionsführer den Rücktritt Neville Chamberlains gefordert hat, kündigte der Premierminister am Abend in einem elitären Kreis von Parteifreunden seinen Rücktritt vom 10. Mai 1949 an.

Die Nachfolge scheint alternativlos auf Lord Halifax hinauszulaufen. Der als intrigant geschilderte Gegenspieler der Hauptfigur des Films lehnt jedoch zur Überraschung der Anwesenden mit der Begründung ab, seine Zeit sei noch nicht gekommen. Nun läuft alles zum Entsetzen der Anwesenden auf Churchill hinaus. Jetzt erst betritt die Hauptfigur, gespielt von Gary Oldman, die Bühne.

Churchill wird als ein überaus skurriler und stellenweise auch grantiger, aber nichtsdestoweniger liebenswürdiger alter Mann mit menschlichen Schwächen geschildert, der sich kaum um Konventionen kümmert. Im weiteren Verlauf schildert der Spielfilm vor allem Churchills Ringen um ein Festhalten seines Landes am Kriegskurs. Seine Selbstzweifel verliert er schließlich, als er auf Empfehlung seines Königs den Kontakt zum „Mann auf der Straße“ sucht, sicherlich eine Schlüsselszene. Er büxt aus und fährt U-Bahn. Dort begegnen ihm alle mit Ehrerbietung und Bewunderung und bestärken den Falken in seinem Kurs. Um deutlich zu machen, dass die Statisten für die gesamte Breite des Volkes sprechen sollen, ist alles dabei: Alt und Jung, Mann und Frau, Schwarz und Weiß, Arbeitskleidungs- und Anzugträger.



Bild: UP Media

Eine Schlüsselszene: Churchill findet Bestätigung in der „Tube“

Am heftigsten und längsten skandiert ein kleines Mädchen gegenüber Churchill, nicht aufgeben zu wollen. Vor Rührung zückt Churchill sein Taschentuch und schämt sich seiner Tränen nicht. Nach diesem komplett erfundenen U-Bahn-Erlebnis ist Churchill sich nun sicher, dass er recht hat und was er nun zu tun hat: auf seinem einmal eingeschlagenen Weg entschlossener denn je weiterzugehen.

Den Schluss bildet Churchills Unterhausrede vom 28. Mai 1940, die pathetisch mit Musik unterlegt ist. Jubel bricht aus, der anfänglich skeptische Vorgänger Chamberlain signalisiert seinen Mannen mitzujubeln, und den Gegenspieler Halifax bleibt nur noch das Schlusswort: Er hat die englische Sprache mobilisiert und in die Schlacht geschickt. Ein Schelm, der bei diesem schönen Ende denkt, Analoges könne man auch über Goebbels sagen. *Manuel Ruoff*

Heiße Ware

Moderne Keramiken im Bröhan Museum

Brennöfen müssen ziemlich hitzebeständig sein, um Keramikprodukte herzustellen. 1250 Grad Celsius gelten in Töpfereien als ideale Brenntemperatur, damit hochwertige Alltagsgegenstände, aber auch Figuren aus Keramik überhaupt erst entstehen können.

Das Berliner Bröhan Museum zeigt jetzt solche Produkte, die aus der Hitze kommen. In der Ausstellung „Ceramics and its Dimensions. Shaping the Future“, die am 30. Januar beginnt, geht man der Frage nach, welche Bedeutung das traditionelle Material Keramik überhaupt noch hat: Wie stehen heute industrielle und handwerkliche Produktion zueinander, wo liegt das Potenzial digitaler Techniken, und unter welchen Perspektiven wird das Material in Zukunft eine Rolle in der gestalterischen Ausbildung spielen? Dabei werden Ergebnisse eines internationalen Projektes gezeigt, das 25 Partnerinstitutionen aus elf europäischen Ländern vereint.

Blick in die Zukunft des Keramik-Designs

Das Bröhan mit seinem reichen Keramik-Bestand aus der Zeit des Jugendstil und Art Deco wagt mit dieser Schau erstmals einen Blick in die Zukunft des Keramik-Designs. Moderne Keramiken müssen einer Vielzahl von Anforderungen gerecht werden. Sie sollen bestimmte Anforderungen an Design und Handhabung erfüllen. Gleichzeitig ändern sich Technologien rasant. Designer müssen somit neue Wege beschreiten, sich auf neue Herstellungsmethoden und Anwendungsbereiche einstellen, um moderne Produkte entwickeln zu können.

Die Ausstellung will dem eigenen Anspruch gerecht werden, indem sie exemplarisch Objekte präsentiert, welche durch Ausloten neuer Möglichkeiten im keramischen Bereich entstanden sind. Der Fokus ist dabei auf moderne Designprodukte gerichtet. Neben rein künstlerischen Erzeugnissen stellt man moderne Gebrauchsgegenstände wie Vasen, Teller oder Blumentöpfe vor. Die Ausstellung, die außerdem auch in Helsinki, Selb, Dublin, Stoke-on-Trent, Laibach und Prag zu sehen sein wird, endet im Bröhan am 22. April. *H. Tews*

Bröhan-Museum, Schloßstraße 1a, 14059 Berlin, geöffnet von Dienstag bis Sonntag jeweils 10 bis 18 Uhr, Eintritt: 8 Euro, jeden ersten Mittwoch im Monat ist der Eintritt frei. Zur Ausstellung ist ein Katalog erschienen mit 224 Seiten. Er kostet im Museum 20 Euro. Telefon (030) 32690600, Infos im Internet unter: www.broehan-museum.de

Die »glücklichen Mädel unserer Zeit«

Vor 80 Jahren wurde in Deutschland das Pflichtjahr für Mädchen und Frauen bis zum 25. Lebensjahr eingeführt

Jeder Deutsche sollte seine Arbeitskraft einsetzen und helfen, das „Tausendjährige Reich“ aufzubauen. Am 15. Februar 1938 führten die Nationalsozialisten das Pflichtjahr für Mädchen ein.

„Heute sollte ich ein Huhn schlachten. Meine Hausfrau hat gesagt, zwischen den Knien festhalten und zuschlagen, ist doch ganz leicht. Aber ich konnte das nicht. Frau B. hat geschimpft und das arme Vieh selbst abgemurkst“, schreibt Gertrud S. an ihre Schulfreundin Anneliese H. in Gleiwitz. „Auch Kühe melken ist schrecklich, eine hat nach mir getreten, und ich bin in einem Kuhfladen gelandet. Und dann das frühe Aufstehen! Du Glückliche, Du hast es besser getroffen.“ Die beiden „Lyzeen“, Schülerinnen des Gleiwitzer Eichendorff-Lyzeums, schreiben sich oft, seitdem sie ihr Pflichtjahr ableisten. Anneliese hat es wirklich besser. Sie hilft einer jungen Mutter mit drei Kindern in der Nachbarschaft. Auf einem verblichenen Foto sitzt sie an einem Tisch, umringt von drei kleinen Mädchen mit Zöpfen und stopft Strümpfe. Nachmittags kann sie nach Hause gehen, während es Gertrud in ein „ödes Kaff“ verschlagen hat.

Die Einführung des Pflichtjahrs für alle Mädchen nach dem Schulabschluss und für unverheiratete Frauen unter 25 Jahren wird von der NS-Propaganda mit den üblichen schneidigen Worten begleitet. „Ihrer Pflichten und Aufgaben bewusst, sind sie glückliche Mädel unserer Zeit ... Wollen wir uns nicht freuen, dass wir Kraft in uns fühlen, dass unsere Aufgabe unendlich ist?“

Wer Pech hat wie Gertrud, für den ist erst einmal der Arbeitstag unendlich und der symbolische Lohn gering. Zwischen drei und 15 Reichsmark erhalten die Pflichtjahrmädel monatlich. 300 000 Schulabgängerinnen werden von den Arbeitsämtern jedes Jahr zu kinderreichen Familien, in Haushalte mit erkrankten Müttern oder auf Bauernhöfe vermittelt. Ohne Absolvierung des Pflichtjahrs gibt es keinen Ausbildungsplatz. Arbeitsbuch und Zeugnis müssen den künftigen Arbeitgebern vorgelegt werden. Die Mädchen sollen zu tüchtigen Hausfrauen erzogen und motiviert werden, dem Führer viele Kinder zu schenken. Mehrmals im Jahr finden Pflichtjahrtreffen statt, organisiert vom „Bund Deutscher Mädel“ (BDM), bei denen gesungen, getanzt und indoktriniert wird.

Ein Leitfaden mit dem Titel „Das Pflichtjahr“ gibt einen Einblick in die straffe Organisation. Wo ist der Bedarf nach einer Pflichtjahrstelle anzumelden, wie muss das junge Mädchen beschäftigt, untergebracht und betreut werden bis hin zur Arbeitskleidung: „Die Kleidung muss praktisch und für die in Aussicht genommene Arbeit passend sein. Dünne, seidene Fähnchen sind nichts für Land- und Hausarbeit. Das Deutsche Frauenwerk hat einen Bogen mit praktischen Vorschlägen und Zeichnungen für zweckmäßige Pflichtjahr-Kleidung herausgegeben, dessen Studium reiche Anregungen gibt.“

Dass nicht nur die Erziehung zum Idealtypus der Frau nach dem Geschmack der Nationalsozialisten Zweck des Pflichtjahrs war, erkannten die meisten jungen Mädchen nicht. Ende 1936 hatte Adolf Hitler den Vierjahresplan zur Kriegsvorbereitung erlassen. Zum Leiter der Vierjahresplanbehörde ernannte er Hermann Göring. Der sollte alle wirtschaftlichen und sozialpolitischen Maßnahmen treffen, um Deutschland kriegsfähig zu machen. Dazu gehörte die Anordnung zum „verstärkten Einsatz weiblicher Arbeitskräfte in der Land- und Hauswirtschaft“. Die Mädchen sollten im Kriegsfall zu Hause einen Soldaten ersetzen. In einer Plakataktion bringt der BDM den „Jungmaiden“ die Botschaft: „Auch Du gehörst dem Führer!“

Nachdem das Interesse Hitlers bisher mehr den Jungen als den künftigen Soldaten gegolten hatte, erhielten nun auch die jungen Frauen einen wichtigen Platz in der NS-Maschinerie. Die BDM-Reichsreferentin Jutta Rüdiger schrieb: „Die Jungen werden zu politischen Soldaten und die Mädel zu starken und tapferen Frauen erzogen, die diesen politischen Soldaten Kameraden sein sollen – und unsere nationalsozialistische Weltanschauung später in ihrer Familie als Frauen und Mütter leben und gestalten – und so wieder großziehen eine Generation der Härte und des Stolzes. Wir wollen darum bewusst politische Mädel formen. Das bedeutet nicht: Frauen, die später in Parlamenten debattieren und diskutieren ...“ Die Gleichberechtigung der Frau bestehe darin, dass sie in den ihr von der Natur bestimmten Lebensgebieten jene Hochschätzung erfahre, die ihr zukomme.



Für viele vor allem städtische Pflichtjahrmädel war der Einsatz als Haushaltshilfe in einer kinderreichen Familie attraktiver als der Dienst in der Landwirtschaft: Eine ihr Pflichtjahr ableistende junge Deutsche bei der Hausarbeit im Kreise von Kindern

Bild: bpk

Ein „von der Natur bestimmtes Lebensgebiet“ wurde nach Ausbruch des Kriegs besonders wichtig. Die Zeitschrift „Völkischer Wille“ betonte: „Wir brauchen nun einmal – abgesehen von allen anderen Gründen – für den Ausgleich der blutigen Verluste des Krieges, für den Ausgleich des Geburtenrückgangs, der durch die Trennung der Soldaten von ihren Familien bedingt ist, heute soviel erbgesunde Kinder wie eben möglich. Ja, das Pflichtjahr hat jetzt erst seinen eigentlichen Sinn bekommen.“

Zunächst mussten die Mädchen die zur Front abkommandierten Männer an deren zivilen Arbeitsplätzen ersetzen. Tausende junge Frauen meldeten sich freiwillig zum Dienst in der Landwirtschaft, an Werkbänken und in Industriehallen, Tausende ließen sich als Krankenschwestern und Helferinnen in den Lazaretten des Roten Kreuzes anlernen. Ab 1941 bestand eine Verpflichtung zum Kriegshilfsdienst. Als nach den ersten Erfolgen der deutschen Wehrmacht immer mehr Niederlagen an Hitlers Hauptquartier gemeldet wurden, übernahmen Wehrmachtshelferinnen die Aufgaben von Soldaten, die an der Front kämpften oder gefallen waren. Sie arbeiteten als Stenotypistinnen, Telefonistinnen, Botinnen und im Wetterdienst. Im Eiltempo wurde das sogenannte weibliche Behelfspersonal an Horchgeräten bei der Flugabwehr oder als Hilfskanoniere ausgebildet. Nach Schätzungen arbeiteten rund 400 000 junge Frauen als Krankenschwestern und 500 000 als Wehrmachtshelferinnen, weit mehr als bei den Truppen der Alliierten. Nach dem verlorenen Krieg waren aus Joseph Goebbels' „glücklichen Mädeln“ verhärmte Frauen geworden, die mit Schaufeln und Schubkarren die Trümmer in den Städten beseitigten.

Klaus J. Groth

Prediger des gewaltlosen Widerstands

Ausgerechnet Mohandas Karamchand Gandhi, genannt Mahatma Gandhi, starb vor 70 Jahren eines gewaltsamen Todes

Große Männer machen große Fehler“, sagte der österreichisch-britische Philosoph Karl Popper einmal. Das gilt auch für Mohandas Karamchand Gandhi, der seit 1915 den ehrenden Beinamen „Mahatma“ (große Seele) trug. Und einer dieser Fehler, sein blinder Glaube an die Macht der Gewaltlosigkeit selbst im Spannungsfeld multikulturell-multireligiöser Gesellschaften, kostete ihn vor 70 Jahren das Leben.

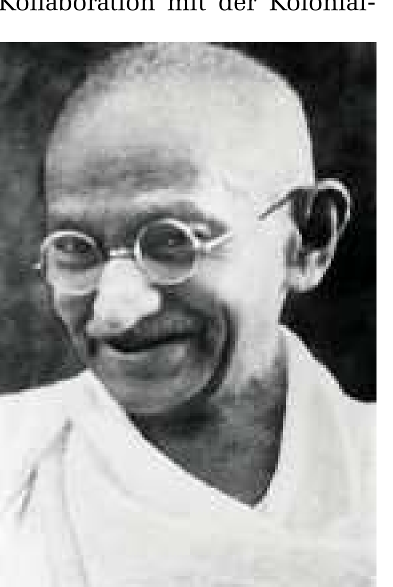
Gandhi, der am 2. Oktober 1869 in der indischen Hafenstadt Porbandar geboren wurde und einer sehr angesehenen Familie entstammte, studierte von 1888 bis 1891 in London Rechtswissenschaften. Dieser Gang ins Ausland hatte den Ausschluss aus der Oberschichtenkaste der Bania zur Folge, da es für Hindus als schwere Sünde galt, den „Großen Ozean“ zu überqueren. Während der Zeit in England beschäftigte sich der Vegetarier und Abstinenzler auch mit den verschiedenen Weltreligionen, die er allesamt für vereinbar hielt.

Sein weiterer Lebensweg führte Gandhi 1893 nach Südafrika – nicht zuletzt, weil er in Indien als Rechtsanwalt keinerlei berufliche Erfolge erzielen konnte. Während der Bahnfahrt von Durban nach Pretoria erlebte Gandhi zum ersten Male rassische Diskriminierung am eigenen Leib und wurde hierdurch zum Gegner der Apartheid – allerdings nur insoweit diese die indische Minderheit betraf. Denn für die Schwarzen hatte die spätere Ikone der Toleranz, die insgesamt zwölfmal für den Friedensnobelpreis nominiert wurde, nur Verachtung übrig: Es gehe keineswegs an, dass man die Inder mit den primitiven „Kaffir-Rassen“ Afrikas auf eine Stufe stelle.

In Südafrika initiierte Gandhi bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges diverse Widerstandsaktionen gegen Maßnahmen und Gesetze, mit denen die Weißen die Inder im Lande benachteiligten. Dabei pflegte er demonstrative persönliche Enthaltsamkeit beziehungsweise Selbstbeherrschung und verzichtete ab 1912 auch auf jegliche Art von Privatbesitz. Zudem entwickelte der Anwalt in diesem Zeitraum die Strategie des gewaltlosen passiven Widerstandes, die für immer mit seiner Person verknüpft sein wird.

Nachdem sich die Situation der Inder in der Südafrikanischen Union durch Gandhis Kampf wesentlich verbessert hatte, kehrte der nunmehr 45-Jährige Ende 1914 nach Indien zurück, wo er dem Indian National Congress (INC, Indischer Nationalkongress) beitrat und anschließend seinen Harijan Ashram aufbaute. In diesem klosterähnlichen Meditationszentrum wurde das einfache, bäuerlich-autarke Leben gelebt, das Gandhi als Vorbild für ein freies, von Großbritannien unabhängiges Indien ansah. In diesem Zusammenhang benutzte er das alte Spinnrad, mit dem er in das kollektive Gedächtnis der Menschheit einging und das sowohl die inoffizielle Flagge des Indischen Nationalkongresses von 1921 als auch die 1931 angenommene Flagge, die während des Zweiten Weltkriegs von der Provisorischen Regierung des Freien Indien benutzt wurde, zierte. Da sich trotz aller demonstrativer Bescheidenheit der Ashram finanziell nicht trug, war das Projekt auf kontinuierliche Spenden von Anhängern wie dem Industriellen Ghanshyam Das Birla angewiesen. Von der indischen Dichterin und Politikerin Sarojini Naidu, einer engen Vertrauten von Gandhi, stammt das Bonmot, dass es die Inder ziemlich viel Geld gekostet habe, ihrem Nationalhelden ein Leben in Armut zu ermöglichen.

Nichtsdestotrotz waren Gandhi in seinem Land noch bemerkenswertere Erfolge als schon in Südafrika vergönnt. Durch seine unaufhörlichen und höchst erfolgreichen Aufrufe zu Hungerstreiks und Protestmärschen sowie zu zivilem Ungehorsam statt Kollaboration mit der Kolonialmacht erzwang der nunmehr regelmäßig in ein einfaches Lendentuch gekleidete Unabhängigkeitskämpfer 1930 die Aufnahme von Verhandlungen über die indische Frage. Dem folgte 1942 das London abgetrotzte Versprechen, Indien nach dem Zweiten Weltkrieg in die Unabhängigkeit zu entlassen.



Mahatma Gandhi Bild: CF

Nach dem Krieg entließen die Briten Indien tatsächlich in die Unabhängigkeit, aber getreu dem Motto „divide et impera“ (teile und herrsche) hinterließen sie ein in die Islamische Republik Pakistan und die Republik Indien geteiltes Land. Die parallele Gründung eines mehrheitlich muslimischen und eines mehrheitlich hinduistischen Staates im August 1947 führte sofort zu massiver Gewalt. Historiker schätzen die Zahl der Vertriebenen auf bis zu 20 Millionen und die der Toten auf zwischen 500 000 und zwei Millionen. Das veranlasste Gandhi, der nach wie vor der Vision von einer multikulturellen und multireligiösen Gesellschaft bei gleichzeitigem Erhalt des traditionellen Kastensystems nachhing, als Vermittler aufzutreten – und das, obwohl Muslime teilweise Fäkalien, Dornen und Glassplitter auf die Pfade legten, die der barfüßige Pazifist während der Friedensmissionen nach der Staatsgründung beschritt. Nachdem die von Gandhi abgelehnte Teilung Indiens Realität geworden war, trat er für eine gerechte Aufteilung der Staatskasse ein. So startete er am 15. Januar 1948 den letzten Hungerstreik seines Lebens, um zu erreichen, dass die indische Regierung die 40 Millionen Pfund an Pakistan zahlte, die dem Moslemstaat noch aus der Konkursmasse der Kronkolonie zustanden. Damit erwies sich Gandhi in den Augen vieler radikaler Hindus als Landesverräter.

Zu den größten Gandhi-Hassern gehörte Nathuram Vinayak Godse, der 1942 eine militante Untergrundorganisation namens Hindu Rashtra Dal gegründet hatte. Der Brahmane lauerte dem 78-jährigen „Vater der Nation“ am späten Nachmittag des 30. Januar 1948 vor dessen Birla House in Neu-Delhi auf, als dieser sich gerade wieder einmal seinen zusammengeströmten Bewunderern präsentieren wollte. Dann streckte er den fast Nackten mit drei Pistolenschüssen in die Brust nieder, woraufhin dieser wenige Augenblicke später verstarb. Godse wurde noch am Ort der Bluttat von dem US-amerikanischen Vizekonsul Herbert Reiner gestellt und am 8. November 1949 zum Tode verurteilt. Eine Woche später endete der Attentäter am Galgen des Gefängnisses von Ambala. Ob das im Sinne Gandhis gewesen wäre, ist fraglich.

Wolfgang Kaufmann

Auf der Suche nach dem schnellen Flugzeug

Außer Meilensteinen der Luftfahrttechnik baute Ernst Heinkel auch Weltkriegsveteranen und Kleine-Leute-Fahrzeuge

Seinen Namen tragen Meilensteine der Luftfahrttechnik wie die Heinkel He 176 oder die Heinkel He 178, Kleine-Leute-Fahrzeuge der Wirtschaftswunderzeit wie der Heinkel Tourist oder die Heinkel Turbine und Veteranen des Zweiten Weltkrieges wie der Standardbomber Heinkel He 111 oder der „Volksjäger“ Heinkel He 162. Vor 60 Jahren endete das Leben des flugzeugbegeisterten Ernst Heinrich Heinkel.

Den vor 130 Jahren, am 24. Januar 1888, im württembergischen Grunbach geborenen Klempnermeistersohn begeisterte schon früh die Luftfahrt. Ein Schlüsselerlebnis war für ihn das spektakuläre Zeppelinunglück bei Echterdingen im Jahre 1908, das er als Zuschauer erlebte. Heinkel kam zu der Überzeugung, dass statt dem Luftschiff dem Flugzeug die Zukunft gehöre. Bereits drei Jahre nach der Aufnahme eines Maschinenbaustudiums an der Technischen Hochschule zu Stuttgart begann er 1910 sein erstes Flugzeug zu bauen. Mit diesem Nachbau verunglückte er zwar 1911 schwer, als er eine Kurve zu eng nahm, aber das wurde für ihn nicht zu einem abschreckenden Schlüsselerlebnis. Vielmehr beendete er noch im selben Jahr seine Ausbildung und begann als Flugzeugkonstrukteur bei der Luft-Verkehrs-Gesellschaft in Johannisthal bei Berlin. In den folgenden Jahren wechselte er mehrmals den Arbeitgeber, aber nicht seinen Beruf, der ihm Berufung war und in dem er schnell Karriere machte. Die Leistungsfähigkeit seiner Konstruktionen zeigte sich mehr noch als schon vorher in Friedenszeiten im Ersten Weltkrieg. Maßgeblich war er an der Entwicklung des Aufklärungs- und Schulflugzeugs Albatros B.II, des Langstreckenbombers Hansa-Brandenburg G.I, des See-Doppeldeckers Hansa-Brandenburg W.12 und des Se-Tiefdeckers Hansa-Brandenburg W.29 beteiligt.

Die Kriegsniederlage und der Versailler Vertrag mit seinem Verbot des Flugzeugbaus in Deutschland beendeten fürs erste Heinkels Karriere. Der Flugzeugenthusiast wich auf Autos aus, betrieb in seiner Geburtsstadt eine Automobilreparaturwerkstatt, baute Militärfahrzeuge für zivile Zwecke um.

Nachdem das Versailler Flugverbot etwas gelockert worden war, gründete Heinkel 1922 die Ernst-Heinkel-Flugzeugwerke. Die immer noch vorhandenen Restriktionen ließen ihn auf die Lizenzfertigung im Ausland und die Arbeit für ausländische Auftraggeber ausweichen. So entwickelte er ab 1925 für die japanische Kriegsmarine katapultgestartete Wasserflugzeuge samt entsprechenden Katapulten. Auch mit dänischen, finnischen, ungarischen, sowjetischen, US-amerikanischen, thailändischen und chinesischen Kunden kam er ins Geschäft. Da den Deutschen Kriegsflugzeuge immer noch verboten waren, erarbeitete er für Deutschland einen zivilen Verwendungszweck der Katapulttechnik, die Postbeförderung. 1929 startete 180 Meilen vor New York von Bord des deutschen Schnelldampfers „Bremen“ ein Heinkel-Bordflugzeug zum ersten Postvorausflug.

Der Aufbau der deutschen Luftstreitkräfte nach der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten bot Heinkel dann völlig neue Möglichkeiten, die er nutzte. So war die Luftwaffe bei ihrer offiziellen Gründung 1935 größtenteils mit seinen Heinkel-Maschinen ausgestattet. Bekannt ist vor allem der insbesondere aus der Luftschlacht um England bekannte zweimotorige Standardbomber He 111, von dem zwischen 1935 und 1944 über siebeneinhalbtausend Stück gebaut wurden. Weniger bekannt dürfte sein, dass die He 111 ursprünglich als ziviles Flugzeug konzipiert und 1935 mit 400 Kilometern in der Stunde Höchstgeschwindigkeit das schnellste Verkehrsflugzeug Europas war. Sie baute stark auf den Erfahrungen mit dem ersten europäischen Schnellverkehrsflugzeug, der noch einmotorigen He 70 „Blitz“, auf, die mit einer Spitzengeschwindigkeit von 362 Kilometern in der Stunde zeitweise sogar die schnellste Verkehrsmaschine der Welt war.



Bild: pa

Vor einer He 111 zwischen zwei Mitarbeitern: Ernst Heinkel

Die Nationalsozialisten, deren Parteigenosse er wenige Monate nach deren „Machtergreifung“ geworden war, schätzten Heinkels Konstruktionen. So erhielt er 1938 mit Willy Messerschmitt den Deutschen Nationalpreis für Kunst und Wissenschaft, Wehrwirtschaftsführer war er bereits im Vorjahr geworden. Diese günstigen Rahmenbedingungen ermöglichten Heinkel, der nach immer höheren Fluggeschwindigkeiten strebte, bemerkenswerte Innovationen. Noch vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges hoben 1939 mit der Heinkel He 176 das erste funktionsfähige Flugzeug mit regelbarem Flüssigkeitsraketentriebwerk und mit der Heinkel He 178 das erste Flugzeug mit Strahltriebwerk ab. Bei der He 176 arbeitete Heinkel mit dem Raketentechniker Wernher von Braun zusammen, dem er kostenlos Flugzeuge zur Verfügung stellte. Für die Entwicklung der He 178 konnte Heinkel den Physiker und Erfinder Hans Joachim Pabst von Ohain gewinnen.

Heinkel war nicht untypisch für die Funktionseliten im Dritten Reich. Eher der Typus „Fachidiot“ hatte er keine grundsätzlichen politischen Bedenken gegen den Nationalsozialismus. Allerdings geriet er mit den zuständigen Dienststellen auf seinem ureigenen Fachgebiet in Konflikt. Dort war man von seiner Heinkel He 280, dem ersten Flugzeug der Welt mit zwei Strahltriebwerken und dem ersten mit einem Schleudersitz, weniger überzeugt als er selbst, was er vernehmlich beklagte. Auch wurde sein Expansionskurs als Unternehmer als übertrieben empfunden. Auch die Eigenwilligkeit und die Alleingänge des Eigenbrötlers und Dickkopfes kamen in der Diktatur nicht gut an. So wurde er 1943 in seinem von ihm mittlerweile aufgebauten Unternehmensgeflecht mit zeitweise über 50 000 Beschäftigten diskret entmachtet. Es wurde in einer Aktiengesellschaft zusammengeschlossen mit ihm als Aufsichtsratsvorsitzenden, eine zwar ehrenvolle Position, aber ohne direkten Einfluss auf das operative Geschäft.

Nach dem Zweiten Weltkrieg war Heinkels Sturz noch tiefer als nach dem Ersten. Der Großteil der Konzernanlagen wurde enteignet, zerstört oder demontiert, er selber inhaftiert. Sein ambivalentes Verhältnis zu den Nationalsozialisten machte eine Einstufung schwierig. Schließlich konnte er als „Entlasteter“ mit dem ihm verbliebenen Rest des Konzerns in der jungen Bundesrepublik zu einem erneuten beruflichen Neustart ansetzen. Wieder wich er auf Landfahrzeuge aus. Er baute Motoren, Motorroller wie den sehr erfolgreichen Heinkel Tourist sowie die weniger erfolgreiche Heinkel Kabine, die der BMW Isetta Konkurrenz machen sollte.

Wie nach dem Ersten konnte und wollte Heinkel aber auch nach dem Zweiten Weltkrieg nicht vom Flugzeugbau lassen. Und auch diesmal versuchte er, durch die Zusammenarbeit mit dem Ausland seine Handlungsspielräume zu erweitern. Es blieb jedoch beim Bau von Flugzeugkomponenten. Zwar folgte auch diesem Weltkrieg schließlich der Aufbau einer Luftwaffe und dann auch einer Luftfahrtindustrie, aber um davon nachhaltig profitieren zu können, starb er zu früh. Gerade 70 Jahre alt geworden erlag Ernst Heinkel am 30. Januar 1958 den Folgen einer Hirnblutung. *Manuel Ruoff*

Ein gescheiterter Angriff brachte den Durchbruch

Die Tet-Offensive entlarvte den von der US-Führung behaupteten nahen Sieg im Vietnamkrieg als Mär

Vor einem halben Jahrhundert war die Propaganda der US-Regierung gegenüber den Amerikanern bezüglich des Vietnamkrieges ähnlich wie heute die der Bundesregierung gegenüber den Deutschen bezüglich der Griechenlandkrise. In beiden Fällen hieß es stets, dass man Geduld haben und noch ein paar Soldaten beziehungsweise Euro nachlegen müsse, und dann würde alles gut. Die USA waren damals einem erfolgreichen Ende ihres Engagements im Vietnamkrieg ungefähr so nahe wie Deutschland einem erfolgreichen Ende seines Engagements in der Griechenlandkrise. Während die Deutschen bislang jedoch im Zusammenhang mit der Griechenlandkrise noch kein großes punktuelles Desillusionserlebnis gehabt haben, so hatten es die US-Amerikaner bezüglich des Vietnamkrieges vor 50 Jahren mit der Tet-Offensive.

> Die Amerikaner verloren nicht nur den Glauben an den Erfolg, sondern auch an die Legitimität ihres Krieges

Bis Mitte der 60er Jahre war es der von der Demokratischen Republik (Nord-)Vietnam (DRV) unterstützten Nationalen Befreiungsfront (FNL) gelungen, große Teile Südvietnams, wenn nicht unter ihre Kontrolle, so doch unter ihren Einfluss zu bringen. In den Städten und deren Umland herrschte jedoch noch die von den USA unterstützte Regierung der Republik (Süd-)Vietnam. Letzteres versuchten DRV und FNL vor einem halben Jahrhundert, mit einer lange vorbereiteten und einer großen Kraftanstrengung verbundenen Offensive zu ändern.

Am 31. Januar 1968 wurden fünf der sechs großen Städte, 36 der 44 Provinzhauptstädte, 64 Bezirkshauptstädte und alle kreisfreien Städte nahezu zeitgleich von über 80 000 FNL-Kämpfern und DRV-Soldaten angegriffen. Die Überraschung war eine nahezu totale. Tet, der Neujahrstag nach dem Mondkalender, welcher der Tet-Offensive ihren Namen gab, gilt in Vietnam als der heiligste Tag des Jahres, und unmittelbar vorher hatten erst die Angreifer eine siebentägige Waffenruhe angekündigt. Die Hälfte der südvietnamesischen Regierungssoldaten befand sich auf Heimaturlaub. Die militärischen Nachrichtendienste hatten keine Warnung ausgesprochen. Die US-Amerikaner hatten ihrem Gegner eine derartige logistische Leistung nicht zugetraut.

Erschwerend kam hinzu, dass die US-Streitkräfte zuvor vom Gegner abgelenkt worden waren. Im Bergdorf Khe Sanh im äußersten Norden Südvietnams hatten das U.S. Marine Corps eine kleine Basis. Als nun die DRV zwei Divisionen mit etwa 20 000 Mann in unmittelbarer Nähe zusammenzog und am 21. Januar, also zehn Tage vor dem Beginn der Tet-Offensive, auch tatsächlich mit Artillerie angriff, befürchteten die US-Strategen ein zweites Dien Bien Phu, sprich eine kriegsentscheidende Kesselschlacht, wie sie die Vietnamesen knapp 14 Jahre zuvor erfolgreich den Franzosen geliefert hatten. Der damalige US-Präsident Lyndon B. Johnson ging sogar so weit, dem Vorsitzenden der Vereinigten Stabschefs, General Earle Wheeler, das Versprechen abzunehmen, diese Basis unbedingt zu halten. Entsprechend groß war das US-Engagement vor Ort. Aus ganz Südvietnam wurden 15 000 Elitesoldaten zusammengezogen. Außer 50 000 GI wurden 100 000 Tonnen Bomben für die Verteidigung des Stützpunktes im Norden eingesetzt – die in Saigon fehlten.

Trotz des gelungenen Überraschungsmoments erwies sich die Tet-Offensive jedoch als militärischer Misserfolg. Binnen einiger Tage wurden die Angreifer wieder aus den Städten vertrieben, wobei Hue eine Ausnahme darstellt, welche die Regel bestätigt. DRV und FNL verloren mit um die 40 000 Mann in diesen wenigen Wochen Vietnamkrieg ungefähr so viel wie die USA in neun Jahren. Für diesen Misserfolg gibt es eine Reihe von Gründen. Zum einen fand die FNL bei den Städtern nicht die Unterstützung, die sie vom Lande gewohnt war. Es ist nun nicht so, dass die Städter die neuen Machthaber bekämpft hätten, aber sie unterstützten sie auch nicht. Zum anderen hatte die Befreiungsfront durch das Abweichen von der asymmetrischen Guerillakriegsführung die US-Streitkräfte in die Lage versetzt, ihre materielle Überlegenheit ebenso konsequent wie rücksichtslos einzusetzen. Stadtviertel, in denen Gegner vermutet wurden, wurden einfach platt gemacht. Bezeichnend hierfür ist der Kommentar eines örtlichen US-Kommandeurs nach der Rückeroberung einer Provinzhauptstadt: „Wir mussten Ben Tre zerstören, um es zu retten.“

Entsprechend groß war die Zahl der Opfer der Tet-Offensive und ihrer Abwehr. 670 000 Zivilisten wurden obdachlos, 25 000 wurden verwundet und über 14 000 fanden den Tod, davon alleine in Saigon über 6000. Angesichts solcher Kriegsmethoden und Kollateralschäden sank bei den US-Amerikanern zunehmend der von der Führung vermittelte Glaube, in Vietnam zum Wohle der Vietnamesen zu kämpfen. Ein Extremfall ist das Massaker von My Lai, als wenige Wochen nach dem Beginn der Tet-Offensive ein US-Trupp in einem südvietnamesischen Dorf erst die Frauen vergewaltigte und anschließend fast alle Dorfbewohner erschoss.

Es war jedoch nicht nur der Glaube an die Güte der eigenen Sache, der schwand, sondern auch die von der politischen und militärischen Führung immer wieder genährte Illusion, dass der Sieg zum Greifen nahe sei und es nun gelte, nicht noch im letzten Moment zu schwächeln. Immerhin war es dem Gegner gelungen, für einige Zeit fast ganz Vietnam in seine Gewalt zu bringen. Die Tet-Offensive hatte gezeigt, dass die USA noch nicht einmal unumschränkter Herr im eigenen Hause waren. Zu den Zielen der Offensive hatte nämlich auch die US-Botschaft in Saigon gehört. Trotz der Anwesenheit von über einer halben Millionen GI in Südvietnam hatte es sechs Stunden gedauert, um die Herrschaft über dieses Fleckchen USA zurückzuerlangen.

> Zwei Monate nach dem Beginn der Offensive gab US-Präsident Lyndon B. Johnson seinen Verzicht auf eine erneute Kandidatur bekannt

Präsident Johnson klagte in seinen Memoiren über diese Zeit der Zäsur rückblickend: „Unsere Presse und unser Fernsehen berichteten sehr emotional über die Tet-Offensive. Die Massenmedien schienen darin zu rivalisieren, wer die grausigsten und deprimierendsten Berichte bringen konnte. Leitartikler, die gegen eine amerikanische Beteiligung in Südostasien waren, übernahmen die Führung.“

Johnson musste feststellen, dass vor diesem Hintergrund die Politik der Eskalation in der Vietnamfrage, die mit seinem Namen verbunden wurde, nicht mehr mehrheitsfähig war. Er zog die Konsequenz. Am 31. März 1968, zwei Monate nach dem Beginn der Tet-Offensive, hielt er eine Fernseh- und Hörfunkansprache an sein Volk. Hierin gab er bekannt, dass er auf eine erneute Kandidatur für das Präsidentenamt verzichte, die von den Militärs gewünschte Eskalation in Form einer Entsendung von über 200 000 zusätzlichen GI nach Südvietnam ablehne und eine Deeskalation in Form eines Verzichtes auf die Bombardierung Nordvietnams nördlich des 19. Breitengrades vornehme.

Damit war das Engagement des US-Militärs in Vietnam noch nicht beendet, doch war der Höhepunkt überschritten und das Ziel nun nicht mehr der Sieg, sondern ein Rückzug mit wenig Gesichtsverlust und vielen Gegenleistungen des Gegners. Insofern war die militärisch erfolglose Tet-Offensive politisch ein entscheidender Erfolg. *M.R.*

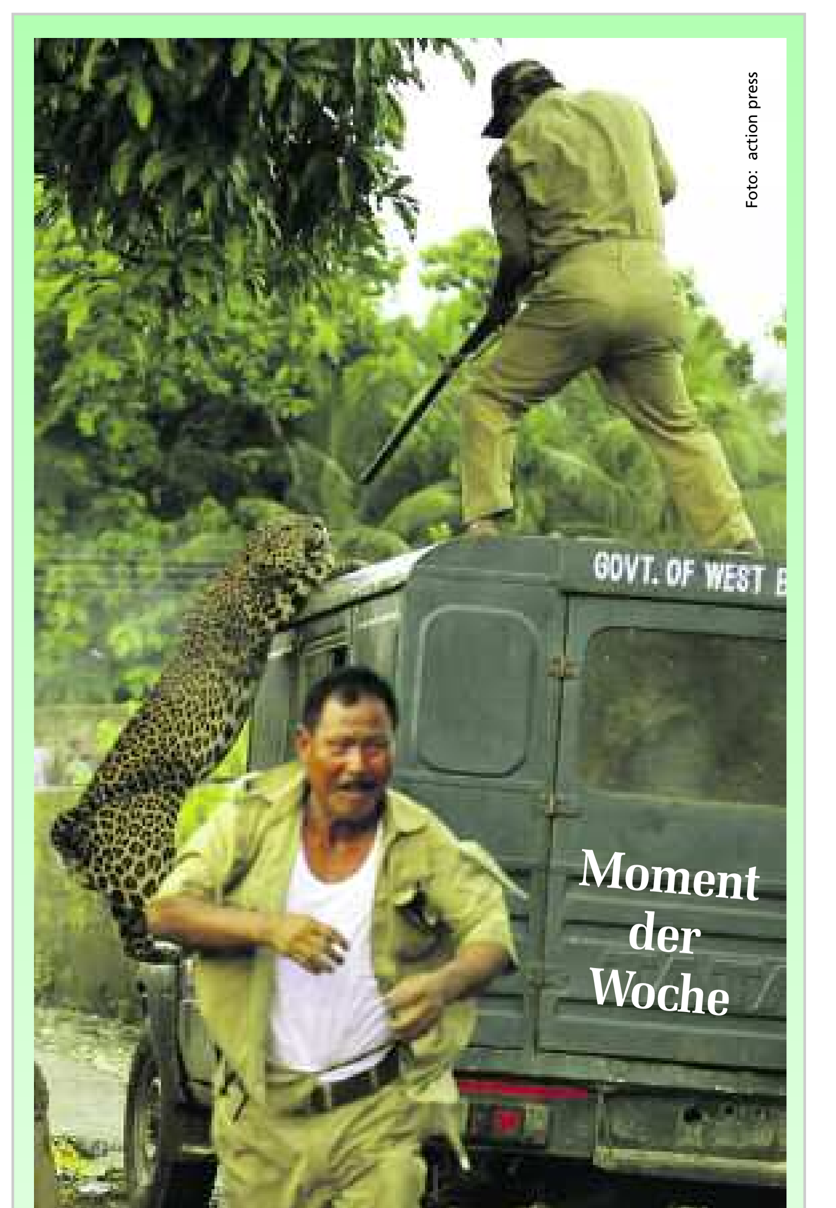


Foto: action press

Moment der Woche

Ein Leopard sieht rot. In einem Vorort der indischen Stadt Haidarabad attackiert das Raubtier zwei Wildhüter, Insgesamt verletzt es elf Menschen. Derlei Zusammenstöße sind in Indien keine Seltenheit. Die streng geschützten Raubtiere breiten sich immer weiter in den Städten aus. In der 12,5-Millionen-Metropole Mumbai (Bombay) sollen Kinder in der Dämmerung bereits zu Hause bleiben. In einem „Spiegel“-Artikel wird Indiens Umgang mit den Leoparden trotzdem hochgelobt. Deutschland solle sich in Bezug auf seine eigenen Großraubtiere, die Wölfe, daran ein Beispiel nehmen. *FH*

Das macht sprachlos!

Eine gefährliche Entwicklung: An unseren Universitäten ist immer weniger Deutsch zu hören

Wir sprechen Deutsch“ heißt es selbst in den entlegensten Weltgegenden. In Südamerika, im Nahen und Mittleren Osten und besonders in Asien werde unsere Sprache zunehmend nachgefragt, verkündet der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD): „In Brasilien lernen sie heute 134 000 Menschen, in China 117 000.“ Damit haben sich die Zahlen zum Beispiel in China seit 2010 mehr als verdoppelt.

Ob den Lernenden klar ist, dass sie Vokabeln einer Sprache pauken, die selbst in ihrem Ursprungsland rapide an Bedeutung verliert? Die Deutschen mögen anscheinend das Deutsche nicht mehr. Dies gilt insbesondere für Universitäten und Hochschulen. Hier werden zwischenzeitlich ganze Studiengänge von der ersten Vorlesung bis hin zum Examen ohne ein deutsches Wort abgewickelt.

Dabei geht es nicht um philologische Fächer, in denen man sich naturgemäß überwiegend mit einer ausländischen Sprache auseinandersetzt. Ob Medizin, Psychologie, Wirtschaftswissenschaften, Chemie oder Physik, ohne solide englische Sprachkenntnisse kommt man auch in einem grundständigen Studium an den entsprechenden Fakultäten heute nicht mehr aus. Von Promovenden in den Naturwissenschaften wird ganz selbstverständlich erwartet, dass sie ihre Doktorarbeit in englischer Sprache abfassen und einreichen. Deutsche Forschungsorganisationen nehmen Förderanträge oder Ergebnisberichte für Studien oft nur noch in Englisch an. Als Begründung hierfür wird gerne die Internationalisierung von Wissenschaft und Hochschule bemüht. Deutsche Akademiker dürften im weltweiten Forschungsdiskurs den Anschluss nicht verlieren, heißt es vielfach.

Tatsächlich hat sich das Englische nach dem Zweiten Weltkrieg zunächst im Westen und nach dem Zusammenbruch des Ostblocks schließlich auch auf dem gesamten Globus zur lingua franca von Wissenschaftlern gemausert. Auf internationalen Kongressen wird überwiegend in englischer Sprache kommuniziert.

> Jeder dritte Nobelpreis ging früher an einen Deutschen

Dies war nicht immer so. Insbesondere am Ende des 19. und am Beginn des 20. Jahrhunderts gehörte Deutsch neben dem Englischen und Französischen zu den drei führenden Wissenschaftssprachen der Welt. Damals leisteten die Universitäten und Forschungseinrichtungen im Deutschen Reich gerade im Bereich der Naturwissenschaften Pionierarbeit. Rund jeder dritte Nobelpreis wurde an einen deutschen Forscher verliehen. Die Vorreiterrolle Deutschlands schwand jedoch im Verlauf der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts ebenso, wie die anderer europäischer Staaten. Heutige deutsche Nobelpreisträger leben und forschen meist in den Vereinigten Staaten.

Amerikanische Institute bieten Wissenschaftlern international schon seit Jahrzehnten in vielen Bereichen die besten Rahmenbedingungen für ihre Arbeiten und ziehen daher aus vielen Ländern die führenden Köpfe der Forschungswelt an. Die Etablierung des Englischen als führender Wissenschaftssprache ist daher vor allem ein Tribut an die dominante Stellung der Vereinigten Staaten und nicht das Ergebnis einer von Wissenschaftlern selbst getroffenen Konvention.

In Deutschland geht man in Kultusministerien, an Hochschulen und in Forschungseinrichtungen seltsamerweise davon aus, dass man der Anziehungskraft der USA dadurch begegnen könne, indem man zu den von diesen diktierten Regeln spielt. Ein gefährlicher Irrtum: Während aufgrund zahlreicher Bildungsexperimente im Schulwesen viele Abiturienten hierzulande gar nicht mehr richtig lesen, schreiben oder rechnen können und die – insbesondere im Bereich der Grundlagenforschung – bereitgestellten Finanzmittel außerordentlich bescheiden ausfallen, hofft man durch eine möglichst international ausgestaltete Forschungslandschaft vor allem ausländische Akademiker anzulocken, um der schwindenden internationalen Bedeutung des Wissenschaftsstandortes Deutschland wirksam etwas entgegenzusetzen. Die erzielten Erfolge sind indes bescheiden.

Tatsächlich arbeiten zunehmend ausländische Wissenschaftler an deutschen Universitäten, aber zumeist ist die Bundesrepublik für sie nur eine Durchgangsstation in ihrem akademischen Lebenslauf. Die besten Köpfe kommen ohnehin nur selten. Vor allem bleibt der eigene wissenschaftliche Nachwuchs auf der Strecke. Studien aus Skandinavien haben gezeigt, dass die Wissensaufnahme von Studenten deutlich vermindert bleibt, wenn der Lernstoff in einer fremden Sprache vermittelt wird.

Im Bereich der Naturwissenschaften werden neu gebildete wissenschaftliche Begrifflichkeiten schon gar nicht mehr ins Deutsche überführt. Es fehlt somit zunehmend eine eigene deutsche Fachterminologie, die aber für die spätere Heranführung an wichtige Erkenntnisse in der Schule oder in der nicht-akademischen Berufswelt erforderlich ist. Wenn also die geistige Elite dieses Landes darauf verzichtet, die eigene Sprache weiterzuentwickeln, so hat dies langfristig auch erhebliche negative Auswirkungen auf den restlichen Teil der Bevölkerung sowie auf den allgemeinen Sprachgebrauch.

Diejenigen Studenten, die sich in einer anglisierten Wissenschaftswelt besonders leicht tun, fällt zudem der Schritt, nach dem Abschluss ins Ausland zu gehen, zusehends leichter. Auch damit wird die Talentflucht aus Deutschland verschärft. Die Zukunft des Deutschen als Wissenschaftssprache ist daher vor allem eine Frage nachdem, was sich eine Kultur- und Bildungsnation selbst noch wert ist.

Dirk Pelster

Herzen kalt, Hirne abgeschaltet

Stundenlang schauen viele fern – Die Flimmerkiste ist Verführung pur – Aber welche Wirkung hat der exzessive TV-Genuss?

Tagein, tagaus erzählt uns das Fernsehen kunterbunte Geschichten aus einer scheinbaren Wirklichkeit. Forscher sind sich zunehmend einig: Wer zuviel davon konsumiert, verändert sich – und zwar nicht zu seinem Besten. Manche werden egozentrisch, labil, sprunghaft und wohl auch gewalttätig.

Da ging ein Aufschrei durch die Republik – ein, wie man heute sagen würde, Shitstorm. „Fernsehen“, klagte die damalige hessische Kultusministerin Karin Wolff (CDU) im Juli 2006 auf dem Landeselterntag in Fulda, „macht dick, dumm und gewalttätig“. Den Namen der Politikerin kennen inzwischen nur noch Fachleute. Doch das Thema, das sie vor fast zwölf Jahren in ihrem Referat bearbeitete, ist aktuell wie eh und je. Und Karin Wolff hat seinerzeit nur an das angeknüpft, was der für polemische Zuspitzungen bekannte Hirnforscher Professor Manfred Spitzer über „digitale Demenz“ geschrieben hatte: „Wenn wir diesen – die Köpfe der nächsten Generation vermüllenden – Medienkonsum einfach so weiterlaufen lassen, dann nähen wir in 20 Jahren die T-Shirts für China.“

Spitzer hatte vor allem die Auswüchse beim Computergebrauch im Blick, aber seine Beobachtung trifft generell auch auf eine nicht enden wollende Verweildauer vor dem TV-Schirm zu: „Ein Teufelskreis aus Kontrollverlust, Vereinsamung und geistigem Verfall, Stress und Depression setzt ein; er schränkt die Lebensqualität ein.“

Dabei sind sich alle Großkritiker der elektronischen Medien darin einig, dass es das „Fernsehen an sich“ nicht gibt, es kommt stets auf die Dosierung an. Einige bemühen sich auch um Differenzierung, ohne von ihrer Grundskepsis zu lassen. Etwa das Schweizer Expertenteam um Heinz Bonfadelli und Ulrich Saxer, das schon früh mit der Botschaft aufwartete: „Fernsehen macht die Klugen klüger und die Dummen dümmer.“

Professor Christian Pfeiffer vom Kriminologischen Forschungsinstitut Hannover bemühte sich um

> Macht Fernsehen Kluge klüger und Dumme dümmer?

den Nachweis, dass der Besitz eines eigenen TV-Gerätes und eines eigenen Computers zehnjährigen Schülern „deutlich schlechtere Noten“ in den Fächern Deutsch, Mathematik und Sachkunde beschere. Pfeiffer zieht seine Erkenntnisse aus einer wissenschaftlichen Beobachtung unter 23 000 Kindern und Jugendlichen: Je mehr jemand fern sehe, umso dümmer scheine er zu sein oder zu werden. Vor dem TV-Apparat schalte das Gehirn ab. Die Folge: eine Art komatöser Dämmerschlaf. Man verlerne, selbstständig Informationen zu sammeln. Viele Fernsehnutzer, so der Forscher, zitierten eins zu eins die Aussagen der Medien, ohne sich selbst jemals mit dem Thema auseinandergesetzt zu haben. Das zeigt auch die Erfahrung mit den Gerichtsshows, die mehr als ein Jahrzehnt Konjunktur hatten. Sie waren folgenreich für echte Richter. Mehr Fiktion als Wirklichkeit, rügten die Profis. Die Fälle waren erfunden. Zeugen und Angeklagte heulten, keiften und lärmten. „Allein in einer Folge gab es 26 Punkte, die anders liefen als in echten Verfahren“, empörte sich Johannes Nüssen, Vorsitzender einer Großen Strafkammer am Dortmunder Landgericht. „Das fing mit der Sitzordnung an. Da saß der Angeklagte zeitweise meterweit entfernt von seinem Verteidiger.“ Nüssen: Dann die „Ungezogenheiten“, die Richterin Barbara Salesch den Beteiligten habe durchgehen lassen, die Schreie und Beleidigungen, das spontane Aufspringen. Nicht zu vergessen der „Staatsanwalt“, der „Zeugen“ eingeschüchtert und die „Verteidigung“ beschimpft habe: „Diese Sendung schadet der Würde des Gerichtsverfahrens.“.

Unzufrieden mit der Sendung zeigte sich auch der Deutsche Richterbund. „Wir bekommen die Folgen der Show zu spüren“, klagte ein Vorstandsmitglied. Nervig sei es, dass Zuschauer sich immer wieder einschalteten, um schnell mal etwas klarzustellen. „Früher trauten sich das nur sehr Ungeduldige.“ Störer ließen sich manchmal nur schwer zum Schweigen bringen. „Wir erzeugen mit der Zurechtweisung bei den Leuten Unverständnis. Das ist eine gefährliche Wirkung“, zitierte die „Frankfurter Allgemeine“ seinerzeit die Vizepräsidentin des Richterbundes, Brigitte Kamphausen. Und der Strafrechtler Stefan König vom Deutschen Anwaltsverein zeigte sich irritiert angesichts des „völlig verzerrten Bildes unserer Arbeit“. Manche Mandanten erwarteten, dass „wir flügelschlagend durch den Saal laufen und die Zeugen so richtig auseinander nehmen“. Schuld an dem Zerrbild seien aber vor allem amerikanische Filme.

Trägt intensiver Fernsehkonsum zu einer höheren Gewaltbereitschaft bei? Eindeutige Beweise gibt es nicht, aber einige Indizien deuten darauf hin. Der Bonner Politologe Professor Wolfgang Bergsdorf, ehemaliger Präsident der Universität Erfurt, verweist, diverse Studien zitierend, auf einen anderen Aspekt: „Wer sich einem exzessiven Fernsehkonsum aussetzt, entwickelt zehnfach höhere Furcht, selbst Opfer von Gewalt zu werden, als es die Kriminalstatistik wahrscheinlich macht.“

Der Medienpsychologe Peter Winterhoff-Spurk von der Universität des Saarlandes befand etwa um die gleiche Zeit, die „Normalfernsehgucker“ seien dabei, sich in „kalte Herzen“ zu verwandeln. Was darunter zu verstehen ist, sagte er in einem „Spiegel“-Interview: „Das Fernsehen verändert den Sozialcharakter. Immer schnellerer Nervenkitzel versetzt den Zuschauer in einen andauernden emotionalen Ausnahmezustand. Fernsehkonsum erzeugt, wenn ich die Ergebnisse vieler Studien zusammenfasse, genau das, was klinische Psychologen als ‚Histrio‘ bezeichnen.“ Histrio-Typen sind Menschen, die emotional aufdringlich und selbstdarstellerisch, kurzzeitig erregbar und leicht zu beeinflussen sind; verführungsbereit, zudem egozentrisch und labil. Vielseher, setzte der Wissenschaftler seine Philippika fort, dächten impressionistisch, handelten sprunghaft und seien unentwegt auf der Suche nach dem „nächsten Kick“, den die Sender ihnen lieferten.

> »Deutsche kaufen Riesenfernseher wie im Rausch«

Alles fließt, manches verändert sich. Nur der TV-Konsum bleibt weitgehend konstant – auf hohem Niveau. Am 3. Januar, um nur ein Beispiel herauszugreifen, sahen die deutschen Fernsehzuschauer im Durchschnitt 242 Minuten auf die Mattscheibe. In der Altersgruppe von 14 Jahren aufwärts wurde ein noch höherer Wert gemessen: 260 Minuten. Das entspricht etwa fünf Schulstunden.

Der Markt für Unterhaltungselektronik boomt. „Deutsche kaufen Riesenfernseher wie im Rausch“, meldete im Dezember 2017 die „Welt“. Die elektronische Revolution kennt keine Grenzen. Neue Anbieter drängen auf den Markt: Netflix, Amazon und HBO. Sogenannte Streamingdienste stellen Tausende von Filmen aus ihrem Portfolio bereit. Aber noch dominiert das herkömmliche, lineare Fernsehen, von den Verantwortlichen der Streamingdienste abwertend „Bügelfernsehen“ genannt, weil es ‚vor allem vor 19 Uhr, nebenbei genutzt werden kann. Berieselung also? Professor Winterhoff-Spurk hielt das für einen zu schwachen Ausdruck: „Selbst wenn Sie nebenbei lesen oder bügeln: Es wirkt, ob Sie wollen oder nicht.“ Er erzählte von Zuschauern, die mit TV-Figuren reden wie mit guten Bekannten. „Klausjürgen Wussow, der Doktor aus der ‚Schwarzwaldklinik‘ wurde oft um Rat gefragt.“

Dass Sendungen wie „Wer wird Millionär?“ neben Emotion und Unterhaltung auch einiges an Wissen transportieren, will der Psychologe gar nicht abstreiten. Aber es sei punktuelles Faktenwissen, denn in keiner dieser Sendungen erfahre man Hintergründe oder lerne analythisches Denken. „Stattdessen wird suggeriert, dass der gebildet ist, der viel lexikalisches Wissen hat.“ Auch in den Nachrichtensendungen zählten „Rührstücke“, aber auch Gewaltszenen. Fazit: Die Sensationsspirale dreht sich immer weiter – und schneller.

Professor Spitzer erinnert sich an einen Fall, in dem er als Gutachter herangezogen worden war. Den ganzen Tag hatte ein junger Mann mit einem Ballerspiel verbracht, dabei permanent gegen seinen Freund verloren. Am Abend trat er einen ihm unbekannten Mann tot. Spitzer: „Wenn ein Pädagoge wirklich glaubt, dass stundenlanges Prügeln und Morden auf einen jungen Menschen keinerlei Auswirkungen hat, spreche ich ihm jegliche pädagogische Kompetenz ab.“

Gernot Facius



Hirnforscher Spitzer: „Wenn wir den Medienkonsum einfach so weiterlaufen lassen, dann nähen wir in der nächsten Generation die T-Shirts für China“ Bild: action press

Das Ostpreußenblatt

Nr. 4 – 26. Januar 2018

Tulpen aus Tapiau auf Grüner Woche

Russen zurück mit Piroggen, Blini und Samowar – Auch das Königsberger Gebiet war mit eigenem Stand vor Ort

Nach zweijähriger Pause präsentieren sich erstmals wieder russische Firmen auf der Berliner Grünen Woche, der internationalen Landwirtschaftsmesse. Mit dabei waren auch Unternehmen aus dem Königsberger Gebiet.

Auf der Weltmesse der Landwirtschaft stellten in diesem Jahr zwei Dutzend russische Unternehmen aus 15 Regionen ihre Produkte vor, darunter die Regionen Leningrad, Nowgorod, Pskow, Saratow, Kirow und der Autonome Kreis der Jamal-Nenzen.

Aus dem Königsberger Gebiet nahmen ebenfalls Vertreter teil, wie die Firma „Kalinkowo“ aus dem Kreis Tapiau [Gwardejsk]. Die agrarindustrielle Firma befindet sich in dem Dorf Irglacken [Kalinkowo]. Sie ist auf die Tulpenzucht spezialisiert. Darüber hinaus züchten sie Apfelsämlinge, Topf- und Schnittblumen sowie Zierpflanzen.

Obwohl die Sanktionspolitik der EU, die in den vergangenen zwei Jahren zum Fernbleiben der Russen geführt hatte, noch nicht aufgehoben wurde, war Russland in diesem Jahr wieder vertreten. Statt die russische Wirtschaft zu hemmen, hat das sogenannte Nahrungsmittelembargo zu einer rasanten Wiederbelebung des Agrarsektors beigetragen. So verwundert es nicht, dass die russischen Stände auf der Grünen Woche, die Neugier der Besucher weckten. Es gab kaum einen freien Platz, lange Schlangen zogen sich zum russischen Pavillon, wo traditionelle Produkte und typisch russische Gerichte angeboten wurden. Es kann mit Überzeugung behauptet werden, dass die Produkte der russischen Agrarwirtschaft den Gästen der Grünen Woche gefallen haben.



Blumen und Äpfel: Das Tapiauer Unternehmen „Kalinkowo“ präsentiert sich auf der Messe Bild: J.T.

Die russischen Regionen betrachten die Ausstellung als Möglichkeit zum Erfahrungsaustausch, des Kennenlernens neuer Landwirtschaftstechnologien und als Motor für ihre Exporttätigkeit. Die Landwirtschaftsministerin des Königsberger Gebiets, Natalja Schewzowa sagte: „Die Delegation der Region interessiert sich für den Erfahrungsaustausch, sie untersucht die besten Beispiele für die Entwicklung der Branche, die auf der Messe vorgestellt werden.“

Ähnliche Ziele stellte sich auch die Region St. Petersburg: „Wir sind gekommen, um Erfahrungen auszutauschen. In diesem Jahr haben wir nicht die Aufgabe, irgendwelche Leistungen darzustellen, sondern wir sind gekommen, um uns umzusehen und um unsere Zusammenarbeit in verschiedenen Sektoren anzubieten,“ sagten die Vertreter der Region.

Das Unternehmen „Kalinkowo“ hatte schon 2013 Erfahrungen mit der Lieferung von Tulpen nach Holland. Das Blumenunternehmen aus dem nördlichen Ostpreußen hofft, dass es im Rahmen der Grünen Woche gelingt, Partner für die ständige Belieferung von Blumen in die baltischen Staaten und nach Polen zu gewinnen, ebenso wie Verbindungen mit europäischen Netzen wie Lidl oder Biedronka zu knüpfen. „Kalinkowo“ hat nämlich einen eigenen Apfelgarten und liefert Äpfel an die Einzelhandelsketten von Königsberg. Jedoch macht sich die Firmenleitung keine Illusionen darüber, dass sie mit polnischen Herstellern konkurrieren könnte. Deshalb legt sie ihr Hauptaugenmerk auf die Züchtung von Blumen.

Mit exotischen Produkten warteten die Vertreter des fernöstlichen autonomen Kreises der Jamal-Nenzen auf, deren Unternehmen bereits Verträge für die Lieferung von Rentierfleisch nach Deutschland und Finnland haben. Die Messebesucher mussten nicht erst warten, bis die fernöstliche Spezialität in die Läden kommt. Sie konnten sie direkt vor Ort probieren. Drei Tage lang hatten die Besucher Gelegenheit, am gastronomischen Festival „Discover Russian Cuisine“ (Entdecke die Russische Küche) teilzunehmen. Es wurde in Form von offenen Präsentationen russischer Köche mit einheimischen Produkten durchgeführt.

Im Rahmen des Geschäftsprogramms der Ausstellung gab es auch eine Diskussion „Entwicklungsperspektiven: Deutschland und Russland bei der Sicherung der globalen Ernährungssicherheit“, das gemeinsam vom russischen Landwirtschaftsministerium mit der Arbeitsgruppe Agrarwirtschaft des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft organisiert wurde. Die Teilnehmer diskutierten die Ansiedlung der Produktion in Russland sowie gemeinsame Bemühungen um die Gewährleistung der globalen Ernährungssicherheit. *J. Tschernyschew*

Schmuggel öfter verhindert

Braunsberg – Etwa vier Millionen Menschen haben im vergangenen Jahr die innerostpreußische Grenze überschritten. Abgefertigt wurden 2,3 Millionen Russen und etwa 1,5 Millionen Polen. 46 Personen zeigten bei der Kontrolle falsche Dokumente. Meistens waren es falsche Grenz-Kontrollstempel oder gefälschte Versicherungspolicen. Der Wert der geschmuggelten Waren wird auf insgesamt rund 5,9 Millionen Euro geschätzt. Zigaretten waren mit Abstand die häufigste Schmuggelware. Die Grenzbeamten vereitelten deren Schmuggel im Wert von mehr als drei Millionen Euro. Im Vergleich zum Jahr zuvor waren es 133 Prozent mehr. Außerdem konnte die versuchte Überführung von 56 gestohlenen Autos im Werte von etwa 719 000 Euro verhindert werden. Die Grenzbeamten stoppten unter anderem das Einführen von Narkotika, Alkohol und Brennstoff im Werte von ungefähr 480 000 Euro. Im vergangenen Jahr wurde bei dem Grenzübergang Gronau ein modernes Röntgen-Gerät installiert, das beim Auffinden von Schmuggelwaren hilft. Geplant ist jetzt der Bau eines großen Scanners beim Eisenbahnübergang in Braunsberg. *PAZ*

Schmiedefest zum »Alten Neujahr«

13 Tage nach Silvester: Handwerker zeigten in Königsberg vor dem Friedrichsburger Tor ihr Können

Zur Feier des Alten Neujahrs hatte das Museum Friedrichsburger Tor nicht zur seine Tore geöffnet, sondern lud alle Besucher darüber hinaus ein, sich mit der Schmiedekunst zu befassen.

Traditionell wird in Russland das alte Neujahr in der Nacht vom 13. auf den 14. Januar gefeiert. Diese Tradition geht auf den Unterschied zwischen dem Julianischen und dem Gregorianischen Kalender zurück. In diesem Jahr hatte das Fest gleich ein doppeltes Jubiläum: Vor 100 Jahren wurde in Folge der Russischen Revolution der Wechsel vom Gregorianischen zum Julianischen Kalender beschlossen. Das alte Neujahr ist kein offizieller Feiertag mehr, sondern ein normaler Arbeitstag. So war es ein glücklicher Zufall, dass der Tag in diesem Jahr auf ein Wochenende fiel. Deshalb verbrachten viele Königsberger die Tage mit ihren Familien. Der „Sonntag des Schmiedes – ein Fest des Feuers und des Handwerks“ beim Friedrichsburger Tor in Königsberg bot eine ausgezeichnete Gelegenheit dafür. Bei der Veranstaltung konnten die Besucher sich aufwärmen, köstlich speisen, Spaß haben und die Geschichte der Schmiedekunst kennenlernen.

Peter I. besuchte 1697 Königsberg



Friedrichsburger Tor: Schmiede stellen historische Werkzeuge und Techniken vor Bild: J.T.

Die Gäste erwartete ein attraktives Programm: Drinnen im Friedrichsburger Tor warteten neue Ausstellungsstücke auf Besucher, draußen vor dem Tor gab es vielfältige Unterhaltungsmöglichkeiten wie Wettbewerbe, Rätselraten, Lieder und Tänze. Meister der Königsberger Schmiedekunst stellten ihr Können unter Beweis. Zu den Hauptattraktionen zählte die Vorführung alter Techniken der Metallverarbeitung. Die Handwerker arbeiteten ausschließlich mit Hilfe von authentischen Instrumenten vor den Gästen und stellten komplizierte Objekte her. Außerdem hatten die Besucher die Gelegenheit, das Werfen von Äxten und Speeren sowie Bogenschießen zu sehen, und gemeinsam mit den Schmieden originelle Souvenirs herzustellen.

Im Friedrichsburger Tor wurde noch an ein anderes wichtiges Datum erinnert: Im Jahr 1697 hatte der junge Zar Peter I. im Rahmen seiner großen Gesandtschaft die Festung Friedrichsburg besucht. 2018 wird der 320. Jahrestag des Endes von Peter des Großen Reise durch Europa gefeiert, während derer er viele Wissenschaften und Handwerke erlernt hatte. Am Ende beherrschte Peter I. selbst etwa ein Dutzend Handwerke, darunter auch die Schmiedekunst. *J. T.*

Ein Gefühl für Mord

Glaubst du, man bekommt je ein Gefühl dafür?"

„Ein Gefühl für was, Helga?"

„Na für Mord." Ich kann das Unwort fast nicht aussprechen.

Ilse sieht mich mit strengem Blick an. „Stell dich nicht so an, Helga."

Sie blickt verträumt in den Abgrund, wo kurz vorher mein Walter abgestürzt war. Ilse war ins Straucheln gekommen, dabei war sie gegen ihn gestoßen und schwupp, war er verschwunden. Es ging so schnell, er hatte nicht einmal geschrien.

Walter stand immer genau an der Kante. Ich hasste das seit 30 Jahren, solange wir in unserem gemeinsamen Sommerurlaub nach Österreich in die Berge fuhren, zusammen mit meiner großen Schwester Ilse und ihrem Heinz-Georg. Ich hatte ein bisschen Höhenangst, darüber hatte er sich immer lustig gemacht. Dann ging er noch näher an den Abgrund. Na, das Problem hatte sich jetzt erledigt. Und noch einige andere dazu.

Die fingen an, nachdem Walter nach 40 Jahren im Verwaltungsdienst pensioniert worden war. 40 Jahre lang hatte er jeden Morgen um halb acht mit seiner Aktentasche unter dem Arm das Haus verlassen. Zuvor hatte ich ihm seine Thermosflasche mit koffeinfreiem Kaffee und seine Brote zubereitet, eins mit Bierschinken, eins mit Käse und eins mit Mettwurst. Dann entschwand er ins Stadtarchiv und sortierte dort Akten, während ich meine Hausarbeit erledigte und mich dann mit Ilse unserem gemeinsamen Garten widmete, der unsere große Leidenschaft war.

Wir hatten am Stadtrand ein Doppelhaus gebaut, damit die Kinder im Grünen aufwachsen konnten, aber die waren natürlich schon lange aus dem Haus. Wir arbeiteten gemeinsam im Garten, der ein wahres Schmuckstück war. Zwischendurch gönnten wir uns eine Kaffeepause mit einem Stück Torte, plauderten mit dem Nachbarn oder gingen zusammen einkaufen. Wenn Walter nach Hause kam, legte er sich auf die Couch und hörte klassische Musik, zum Glück mit Kopfhörern. Das brauchte er zur Entspannung, und so störte er meinen Lebensrhythmus nicht weiter. Ein angenehmes Leben, bis Walters Pensionierung es durcheinanderbrachte.

„Helgamaus, jetzt habe ich ja Zeit und kann dir bei deiner Arbeit helfen"; für mich klang es wie eine Drohung. Ich sollte recht behalten. Er fing an, einen Putzplan aufzustellen, den Garten neu zu gestalten, stritt sich mit den Nachbarn und meckerte wegen der Kuchenpause.

„Helgamaus, du solltest wirklich mehr auf deine Figur achten, vielleicht möchtest du mich mal zum Joggen begleiten?" Er hatte doch tatsächlich angefangen, Sport zu treiben. Mir reichte es schon, wenn wir einmal im Jahr nach Österreich zum Wandern fuhren. Natürlich war ich nicht mehr so schlank wie vor 40 Jahren, aber an Walter war die Zeit auch nicht spurlos vorbeigegangen. Und egal, wie er die verbliebenen Haare drapierte, natürlich sah man die Platte auf dem Kopf.

„Ilse, so geht es nicht weiter, mein Mann treibt mich zum Wahnsinn."

Ilse sah mich prüfend an. „Möchtest du unser altes Leben zurück, so mit freier Zeiteinteilung und Kuchenpausen?"

Ich wusste, dass Walter Ilse auch furchtbar auf die Nerven ging. Ihr Heinz-Georg war ja noch nicht im Ruhestand. Außerdem hatte er ein paar praktische handwerkliche Fähigkeiten, die wir immer mal gut gebrauchen konnten.

„Das klingt traumhaft."

„Willst du es wirklich um jeden Preis?"

Ich nickte.

„Dann lass mich mal machen. Aber beschwer dich hinterher nicht."

Wir fuhren wieder nach Österreich zum Wandern. Walter schaute beim Abendbrot der knackigen Bedienung im Dirndl auf Brust und Hintern. Dann musterte er mich von oben bis unten. „Helga, du lässt dich gehen."

Ich würgte an meinem Schweinebraten. Drei Scheiben lagen auf meinem Teller, garniert mit Soße und Butterklößchen dazu. Ilse stieß mich unauffällig an. „Morgen", sagte sie nur.

Am nächsten Tag hatten wir eine größere Wanderung geplant. Heinz-Georg war unpässlich, er hatte plötzlich Durchfall bekommen. Also brachen wir zu dritt auf.

Zu zweit kehrten wir zurück, ich als trauernde Witwe, gestützt und getröstet von meiner großen Schwester. Ein bedauerlicher Bergunfall. Nach kurzer behördlicher Untersuchung fuhren wir unbehelligt nach Hause. Heinz-Georg war auch wieder fit, die Wirkung von Ilses Abführmittel hatte nicht lange angehalten.



Vorsicht beim Arbeiten an der Elektrik – vor allem, wenn einem die Frau nach dem Leben trachtet

Foto: Imago

Ich habe Walter eine würdevolle Beerdigung ausgerichtet, sogar mit einem Eichensarg. Auch der Bürgermeister ist kurz vorbeigekommen. Meine Tochter Silvia ist blass und sieht ihren Mann Christoph zwischendurch immer wieder böse an, sie haben wohl mal wieder Eheprobleme. Alle reden über Walter, wie schrecklich der Unfall war, wie schön die Beerdigung ist. Nach Kaffee und reichlich Streuselkuchen gehen alle zufrieden nach Hause. Meine Probleme sind gelöst, als gut versorgte Beamtenwitwe kann ich jetzt wieder ungestört mein Leben genießen.

Allerdings geht Heinz-Georg jetzt auch in den Ruhestand. Bisher mähte er nach Aufforderung unseren Rasen und erledigte die Reparaturen am Haus. Außerdem spielte er in der Senioren-Mannschaft Fußball oder sah fern. Ein angenehmer Zeitgenosse.

„Helga, ich habe ein Problem." So kenne ich meine Schwester gar nicht, eigentlich weiß sie für alles eine Lösung. „Heinz-Georg hat jetzt einen Haushaltsplan aufgestellt und will, dass ich ein Haushaltsbuch führe. Außerdem streicht er jetzt immer die Sonderangebote an. Ich soll nicht nur hier beim Kaufmann einkaufen, sondern er will mit mir zu den großen Supermärkten fahren." Klar ist unser Kaufmann hier im alten Ortskern teurer, als die modernen Supermärkte, aber die Informationen die man hier bekommt, sind unbezahlbar.

Geht es denn schon wieder los? Walter ist uns nach der Pensionierung ein halbes Jahr auf die Nerven gegangen, wir werden ja schließlich auch nicht jünger. Vielleicht dieses Mal ein Unfall im Haus?

Ilse hatte gerade mit Heinz-Georgs sehr spezieller Einkaufsliste das Haus verlassen, als er bei mir klingelt. „Hast du mal eine Taschenlampe? Bei unserer sind die Batterien gerade alle. Ilse hat beim Staubwischen an der Deckenlampe die Kabel herausgezogen, so doof kann sich auch nur eine Frau anstellen."

Es ist ein diesiger Winternachmittag, er wird bestimmt die Sicherungen ausschalten und dann unter dem Licht der Taschenlampe die Lampe wieder anschließen. Leise drehe ich meinen Schlüssel im Schloss und husche unbemerkt in den Keller. Ich finde mich hier blind zurecht, es ist ja schließlich alles wie bei mir, die Minilampe an meinem Schlüsselanhänger spendet mir Licht. Im Sicherungskasten ist nur eine Sicherung heruntergedrückt, „Licht" steht darüber. Mit einem kurzen Ruck drücke ich mit einem Holzstück die Sicherung wieder hoch, oben ertönt ein Schrei, ein Rumpeln und dann fliegt die Hauptsicherung heraus. Tja, Heinz-Georg, so viel zu „doofen" Frauen, selbst Schuld.

Unauffällig verlasse ich das Haus und warte an meinem Küchenfenster auf die Rückkehr meiner Schwester. „Es ist erledigt." Erstaunt schaut sie mich an, dann geht sie rüber in ihr Haus und findet ihren Heinz-Georg.

„Vorsicht beim Heimwerkeln", steht in unserem örtlichen Anzeigenblatt. In dem Artikel wird nach dem Unglücksfall, bei dem der Schatzmeister des Fußballvereins, Heinz-Georg B. (65), einem Stromunfall erlag, auf die Gefahren beim Basteln an der Elektrik hingewiesen. Bei der polizeilichen Untersuchung stellt sich auch noch heraus, dass unsere Hauselektrik marode ist. Es hätte schon viel früher etwas passieren können. Ich hole gleich unseren Hauselektriker, ein stattlicher Endfünfziger, fast könnte ich da auf dumme Gedanken kommen, aber nein – der steht ja auch schon kurz vor der Rente.

Wieder gibt es eine würdige Beerdigung. Der ganze Fußballverein ist gekommen. Dann kehrt Ruhe bei uns ein. Endlich. Es ist Sommer und unser Garten steht in voller Blüte. Wir freuen uns über unser ungestörtes Leben. Es war jedoch die Ruhe vor dem Sturm.

Völlig verheult steht Silvia vor meiner Tür. Im Gegensatz zu mir ist sie auch mit Mitte 40 noch so schlank wie früher, allerdings hat bei ihr das dauernde Hungern zu einem verhärmten Aussehen geführt. Und schlank sein ist wirklich nicht alles: Christoph betrügt sie seit Monaten mit seiner jungen Sekretärin. Ilse und ich sehen uns an und offerieren Silvia unsere Dienste. Fassungslos schaut sie uns an, zum Glück hatte sie schon immer Schwierigkeiten mit ihrem Vater und kann mich verstehen. Unterm Kirschbaum genießen wir das Sommerwetter in unserem wunderschönen Garten und planen zusammen, wie wir das Problem mit Christoph lösen.

Zwei Wochen später fährt Silvia mit einer Freundin in den Urlaub, will Abstand gewinnen. Christoph geht jeden Montag zum Sport, danach in seine Kellersauna. Während er beim Sport ist, gehe ich mit Silvias Schlüssel ins Haus, bewaffnet mit mehreren Holzkeilen und probiere, welcher passt. Dann warte ich, bis Christoph kommt und in die Sauna geht. Leise schiebe ich den Holzkeil zwischen Fußboden und Tür. Das wird ein langer Saunagang werden. Am nächsten Tag kommt dann der unangenehme Teil. Noch einmal gehe ich im Schutz der Dunkelheit in das Haus und entferne den Keil. Durch das Fenster in der Saunatür sehe ich Christoph. Kein schöner Anblick – er hat wohl verzweifelt versucht, der Hitze zu entkommen, bis sein Kreislauf versagt hat. Was tut man nicht alles für seine Kinder.

Zwei Tage später finden ihn seine Kollegen, die sich Sorgen gemacht haben, weil er nicht erreichbar war. Ein tragischer Unfall. Natürlich bricht Silvia ihren Urlaub sofort ab und fliegt als trauernde Witwe nach Hause.

Nach der Beerdigung sitzen wir unter dem Kirschbaum und freuen uns auf die ungestörte Zukunft.

Einige Wochen später steht Ingelore vor der Tür, unsere verhuschte Nachbarin, die das Grundstück hinter unserem Garten mit ihrem Herbert bewohnt. Er ist schon seit Jahren mit allen zerstritten, eben ein Querulant, wie er im Buche steht. „Ich brauche euren Rat", sagt sie, „ich habe euer Gespräch mit Silvia mitgehört. Könnt ihr mir auch helfen?"

So langsam bekommen wir ein Gefühl für Mord.

Britta Heitmann

Ein groß-kariertes Land

Die pommersche Fachwerkarchitektur erlebt eine Renaissance

Nicht nur Ferienhausvermieter entdecken die Schönheit der seit dem Mittelalter bekannten und beliebten Bauart. Immer häufiger bauen Privatleute ihre Häuser im Fachwerkstil. Gleichzeitig beklagen pommersche Denkmalschützer, dass historische Fachwerkhäuser verloren gehen. Doch noch in diesem Jahr sollen mithilfe des 1,7 Millionen Euro schweren Programms zur Sicherung der Infrastruktur historische Fachwerkhäuser in neuen Funktionen gerettet werden. Aus diesem Programm wurde beispielsweise bereits 2008 der sogenannte Albrechtshof in Schwolow bei Stolp saniert und in das örtliche Freilichtmuseum integriert. Dieses unterhält eine Partnerschaft mit dem Fränkischen (Fachwerk-) Freilichtmuseum in Bad Windsheim.

In diesem Jahr wird das Freilichtmuseum in Schwolow um ein weiteres historisches Gehöft erweitert. Im Ort sind die meisten Fachwerkhäuser der Region erhalten geblieben, es sind allein hier 70 an der Zahl. Damit könnte der Ort zur architektonischen und touristischen Perle Hinterpommerns werden, heißt es aus dem Rathaus Stolp. Da den Polen Fachwerk eigentlich fremd ist, ist dafür ein anderer Begriff weit verbreitet. Bis dieses besondere „Karo-Land", wie man die Ortschaften mit „Pfostenbauweise" in polnischen Fremdenführern oft nennt, zum touristischen Magneten wird, muss allerdings noch viel Aufklärungsarbeit geleistet werden.



Ein Hof von 1865 in Schwolow

Bild: Cook

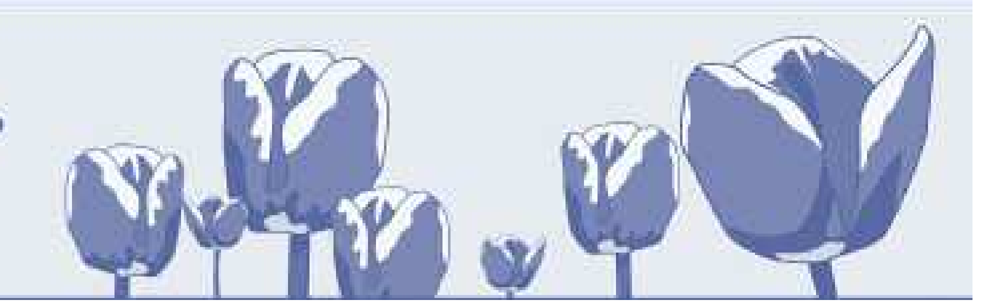
Nach Kriegsende ist die historische deutsche Bauweise von den Neusiedlern als etwas Fremdes empfunden und vernachlässigt worden. Weil aber die Neubürger kaum etwas Neues gebaut haben, ist das Landschaftsbild so gut wie gar nicht verändert worden. So gilt ein 80 Kilometer langer und etwa 50 Kilometer breiter Küstenabschnitt zwischen Leba und Rügenwalde als Landstrich mit der höchsten Konzentration an Fachwerkhäusern europaweit. Bis zu 1500 Häuser und Wirtschaftsbauten sind dort in ihrem Originalzustand erhalten geblieben. Darüber klärt das Internetportal „pomorze24.blogspot.com" seine Leser auf und bezeichnet die Fachwerkarchitektur als besondere touristische Attraktion und nennt viele kleine Ortschaften, in denen sich historische Fachwerkperlen befinden.

Doch nicht nur in Dörfern, auch im Städtchen Stolpmünde oder in anderen bekannten Badeorten an der Küste findet man manches Kleinod der Fachwerkarchitektur. In der Bundesrepublik gibt es eine „Deutsche Fachwerkstraße", im Elsass ist man auf sein „pan de bois" stolz und in England werden die Fachwerkhäuser als „timber-framed" gepriesen. Nun will man auch in Polen ein „Karo-Land" als touristische Marke herausstellen und dessen „Hauptstadt" Schwolow besser bewerben.

Der Begriff „Karo-Land" wurde 1995 in einer Fotoausstellung zur Architektur Pommerns erstmals eingeführt. Schnell prägte sich dieser als offizielle Bezeichnung für die Fachwerkarchitektur an der Küste ein. Im „Karo-Land" sind mehrere Wanderpfade von insgesamt 400 Kilometern Länge, meist entlang an Fachwerkbauten, entstanden.

Chris W. Wagner

Wir gratulieren ...



ZUM 98. GEBURTSTAG

Dahms, Ursula, geb. **Drosdatis**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 31. Januar
Lengtat, Eva, geb. **Oschlies**, aus Petersdorf, Kreis Wehlau, am 29. Januar
Nolting, Helene, geb. **Hempel**, aus Wehlau, am 27. Januar

ZUM 97. GEBURTSTAG

Heike, Ursula, geb. **Kuhr**, aus Mägdeberg, Kreis Elchniederung, am 1. Februar
Grottschreiber, Geesche, geb. **Walter**, aus Lyck, am 28. Januar
Palm, Gertrud, geb. **Kyewski**, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 27. Januar
Rehfeld, Ella, geb. **Gawehn**, aus Schneckenwalde, Kreis Elchniederung, am 1. Februar

ZUM 96. GEBURTSTAG

Breede, Hilde, geb. **Hamann**, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 31. Januar
Dombrowski, Anneliese, geb. **Kabey**, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 27. Januar
Hartmann, Hugo, aus Dorschen, Kreis Lyck, am 30. Januar
Paukstat, Edith, aus Gutsfelde, Kreis Elchniederung, am 28. Januar
Rittweger, Helga, geb. **Mallek**, aus Neidenburg, am 30. Januar
Sareyko, Lieselotte, geb. **Clemens**, aus Metgethen, Kreis Fischhausen, am 28. Januar
Sattler, Gertrud, geb. **Philipp**, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 27. Januar

ZUM 95. GEBURTSTAG

Ganseleiter, Horst, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 141, am 28. Januar
Gayk, Emma, geb. **Chudaska**, aus Fürstenwalde, Kreis Ortelsburg, am 31. Januar
Liß, Emma, geb. **Koyro**, aus Lyck, Sentker Chaussee, am 27. Januar
Marianowski, Gerda, geb. **Engelbrecht**, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 28. Januar

ZUM 94. GEBURTSTAG

Fröhlian, Else, aus Lyck, am 30. Januar
Georgesohn, Annemarie, geb. **Krüger**, aus Ortelsburg, am 27. Januar
Goetz, Werner, aus Grünau, Kreis Elchniederung, am 29. Januar
Hagemann, Paula, geb. **Niedzwetzki**, aus Scharfenrade, Kreis Lyck, am 26. Januar
Hirseland, Anni, geb. **Mikeß**, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, am 27. Januar
Roschoszewski, Ilse, geb. **Bardischewski**, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 26. Januar
Weiner, Hildegard, geb. **Schönfeld**, aus Hohenwalde, Kreis Heiligenbeil, am 27. Januar

ZUM 93. GEBURTSTAG

Fürst, Margarete, geb. **Petrick**, aus Altengilge, Kreis Elchniederung, am 29. Januar
König, Willi, aus Millau, Kreis Lyck, am 28. Januar
Krummel, Hildegard, geb. **Seyda**, aus Rodefeld, Kreis Ortelsburg, am 28. Januar
Meike, Erika, aus Lyck, am 27. Januar
Neumann, Agnes, aus Marienburg, Westpreußen, am 30. Januar
Rettrich, Margarete, geb. **Weller**, aus Lyck, Blücherstraße 2, am 31. Januar
Skau, Ruth, geb. **Raabe**, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 27. Januar
Zindler, Margot, geb. **Grommek**, aus Mohrungen und Himmelforth, am 29. Januar

ZUM 92. GEBURTSTAG

Beyer, Käthe, geb. **Griegel**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 31. Januar
Christoph, Elfriede, geb. **Link**, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 26. Juni
Kensy, Alfred, aus Eckwald, Kreis Ortelsburg, am 27. Januar
Kowalski, Herta, geb. **Gehrmann**, aus Bolbitten, Kreis Heiligenbeil, am 30. Januar
Koyro, Irmgard, aus Nußberg, Kreis Lyck, am 29. Januar
Krawelitzki, Meta, geb. **Schriever**, aus Klein Rauschen, Kreis Lyck, am 1. Februar
Meier, Waltraut, geb. **Nadzeika**, aus Lyck, am 28. Januar
Willamowski, Ursula, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 31. Januar

ZUM 91. GEBURTSTAG

Burutta, Gollhold, aus Konraden, Kreis Ortelsburg, am 28. Januar
Christochowitz, Hedwig, geb. **Schrage**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 1. Februar
Cwiklinski, Irmgard, geb. **Sokolies**, aus Eschenwalde, Kreis Ortelsburg, am 27. Januar
Hubenthal, Marta, geb. **Reinecker**, aus Mühlengarten, Kreis Ebenrode, am 29. Januar
Jakstadt, Ernst, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 26. Januar
Kram, Christel, geb. **Szech**, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 31. Januar
Marrek, Wilhelm, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 31. Januar
Possekel, Irene, geb. **Eder**, aus Groß Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 31. Januar
Tamschick, Gerhard, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 26. Januar

ZUM 90. GEBURTSTAG

Brings, Erna, geb. **Spletter**, aus Prostken, Kreis Lyck
Cleve, Hildegard, geb. **Bojarra**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 1. Februar
Dömpke, Bruno, aus Wehlau, am 27. Januar
Fornasson, Günther, aus Giesen, Kreis Lyck, am 1. Februar
Goeritz, Kurt, aus Birkenheim, Kreis Elchniederung, am 26. Januar
Gruhn, Ruth, aus Grünwalde, Kreis Heiligenbeil, am 26. Juni
Hausdorf, Emmi, geb. **Kenzorra**, aus Rumma-Ost, Kreis Ortelsburg, am 30. Januar
Heisel, Heinz, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 28. Januar
Lange, Joachim, aus Materschobensee, Kreis Ortelsburg, am 30. Januar
Marchel, Gerhard, aus **Rotbach**, Kreis Lyck, am 27. Januar
Ochs, Gabriele, geb. **Graumann**, aus Grauden, Kreis Wehlau, am 30. Januar
Petereit, Ulrich, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 29. Januar
Piplack, Ewald, aus Scheufelsdorf, Kreis Ortelsburg, am 28. Januar
Prengel, Paul, aus Braunsberg, am 27. Januar
Schäfer, Ilse, geb. **Petz**, aus Vorbergen, Kreis Treuburg, am 1. Februar
Tertel, Willi, aus Teichwalde, Kreis Treuburg, am 27. Januar
Tobies, Harry, aus Königsberg, am 28. Januar
Wierzchowski, Helga, geb. **Gonell**, aus Widminnen, Kreis Lötzen, am 26. Januar

ZUM 85. GEBURTSTAG

Böhm, Heinz, aus Grunau, Kreis Heiligenbeil, am 27. Januar
Fröhlich, Irmgard, geb. **Kassa**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 31. Januar
Gassewitz, Edelgard, aus Lyck, Freystraße 10, am 28. Januar
Göbel, Christel, geb. **Vogel**, aus Stadtfelde, Kreis Ebenrode, am 28. Januar
Godau, Heinrich, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, am 27. Januar
Helwig, Ruth, geb. **Dormeyer**, aus Treuburg, am 29. Januar
Holling, Dorothea, geb. **Mittwede**, aus Nassenfelde, Kreis Elchniederung, am 30. Januar
Kebbedies, Siegfried, aus Gowarten, Kreis Elchniederung, am 31. Januar
Kriege, Maria, geb. **Wysk**, aus Reuschwerder, Kreis Neidenburg, am 1. Februar
Regge, Christa, geb. **Langecker**, aus Halldorf, Kreis Treuburg, am 1. Februar
Sawollek, Johannes, aus Soffen, Kreis Lyck, am 29. Januar
Schneider, Gertrud, geb. **Jortzik**, aus Schareiken, Kreis Treuburg, am 28. Januar
Ulonska, Kurt, aus Schuttschenofen, Kreis Neidenburg, am 28. Januar

Rößel war's

Die Auflösung des Weihnachtspreisrätsels

Herzlichen Dank allen Lesern, die an unserem Weihnachtspreisrätsel teilgenommen haben", heißt es von der Ostpreußischen Kulturstiftung. In der *PAZ*-Ausgabe 51/52 galt es wieder einmal mittels verfremdetem Foto einen Ort in Ostpreußen zu erkennen. Diesmal war das schöne Rößel zu erraten. Zehn Geschenkpackungen Königsberger Marzipan konnten gewonnen werden. „Sie sind den Gewinnern bereits zugeschickt worden", teilt die Kulturstiftung mit.

Sollten Sie diesmal nicht unter den Gewinnern sein, klappt es vielleicht beim nächsten Weihnachtspreisrätsel. *PAZ*

von Bulow, Barbara, aus Partheinen und Weßlienen, Kreis Heiligenbeil, am 26. Januar

ZUM 80. GEBURTSTAG

Drossmann, Gerhard, aus Grünhof, Kreis Ebenrode, am 26. Januar
Dziran, Heinz, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 28. Januar
Gumbold, Kurt, aus Hopfenbruch, Kreis Ebenrode, am 30. Januar
Heinrich, Manfred, aus Bilderweiten, Kreis Ebenrode, am 28. Januar
Kaulbarsch, Manfred, aus Lyck, am 31. Januar
Krink, Gunhild, aus Goldensee, Kreis Lötzen, am 30. Januar
Krink, Gunhild, aus Haasenberg, Kreis Ortelsburg, am 30. Januar
Kuhn, Eva geb. **Stirneit** aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 1. Februar
Malek, Halina, geb. **Tyazko**, aus Lyck, am 27. Januar
Markowski, Erhard, aus Deutscheck, Kreis Treuburg, am 1. Februar
Quilitzsch, Wolfgang, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 29. Januar
Reck, Klaus, aus Lötzen und Königsberg, am 31. Januar
Rosenwald, Elfriede, geb. **Morgenstern**, aus Skaten, Kreis Wehlau, am 26. Januar
Sadlowski, Gerhard, aus Höhenwerder, Kreis Ortelsburg, am 26. Januar
Schmidt, Klaus, aus Treuburg, am 31. Januar
Skindziel, Horst, aus Kölmersdporf, Kreis Lyck, am 26. Januar
Storbeck, Aribert, aus Dräwen, Kreis Ebenrode, am 1. Februar
Symanzik, Ulrich, aus Waltershöhe, Kreis Lyck, am 28. Januar
Taube, Hildegard, geb. **Klosterberg**, aus Poppendorf, Kreis Wehlau, am 31. Januar
Windeler, Karin, geb. **Tischel**, aus Bartenstein, am 30. Januar
Ziejewski, Gerda, geb. **Meding**, aus Zappeln, Kreis Lyck

ZUM 75. GEBURTSTAG

Hoyer, Sabine, geb. **Jodeit**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 29. Januar
Kaczinski, Dieter, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 28. Januar
Loth, Sigrid, geb. **Bender**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 28. Januar
Lungstrass, Brigitte, geb. **Pauleit**, aus Neusorge, Kirchspiel Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 30. Januar
Schlisio, Helene, geb. **Oldrop**, aus Klein Engelau, Kreis Wehlau, am 1. Februar

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

TERMINE DER LO

2018
17. bis 18. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Helmstedt
7. bis 8. April: Arbeitstagung der Deutschen Vereine in Sensburg
16. bis 18. April: Arbeitstagung der Landesfrauenvorsitzenden in Helmstedt
20. bis 22. April: Kulturseminar in Helmstedt
16. Juni: Ostpreußisches Sommerfest in Osterode (Ostpreußen)
14. bis 16. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
8. bis 14. Oktober: Werkwoche in Helmstedt
20. Oktober: 9. Deutsch-Russisches Forum in Insterburg (geschlossener Teilnehmerkreis)
2. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden in Wuppertal
3. bis 4. November: Ostpreußische Landesvertretung in Wuppertal
12. bis 15. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ELCHNIEDERUNG

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbach-Str. 6, 52146 Würselen, Telefon/Fax (02405) 73810. Geschäftsstelle: Barbara Dawideit, Telefon (034203) 33567, Am Ring 9, 04442 Zwenkau.

Zum Stadtfest nach Heinrichswalde

Der Besuch beim Stadtfest in Heinrichswalde wird sicherlich einer der Höhepunkte dieser zehntägigen Ostpreußenreise sein. Im modernen Fernreisebus geht es mit Peter Westphal vom Mittwoch, 1. August, bis zum Freitag, 10. August, unter anderem in die Elchniederung, das Samland und auf die Kurische Nehrung. Hier das Programm (Änderungen vorbehalten):

1. Tag: Fahrt ab Hannover mit Zustiegsmöglichkeiten entlang der Fahrtroute bis nach Polen, Zwischenübernachtung im Hotel „Nad Wisla" direkt am Weichselufer zwischen Dirschau und Marienburg.



Mit Peter Westphal nach Ostpreußen: Eine rund dreistündige Schiffsfahrt führt dabei bis nach Pillau Bild: privat

2. Tag: Nach dem Frühstück unternehmen Sie eine Führung durch die Marienburg, eine der mächtigsten Backsteinburgen der Welt, die durch ihre Größe und Architektur noch heute die Besucher beeindruckt. Anschließend Weiterreise zum polnisch-russischen Grenzübergang, wo Sie Ihr russischer Reiseleiter erwartet. Danach Weiterreise vorbei an Königsberg, Tapiau und Wehlau bis nach Tilsit zum Hotel „Rossija".

3. Tag: Rundfahrt durch die Elchniederung, insbesondere in die Gebiete nördlich der Gilge mit Besuch von Sköpen, Kuckerneese, Herdenau, Karkeln, Inse, zum Jagdschloss Pait, weiter über Milchhof, Alt-Dümpelkrug, Rautersdorf, Bretterhof, Rautenburg und zurück nach Tilsit. Am Abend Fahrt nach Heinrichswalde. Nach einer Kranzniederlegung am Gedenkstein für alle früheren Einwohner des Kreises Elchniederung erleben Sie in der teilrestaurierten Kirche in Heinrichswalde ein stimmungsvolles Konzert zum Auftakt des Stadtfestes. Natürlich besteht an diesem Reisetag auch die Möglichkeit zu eigenen Unternehmungen. Unser bewährter Taxiservice steht Ihnen dafür zur Verfügung. Übernachtung in Tilsit.

4. Tag: Nach dem Frühstück nochmals Rundfahrt durch die Elchniederung, diesmal südlich der Gilge. Die Route führt mit Zwischenstopps über Brittanien, Neukirch, Groß Friedrichsdorf und Kreuzingen. Am Nachmittag erreichen Sie wieder Heinrichswalde. Zunächst besuchen wir das neue deutsch-russische Heimatmuseum zur Geschichte von Heinrichswalde und dem Kreis Elchniederung. Danach besteht die Möglichkeit zur Teilnahme am Stadtfest mit vielerlei Darbietungen, Musik, Kunstgewerbeständen und Volksfeststimmung. Übernachtung in Tilsit.

5. Tag: Am Vormittag können sie gemeinsam mit der evangelischen Kirchengemeinde in Heinrichs-

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 16

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 15

walde am Gottesdienst teilnehmen. Anschließend Weiterfahrt über Neukirch nach Rauterskirch. Dort Empfang durch die örtliche Bevölkerung und Besichtigung der historischen Kirche. In der auch mit deutschen Mitteln unterstützten Sanitätsstation ist der Tisch zu einem kleinen Imbiss gedeckt. Auf dem Rückweg von Rauterskirch nach Tilsit wird noch ein Abstecher in das benachbarte Seckenburg unternommen. Am Nachmittag Stadtrundfahrt in Tilsit. Zunächst Besuch im teilweise neu gestalteten Park Jakobsruh mit einem Spaziergang zum wiedererrichteten Königin-Luise-Denkmal. Anschließend geht es durch die alten Wohnviertel zum Schlossmühlenteich. Auch die Gedenkstätte am Waldfriedhof wird während der Rundfahrt besucht. Abschluss und Höhepunkt der Stadtführung ist jedoch ein gemeinsamer Spaziergang durch die Hohe Straße. Die überwiegend sehr schön restaurierte Jugendstilfassade lässt die einstige Schönheit der Stadt an der Memel erahnen. Natürlich besteht auch an diesem Reisetag die Möglichkeit zu eigenen Unternehmungen. Übernachtung in Tilsit.

6. Tag: Heute verlassen Sie Ihr Hotel in Tilsit. Erster Besichtigungsstopp ist eine Stadtrundfahrt in Königsberg. Dabei besuchen Sie natürlich die erhaltenen Sehenswürdigkeiten wie den wiedererrichteten Königsberger Dom, die Luisenkirche oder den früheren Hansa-Platz mit dem ehemaligen Nordbahnhof und die erhaltenen Stadttore und Befestigungsanlagen wie das Königstor und den Litauer Wall. Am Nachmittag unternehmen Sie vom neuen Fischdorf am Pregel aus eine rund dreistündige Schiffsfahrt durch den Hafen und auf dem Königsberger Seekanal entlang Richtung Ostsee bis nach Pillau. Die Hafenstadt hatte eine besondere Bedeutung. Viele Ostpreußen mussten im Winter 1945, von hier aus ihre Heimat für immer verlassen. Heute gibt es in Pillau neben den historischen Bauten, Befestigungsanlagen und dem bekannten Leuchtturm eine große Kriegsgräbergedenkstätte, ein Ort der Besinnung und des Gedenkens an alle Opfer der vergangenen Kriege. Auf der Weiterfahrt durch das Samland besuchen Sie Palmnicken – hier wird im Tagebau der für Ostpreußen typische Bernstein gewonnen. Beim Besuch der Aussichtsterrasse haben Sie einen guten Überblick. Gegen Abend erreichen Sie das Ostseebad Rauschen an der waldbestandenen Steilküste des Samlandes. Rauschen ist auch heute wieder ein schöner Ferienort mit vielen Gästehäusern und Hotels, hübsch restaurierten alten Holzvillen und einer Kurpromenade mit kleinen Straßencafés und urigen Kneipen. Abendessen und Übernachtung in Rauschen.

7. Tag: Tag zur freien Verfügung. Genießen Sie die Urlaubsstimmung in Rauschen bei einem Spaziergang auf der Kurpromenade oder am Ostseestrand. Sehr sehenswert ist das Hermann-Brachert-Museum im benachbarten Georgenswalde. Übernachtung in Rauschen.

8. Tag: Tagesausflug vorbei an Cranz auf die Kurische Nehrung. Die rund 100 Kilometer lange Landzunge trennt das Kurische Haff von der Ostsee. Ihre einzigartige Naturlandschaft ist durch die höchsten Wanderdünen Europas geprägt. Sie besuchen die Feldstation „Fringilla" der Vogelwarte Rossitten, einst die erste ornithologische Beobachtungsstation der Welt. Bei einem geführten Spaziergang auf die Ephadüne bietet sich ein grandioser Ausblick auf das Haff, die Ostsee und die größte noch wandernde Sandfläche der Nehrung. In einer sehr schönen Hotelanlage direkt am Haffufer werden Sie zum Mittagessen erwartet. Bei schönem Wetter sollten Sie natürlich einen Besuch am kilometerlangen feinsandigen Strand mit einem Bad in der Ostsee nicht versäumen. Abendessen und Übernachtung in Rauschen.

9. Tag: Heute verlassen Sie Ihr Hotel in Rauschen und treten die erste Etappe der Heimreise an. Nach dem Passieren der russisch-polnischen Grenze geht es durch das Ermland und Pommern bis nach Schneidemühl zur letzten Zwischenübernachtung.

10. Tag: Nach dem Frühstück Heimreise nach Deutschland. In der Mittagszeit wird bei Küstrin eine Rast auf einem polnischen Markt eingelegt.

Die Mindestteilnehmerzahl sind 25 Personen. Anmeldung bei Peter Westphal, Obere Wiesenbergstraße 26, 38690 Goslar, Telefon und Fax (05324) 798228.

Angerburg: Heimatpolitische Tagung



Ein intensives Jahr liegt hinter uns und mit ungebrochener Energie wollen wir in das Jahr 2018 starten. Es beginnt mit der 60. heimatpolitischen Tagung in Rotenburg (Wümme). Gemeinsam wollen wir die im Jahr 1958 begonnene Heimatarbeit von Friedrich-Karl Milthaler mit dieser Jubiläumsveranstaltung feiern. Dazu laden der Landkreis Rotenburg als Patenschaftsträger und die Kreisgemeinschaft Angerburg alle an der Geschichte und Kultur unserer Heimat Interessierte, sehr herzlich ein. Die Tagung findet am 17. und 18. Februar in 27356 Rotenburg, Gerberstraße 16 (Theodor-Heuss-Schule) statt. Für die Tagung konnten wir erneut kompetente Referenten gewinnen.

Für Besucher der Tagung ist die Mensa der Theodor-Heuss-Schule bereits ab 14 Uhr geöffnet. Es wird Kaffee/Tee und Kuchen angeboten. Nach der Begrüßung der Tagungsteilnehmer um 15 Uhr wird Dr. Jürgen W. Schmidt, Berlin, die Tagung mit seinem Vortrag „Flucht und Vertreibung der Deutschen aus Westpreußen" einleiten. Nach einer kurzen Pause wird die Vorsitzende der Lehndorff-Gesellschaft Steinort, Berlin, Dr. Bettina Bouresh, über das Projekt „Schloss Steinort" berichten. Im Anschluss an die Vorträge besteht jeweils Gelegenheit für Fragen an die Referenten beziehungsweise für eigene Einschätzungen. Mit einem gemeinsamen Abendessen (Elchbraten) gegen 19 Uhr und anregenden Gesprächen mit interessanten Gästen lassen wir den Tag ausklingen.

Am folgenden Tag, Sonntag, 18. Februar, 9.30 Uhr, wird die Tagung in der Theodor-Heuss-Schule fortgesetzt. Ministerialrat a.D. Dr. Jürgen Martens, wird über eine „Reise nach Angerburg im Juni 2017" berichten. Gegen 12 Uhr wird die Tagung mit dem Gesang des Ostpreußenliedes „Land der dunklen Wälder" beendet sein.

Aus organisatorischen Gründen bitten wir um verbindliche Anmeldungen, auch für das Elchbratenessen zum Preis von 26 Euro pro Person einschließlich Dessert und Mitteilung von Übernachtungswünschen bis zum 10. Februar (Posteingang) an Brigitte Junker, Sachsenweg 15, 22455 Hamburg. Ein Tagungsbeitrag wird nicht erhoben. Eine schriftliche Anmeldebestätigung wird nicht erteilt.



KÖNIGSBERG-STADT

Stadtvorsitzender: Klaus Weigelt. Patenschaftsbüro: Karmelplatz 5, 47049 Duisburg, Telefon (0203) 2832151.

Zusendungen für Ausgabe 6

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimatseiten der *PAZ*-Ausgabe 6/2018 (Erstverkaufstag: 9. Februar) bis spätestens Donnerstag, 1. Februar an E-Mail: redaktion@preussische-allgemeine.de, per Fax an (040) 41400850 oder postalisch an Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Treffen der Schulgemeinschaft in Göttingen

Bei richtig gutem Wetter trafen sich die Schemm-Schüler vom 25. bis 27. August wieder in Göttingen im Hotel Rennschuh, das uns nun schon zum 24. Mal beherbergte. Edith Cyrus begrüßte die Teilnehmer ganz herzlich in kleiner Runde und bedankte sich bei den „Getreuen", die diese Reise auf sich genommen hatten. Bei der Totenehrung haben wir an Ernst Stoermer gedacht, der unsere Schulgemeinschaft einst ins Leben gerufen hatte. In geselliger Runde sprachen wir dann von „alten Zeiten". Mit „Ach weißt du noch?" und „Erzähl doch mal" begannen viele schöne Gespräche.

So haben wir unsere Erinnerungen ausgetauscht. Vieles war entschwunden, ist aber durch ein paar Stichworte im Gespräch wieder ans Tageslicht befördert worden. Und so war die Vertrautheit doch gleich wieder da. Wir haben die drei Tage in Göttingen genossen. Ja, genau so war's!

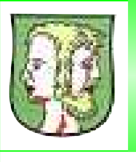
Die Themen waren vielfältig: Schicksale, familiärer Kummer und einige Krankengeschichten. Das alles gehört nun zu unserem Leben. Doch die lockere, ausgelassene Stimmung stand ganz oben auf unserem Programm. Es wurden Gedichte vorgetragen und Anekdoten vorgelesen, gesungen wie in alten Zeiten, Lieder, an die wir das ganze Jahr über nicht gedacht hatten. Ingrid Nowakiewitsch und Tochter Katja unterhielten uns mit kurzweiligen Vorträgen. Wolfgang Wrobel zeigte uns einen Film von unserer Königsbergreise, die wir 2005 gemeinsam unternommen hatten.

Da war sie wieder da, die alte Heimatstadt. Dann ging's los: Wer war noch einmal nach Königsberg gereist? In unseren Anfängen startete die Schulgemeinschaft eine Reise in unsere Heimatstadt. Das war 1996 gewesen. Was für ein trauriger Anblick für uns! Es trieb uns immer wieder die Tränen in den Augen. Doch schon 2002 und 2005 bekam unsere Heimatstadt ein kleines bisschen Farbe. So kamen peu à peu zum 750. Geburtstag Blumen ins Bild. Richtig schöne bunte Blumenrabatten, die auch noch 2007 Bestand hatten.

Auch das ist nun Vergangenheit, denn das Reisen ist für uns leider zu mühselig geworden. So verging die Zeit auch wieder viel zu schnell. Doch wir können mit Fug und Recht sagen, wir sind eine richtige Familie geworden, und deshalb haben wir auch schon das nächste Treffen geplant. Wie immer soll es das letzte Wochenende im August werden, daher bitte den 24. und 26. August 2018 vormerken. *Edith Cyrus*



Königsberg-Stadt: Schöne Gespräche in locker-ausgelassener Stimmung hatten die Schemm-Schüler bei ihrem Treffen Bild: privat



LYCK

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellvertr. Kreisvertreter: Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665. Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim.

Dankenswerter Nachdruck

„Unser Masuren-Land" war in den Jahren von 1925 bis 1939 eine Heimatbeilage der Lycker Zeitung beziehungsweise des „Masuren-Boten". Die Beilage enthält viele interessante familienkundliche und regionalgeschichtliche Beiträge. Beschrieben werden unter anderem das Schulwesen, der Tatareneinfall, die Industrie, das Verkehrswesen, die Forstwirtschaft, das Jagd- und Fischereiwesen, die Namenskunde (Familiennamen, Ortsnamen, Flurnamen), die Siedlungsgeschichte, das Handwerk, die Landwirtschaft, die Amts-, Kreis- und Ortsgeschichte und die Handfesten.

Der Verein für Familienforschung in Ost- und Westpreußen hat dieses Werk dankenswerter Weise nachgedruckt. Es ist in zwei Bänden mit insgesamt mehr als 1000 Seiten erschienen. Der Kauf dieses Werkes wird von der Kreisgemeinschaft sehr empfohlen. Es ist zu dem günstigen Preis von 25 Euro plus Versandkosten zu erwerben.

Bestellungen: Thomas Wildeboer, Harmsweg 10, 22179 Hamburg, E-Mail: wildeboer@gmx.de.

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 17

Anzeigen

Die Kreisgemeinschaft Lötzen e. V. trauert um ihren Vorsitzenden



Dieter Gerhard Eichler



geb. 14. 6. 1934 Insterburg/Ostpr. — gest. 10. 1. 2018 Hamburg

Lange Jahre war er Mitglied unserer Kreisgemeinschaft und übernahm ab 2010 Verantwortung mit der Übernahme des Amtes des Kreisvorsitzenden.
Seine regelmäßigen Besuche in Ostpreußen waren gleichzeitig ein Brückenbau in die alte Heimat.
Er initiierte und förderte den kulturellen Austausch, weckte bei den Bewohnern der Stadt Lötzen und vieler Gemeinden des ehemaligen Heimatkreises das Interesse für das gesamtdeutsche Kulturerbe und die gemeinsame Geschichte.
Zu den aus der Heimat Vertriebenen hielt er in vielen persönlichen Gesprächen engen Kontakt.
Mit seinem Tod verlieren wir neben einem Zeitzeugen und engagierten Mitstreiter ein wertvolles Mitglied unserer Gemeinschaft.

Unser Mitgefühl gilt seiner Frau Ute Marie Eichler sowie der Familie.

Dankbar werden wir uns seiner erinnern!

Im Namen der Kreisgemeinschaft Lötzen

Dieter Arno Milewski Vorstandsmitglied — **Bernd Sawatzki** Vorstandsmitglied

Er war immer für eine Überraschung gut.



Dieter Gerhard Eichler

geb. 14. 6. 1934 Insterburg/Ostpr. — gest. 10. 1. 2018 Hamburg

Kindheit in den Kreisen Lötzen, Johannisburg u. Osterode/Ostpreußen. Sie endete am 20. 1. 1945. Später war er 40 Jahre im Hamburger Schuldienst tätig, davon 30 Jahre als Rektor der Schule Bonhoefferstraße (Billstedt) und – gleichzeitig – 25 Jahre als Leiter der Hamburger Freiluftschulen.

In Trauer und Liebe: **Ute Marie Eichler, Frank und Martin Eichler**
Martin und Conrad Schmidt
und alle, die wissen, was wir an ihm hatten

Die Trauerfeier findet statt am 26. Januar um 11.30 Uhr im Haus der Zeit, Bornkampsweg 40a, 22926 Ahrensburg. Anstelle von Blumen bitten wir im Sinne des Verstorbenen um eine Spende für das Ostpreußische Landesmuseum in Lüneburg, Stichwort: „Trauerfall Eichler", Konto: DE 10 2405 0110 0000 0780 06.



Schließ ich dereinst die Augen fern meinem Heimatland,
Seh' ich nie mehr den Ort, wo meine Wiege stand.
Eh mein Aug gebrochen, erkaltet meine Hand,
Flüstern meine Lippen: Grüß mir Ostpreußen, mein Heimatland.

Alfred Weiß

*24. 7. 1923 Wensowken (Ostpr.) — † 14. 1. 2018 Oberursel

In Liebe und Dankbarkeit nehmen wir Abschied
Familie Dr. Wilfried Weiß

Traueranschrift
Hauptstraße 193b, 65760 Eschborn



Alfred Herbstreit

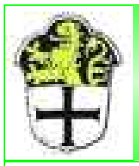
* 7. 1. 1920 Jesau/Königsberg Ostpreußen — † 12. 1. 2018 Solingen

Grüße von der Tannenwalder-Gruppe

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 16

Frühjahrstreffen

Göttingen – Freitag, 2. bis Sonntag, 4. März, Hotel Rennschuh (www.rennschuh.de), Kasseler Landstraße 93: Frühjahrstreffen der Mittleren Generation. Jeder Interessierte ist herzlich willkommen. Nähere Informationen auf unserer Website unter Mittlere Generation oder bei der Sprecherin der Mittleren Generation Heidi Mader, Telefon (0421) 67329026 oder E-Mail: heidi-mader@gmx.de.



PREUSSISCH EYLAU

Kreisvertreterin: Evelyn v. Borries, Tucherweg 80, 40724 Hilden, Telefon (02103) 64759, Fax: (02103) 23068, E-Mail: evborries@gmx.net. Kartei, Buchversand und Preußisch Eylauer-Heimatmuseum im Kreishaus Verden/Aller Lindhooper Straße 67, 27283 Verden/Aller, E-Mail: preussisch-eylau@landkreis-verden.de, Internet: www.preussisch-eylau.de. Unser Büro in Verden ist nur noch unregelmäßig besetzt. Bitte wenden Sie sich direkt an die Kreisvertreterin Evelyn v. Borries, Telefon: (02103) 64759 oder Fax: (02103) 23068, E-Mail: evborries@gmx.net

Bilder von Catharina Klein gesucht

Das historische Heimatmuseum in Preußisch Eylau hat sich wichtiges vorgenommen. Es geht um Catharina Klein, eine der angesehensten und populärsten Blumenmalerinnen ihrer Zeit. Sie wurde 1861 in Preußisch Eylau (Bagrationowsk) geboren. Nach dem Abitur zog sie nach Berlin, wo sie die Ausbildung in der Kunstschule aufnahm. Gleichzeitig besuchte sie eine Künstlerwerkstatt für Frauen. Noch als Studentin begann sie, sich an Ausstellungen zu beteiligen. Schnell wurden ihre Arbeiten weithin populär. In den 90er Jahren des 19. Jahrhunderts gehörte sie zum Kreis der bekanntesten und beliebtesten Stillebenmaler, ja sie wurde die „deutsche Blumenmalerin“ genannt. Außer Blumen bildete die 1929 in Berlin verstorbene Malerin Vögel, Schmetterlinge, Früchte und Pilze ab.

„Leider ging ein großer Teil der Originale Catharina Kleins während des Zweiten Weltkriegs verloren. Dass ihr Werk bis heute bekannt geblieben ist, verdankt es der Postkarte“, berichtet Aleksander Pantschenko, der Leiter des Heimatmuseums. Sein Haus legt zurzeit eine Sammlung von Postkarten der Künstlerin vom Beginn des 20. Jahrhunderts an. Die Sammlung umfasst bereits mehr als 350 Postkarten von Verlagen in Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Russland, der Schweiz und den USA. Dazu Pantschenko: „Wir planen, in der Geburtsstadt der Künstlerin die größte Kollektion von Postkarten mit ihren Bildern zusammenzustellen.“ Der Museumsleiter bittet um Mithilfe: „Das kann dadurch geschehen, dass man dem Museum per Brief eine Ansichtskarte mit einem Bild von Catharina Klein zusendet. Die Karten kann man entweder in den eigenen Unterlagen zuhause finden, zu einem geringen Preis bei Antiquaren oder über den Internethandel etwa bei Ebay erwerben.“

Am Ende möchte das Historische Heimatmuseum einen vollständigen Katalog der Bildern der „großen Blumenmalerin Deutschlands“ mit einer namentlichen Aufzählung aller am Werk Beteiligten herausgeben. Die Adresse: 238420, Russland, Kaliningr. Oblast, Bagrationowsk, ul. Kaliningradskaja 10, Musei Istorii Kraja.





Oben und unten: Zwei Werke von Catharina Klein. In ihrer Geburtsstadt Preußisch Eylau soll nun eine möglichst vollständige Sammlung ihrer Bilder entstehen Bilder (2): Historisches Heimatmuseum

TILSIT-RAGNIT

Kreisvertreter: Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Windeck, Telefon (02243) 2999, Fax (02243) 844199. Geschäftsstelle: Winfried Knocks, Varenhorststraße 17, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2309, E-Mail: WinfriedKnocks@aol.com

Die Kreisgemeinschaft Tilsit-Ragnit bietet im Juli und August 2018 wieder zwei Reisen an.

Ostpreußenreise I

Nach vielen Reisen in die ostpreußische Heimat und als langjährige Leiterin der Heimatstube in Preetz ist Eva Lüders vielen gut bekannt. Unter ihrer Leitung geht's vom 3. Juli bis 12. Juli für zehn Tage nach Ostpreußen. Die Busfahrt ab Hannover mit Zustiegsmöglichkeiten entlang der Fahrtroute führt zur ersten Übernachtung nach Danzig. Nach der Führung durch die Altstadt dort und einer Fahrt auf dem Oberländer Kanal erfolgt die zweite Übernachtung in Heilsberg. Die Stadtführung in Königsberg beinhaltet ein Orgelkonzert im Königsberger Dom und eine Bootsfahrt auf dem Pregel.

Die Reisegruppe erreicht dann Tilsit, das mit vier Übernachtungen den Ausgangspunkt für zahlreiche Aktivitäten bildet, wie individuell gewünschte Besuche der früheren Heimatorte, und natürlich Besuche des Heimatmuseums in Breitenstein, ein Mittagsessen bei Alla im „Haus Schillen“ und eine Führung in Tilsit. Ein Tagesausflug nach Gumbinnen, zum Gestüt Trakehnen und in die Rominter Heide sowie ein Mittagessen im Forsthaus Warnen gehören zu den nächsten Punkten. Das Naturparadies Großes Moosbruch und ein Mittagessen im Moosbruchhaus sowie Zeiten für eigene Aktivitäten tragen zu viel Abwechslung bei.

Zwei Übernachtungen auf der Kurischen Nehrung, eine Schiffsfahrt durch das Memeldelta, eine Führung in Nidden und die Fährüberfahrt von Klaipeda nach Kiel – wieder mit Halbpension – runden diese Reise nach Ostpreußen ab.

Auskünfte bei: Partner-Reisen Grund-Touristik, Everner Straße 41, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 588940, E-Mail: info@Partner-Reisen.com oder bei Eva Lüders, Kührener Straße 1B, 24211 Preetz, Telefon (04342) 5335.

Ostpreußenreise II

Die zweite Reise der Kreisgemeinschaft Tilsit-Ragnit dauert ebenfalls zehn Tage, vom 2. August bis zum 11. August. Reiseleiter ist Heiner J. Coenen. Der Schriftleiter von „Land an der Memel – Tilsiter Rundbrief“ ist als Nachfolger von Klaus-Dieter Metschulat auch schon zum neunten Mal in Richtung Tilsit und Königsberg unterwegs.

Die Fahrt beginnt in Mönchengladbach-Rheydt mit Zusteigemöglichkeiten in Dortmund, Bielefeld, Hannover und Berlin, Tagesziel ist dann Posen mit der Übernachtung dort.

Nach der Mittagspause und einem Fotostopp am folgenden Tag in Frauenburg ist das Ziel Tilsit. Die beiden nächsten Reisetage bieten neben individuell möglichen Ausflügen zu Heimatdörfern den Besuch des Heimatmuseums in Kraupischken/Breitenstein, dem Gestüt Georgenburg, und eine Fahrt nach Insterburg und Gumbinnen mit Besuch der Salzburger Kirche. Folgende Ziele sind die Kurische Nehrung und dort insbesondere die Vogelwarte Rossitten. Königsberg erschließt sich bei einer Stadtrundfahrt und der Besichtigung des Doms.

Ziele in Masuren sind das Gestüt Lisken bei Bartenstein, der berühmte Wallfahrtsort Heiligelinde, Steinort, der ehemalige Besitz der Grafen Lehndorff, Rastenburg, Lötzen und der Geburtsort des Schriftstellers Ernst Wiechert, dem Forsthaus Kleinort. Eine Stakenfahrt auf der Kruttina und der anschließende Grillabend erschließen zusätzlich die Schönheit Masurens. Die Rückfahrt führt über Allenstein und der Marienburg nach Danzig. Die letzte Übernachtung ist in Stettin.

Weitere Auskünfte: Heiner J. Coenen, Maarstraße 15, 52511 Geilenkirchen, Telefon (02462) 3087, E-Mail info@schreibkontor-heinerjcoenen.de oder Ostreisen, Paulinenstraße 29, 32657 Lemgo, Telefon (05261) 2882600, E-Mail: info@ostreisen.de.

Gundhild Krink feiert Geburtstag

Immer wieder mal ertappen wir uns dabei, dass wir ungläubig und vielleicht gar ein wenig erschreckt feststellen, wie alt wir schon geworden sind! Und in diesbezüglichen Gesprächen mit Mitmenschen erfahren wir, dass es denen ähnlich geht, und man sieht ihnen in vielen Fällen die Bürde auch an. Aber dann gibt es wiederum solche, die nicht nur im Herzen jung geblieben sind, sondern die sich dem Alt-Werden komplett verweigert haben, und von solch einer begnadeten Zeitgenossin soll hier die Rede sein.

Am 30. Januar 1938 kam Gunhild Krink in Königsberg/Pr. zur Welt. Ihre Mutter, Lehrerin, war für das Kind allein verantwortlich. Im August 1944 wurde Klein-Gunhild noch in dem masurischen Dorf Goldensee, Kreis Lötzen, eingeschult. Die Flucht verschlug Mutter und Tochter nach Schleswig-Holstein. Nach dem Abitur in Ratzeburg studierte Gunhild Deutsch und Geschichte in Kiel und in Hamburg und ließ sich anschließend zur Diplom-Bibliothekarin in Hamburg ausbilden. Nach dem Examen war sie in den Stadtbibliotheken Essen und Duisburg tätig, wo sie im Jahre 2003 pensioniert wurde. Sie hat drei Kinder und fünf Enkelkinder.

Es ging ihr wie vielen anderen, die als Kinder aus der Heimat vertrieben wurden oder geflüchtet waren. Die Erinnerung an Ostpreußen war nie verschüttet, aber Familie und Beruf standen stets im Vordergrund. Dazu kam, dass sie sich um ihre Mutter kümmerte, die im Jahre 1989 85-jährig starb. Jetzt konnte sie schon mal die Fühler ausstrecken und fuhr 1992 zu einem Treffen der Kreisgemeinschaft Tilsit-Ragnit nach Fallingbostel. Seitdem erhält sie unseren Heimatbrief. Nach ihrer Pensionierung hatte Gunhild Krink Zeit, sich intensiver mit Ostpreußen zu beschäftigen. Zunächst arbeitete sie in der Kreisgemeinschaft Lötzen mit bei der Betreuung der Dorfgemeinschaft Goldensee, wo sie eingeschult worden war.

Auf dem Deutschlandtreffen 2002 in Leipzig lernte sie Siegfried Paleit kennen, seinerzeit Kirchspielvertreter für Altenkirch in unserer Kreisgemeinschaft. Er wohnte in Osnabrück, und Frau Krink fuhr zu einigen Ostpreußentreffen dorthin. Als Siegfried Paleit sein Amt aus gesundheitlichen Gründen Ende 2007 aufgab, übernahm sie es 2009 zunächst kommissarisch und wurde im Oktober 2011 in Lüneburg von der Mitgliederversammlung als Kirchspielvertreterin für Altenkirch gewählt.

In ihrer stillen, unaufdringlichen Art versieht Frau Krink mit Herzenswärme und Hingabe dieses Amt. Jedem ihrer Mitglieder wird zum Geburtstag gratuliert, mit Vorliebe telefonisch, um den Menschen möglichst nahe zu sein. Sie verschließt sich auch weiteren Aufgaben nicht; so ist sie augenblicklich als Kassenprüferin im Kreistag tätig.

Für ihren verdienstvollen Einsatz wurde Gunhild Krink im Jahr 2015 vom BdV mit dem Silbernen Ehrenzeichen ausgezeichnet.

Der Kreistag gratuliert der Jubilarin im Namen der Kreisgemeinschaft zum unglaublichen 80. Geburtstag am 30. Januar und wünscht ihr alles Gute für die Zukunft. *Dieter Neukamm*



Im Herzen jung geblieben: Tilsit-Ragnits „Geburtstagskind“ Gundhild Krink. Hier eingerahmt von Kreisvertreter Dieter Neukamm (l.) und Schatzmeister Helmut Subroweit Bild: Heiner J. Coenen

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Ansbach – Die Termine der Kreisgruppe der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen, Pommern und Brandenburg für das Jahr 2018:

Sonnabend, 17. Februar, 15 Uhr, Orangerie, Promenade 33, 91522 Ansbach: „Angekommen? Auf den Spuren der Pommern in Bayern“ – Ein Film von Martina Kerl und der Pommerschen landsmannschaft Bayern.

Sonnabend, 17. März, 15 Uhr, Orangerie: „Was uns die Eltern von Heimat und Familie erzählten“ – Erinnerungen von Christel Tagsold, Oswin Palfner, Astrid Kübrich und Heide Bauer.

Sonnabend, 24. März: Landeskulturtag im Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen.

Sonnabend, 14. April, 15 Uhr, Orangerie: Jahreshauptversammlung mit Neuwahl.

Sonnabend, 19. Mai, 15 Uhr, Orangerie: „Schatzkästchen alte Dias“– Bilder von Reisen aus den Jahren 1980 bis 1994 nach Ost- und Westpreußen.

Sonnabend, 23. Juni: Gemeinsam mit der Landsmannschaft Gunzenhausen Ausflug nach Oberschleißheim. Besuch von „Es war ein Land“. Die Ausstellung im Alten Schloß stellt die Heimat der Vertriebenen aus Ost- und Westpreußen vor und erinnert an Geschichte, Kultur und Schicksal der Vertriebenen.

Sonnabend, 14. Juli: Sommersingen in fröhlicher Runde. Bei schönem Wetter in einem Wirtshausgarten mit kleiner Vesper.

Sonnabend, 22. September, 15 Uhr, Orangerie: Wir lesen Geschichten aus „So zärtlich war Suleyken“ von Siegfried Lenz.

Donnerstag, 20. September, bis **Sonntag, 23. September**: Landeskulturfahrt nach Danzig.

Sonnabend, 13. Oktober, 15 Uhr, Orangerie: Film über Heinz Sielmann. Der berühmte Tierfilmer verbrachte seine Jugend in Ostpreußen und entdeckte hier seine Liebe zur Natur.

Sonnabend, 17. November, 14.30 Uhr, Denkmal auf dem Waldfriedhof: Gedenkfeier aller Landsmannschaften für die Opfer von Flucht und Vertreibung. Um 15.30 Uhr in der Orangerie folgt ein Bildbericht über die Danzig-Reise.

Sonnabend, 15. Dezember, 15 Uhr, Orangerie: heimatliche Weihnachtsfeier.

Bamberg – die Monatstreffen im ersten Halbjahr:

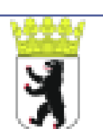
Mittwoch, 21. Februar, 15 Uhr, Hotel Wilde Rose: „Das Postwesen in Westpreußen“.

Mittwoch, 21. März, 15 Uhr, Hotel Wilde Rose: Ostpreußen nach dem Zweiten Weltkrieg.

Mittwoch, 18. April, 15 Uhr, Hotel Wilde Rose: Erinnerungen an die Nachkriegsjahre im Westen.

Mittwoch, 16. Mai, 15 Uhr, Hotel Wilde Rose: Muttertagsfeier.

Mittwoch, 20. Juni, 15 Uhr, Hotel Wilde Rose: Käuze und Krakeeler - Heitere Geschichten aus Ostpreußen.



BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

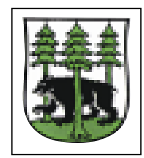


Tilsit-Ragnit, Tilsit-Stadt – Sonnabend, 27. Januar, Ratskeller Charlottenburg, Otto-Suhr-Allee 102, 10585 Berlin. Anfragen: Barbara Fischer, Telefon (030) 6041054.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Landsmannschaftl. Arbeit

Fortsetzung von Seite 17

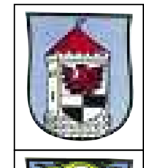


Rastenburg – Sonntag, 11. Februar, 15 Uhr, Restaurant Stammhaus Rohrdamm 24 B, 13629 Berlin: Gemeinsames Treffen. Anfragen: Martina Sontag, Telefon (033232) 188826.





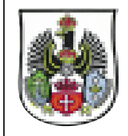
Rößel, Heilsberg – Dienstag, 13. Februar, 15 Uhr, Seniorenfreizeitstätte „Maria Rimkus Haus", Gallwitzallee 53, 12249 Berlin: Gemeinsames Treffen. Anfragen für Heilsberg: Erika Hackbarth, Telefon (033762) 40137, für Rößel: Ernst Michutta Telefon (05624) 6600.



Frauengruppe – Mittwoch, 14. Februar, 13.30 Uhr, Pflegestützpunkt, Wilhelmstraße 116-117, 10963 Berlin: Frauengruppe. Anfragen: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.







Angerburg, Darkehmen, Goldap – Donnerstag, 15, Februar, 14 Uhr, Restaurant „Oase Amera", Borussiastraße 62, 12102 Berlin. Gemeinsames Treffen. Anfragen: Marianne Becker Telefon (030) 77123.

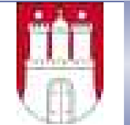


Königsberg – Freitag, 16. Februar, 14 Uhr, Johann-Georg-Stuben, Johann-Georg-Straße 10, 10709 Berlin-Halensee: Anfragen: Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.

Bartenstein – Anfragen für gemeinsame Treffen bei Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404

Bremen

Sonnabend, 10. Februar, 15 Uhr (Einlass ab 14.15 Uhr), Hotel Airport, Flughafenallee 26: Bremer West- und Ostpreußentag. Das Essen beginnt um zirka 17.30 Uhr mit dem traditionellen Pillkaller. Anschließend gibt es je nach Wahl Königsberger Fleck oder Königsberger Klopse. Die Veranstaltung soll wieder durch Einnahmen aus dem antiquarischen Bücherverkauf gesponsert werden. Es gelten daher folgende ermäßigte Preise: Eintritt und Königsberger Fleck kosten 10 Euro, Eintritt und Königsberger Klopse 15 Euro. Anmeldungen bei der Geschäftsstelle oder auf Anrufbeantworter. Auch der Speisewunsch muss genannt werden. Wir leiten Ihre Anmeldung an das Hotel weiter und verpflichten uns zur Zahlung Ihres bestellten Essens. Versäumen Sie daher bitte nicht Ihr Kommen.

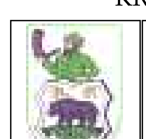


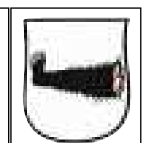
HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815.

Landesgruppe – Sonnabend, 3. Februar, 12 Uhr, Haus der Heimat, Teilfeld 8: Neujahrsempfang des Landesverbandes der vertriebenen Deutschen in Hamburg (L.v.D.). Das Haus der Heimat liegt nahe der Haltestellen Stadthausbrücke (S1, S3), Rödingsmarkt (U3) oder Bushaltestelle Michaeliskirche (Linien 6 und 3).

KREISGRUPPEN





Insterburg, Sensburg – Die Heimatkreisgruppe trifft sich jeden ersten Mittwoch im Monat (außer im Januar und im Juli) zum Singen und einem kulturellem Programm um 12 Uhr, Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125. Kontakt: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69b, 22459 Hamburg, Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

STADTTEILGRUPPE

Hamburg-Harburg – Sonntag, 28. Januar, 11 Uhr, St.-Johannis-Kirche, Bremer-Straße 9: Ostpreußischer Heimatgottesdienst. Die Predigt hält Pastorin Sabine Kaiser-Reis. Im Anschluss lädt die Gemeinde zum Gespräch bei Tee, Kaffee und Gebäck ins Gemeindehaus ein. Die Kirche ist mit den S-Bahn-Linien S3, S31 (Haltestelle Hamburg-Rathaus) zu erreichen.



HESSEN

Vorsitzender: Ulrich Bonk, Stellvertretender Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühltal, Telefon (06151) 148788

Dillenburg – Mittwoch, 31. Januar: Monatsversammlung. Der Weltenbummler Wolfgang Post aus Herborn berichtet von einer seiner großen Reisen.

Kassel – Donnerstag, 1. Februar, 14,30 Uhr, AWO-Altenzentrum, Am Wehrturm 3: Jahreshauptversammlung mit Vorstandswahl. Anschließend hält Gerhard Landau den Vortrag „Aus dem ostpreußischen Walde – Forstmeister berichten".

Wetzlar – Montag, 5. Februar, 13 Uhr, Restaurant „Grillstuben", Stoppelberger Hohl 128: Treffen zum Thema „Ostpreußischer Humor" mit Buchautor Joachim Albrecht. Alle Besucher sind eingeladen, selbst humoristische Beiträge zu bringen. Der Eintritt ist frei. Kontakt: Kuno Kutz, Telefon (06441) 770559.

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet



Wetzlar: Der Vorstand der Landsmannschaft mit Lothar Rühl, Dietmar und Elisabeth Sadlowski, Karla Weyland, Christa und Kuno Kutz sowie Rudolf Sauer Bild: Post

– **Bericht** –

Kuno Kutz aus Hüttenberg-Volpertshausen leitet weiter die Kreisgruppe. Bei der Jahreshauptversammlung bestätigten ihn die Kreismitglieder einstimmig in seinem Amt, das der 77-Jährige ehemalige Unternehmensberater seit 2006 inne hat. Die Landsmannschaft hat laut Kutz das Ziel Bräuche der alten Heimat zu pflegen und an die jüngere Generation weiterzugeben. Da die Vereinigung ohne Mitgliedschaften existiert, sei die Kreisgruppe auf Spenden der Besucher angewiesen.

Der Posten des Stellvertreters konnte nicht besetzt werden. Viele Mitglieder seien mehr als 70 Jahre nach Kriegsende und Vertreibung altersbedingt erkrankt oder bereits verstorben. So wies Kutz darauf hin, dass Vorstandsmitglied Pfarrer Karl-Oskar Henning im vergangenen Jahr verstarb. Er war lange Jahre als Medienbeauftragter tätig. Seine Aufgabe wurde an Lothar Rühl übertragen.

Der bisherige Schatzmeister Horst Koschinski kann sein Amt nicht mehr ausüben. An seine Stelle wählte die Versammlung Carola Ketelhut. Im Amt bestätigt wurden Karla Weyland als Kulturreferentin und Leiterin des Frauenkreises sowie Schriftführerin Margret Albrecht. Beisitzer sind Christa Kutz, Anne Ertl und neu Rudolf Sauer. Zu Kassenprüfern wurden Dietmar und Elisabeth Sadlowski.

In seinem Jahresrückblick verwies Kutz darauf, dass die Landsmannschaft im Jahr 2017 elf Treffen organisiert hat mit insgesamt 290 Teilnehmern. Neben neun Vorträgen gab es auch geselliges Beisammensein mit einem Grillfest im Juli und einer Weihnachtsfeier im Dezember. Ein Höhepunkt war die Teilnahme an der Kulturtagung der Landesgruppe in Weilburg.

Ein Schwerpunkt liegt in der Öffentlichkeitsarbeit, um die Anliegen der Ost- und Westpreußen in die Medien zu bringen. So werden die Treffen in den örtlichen Zeitungen sowie in den Publikationen der beiden Landsmannschaften regelmäßig veröffentlicht.

Weyland berichtete aus der Frauengruppe, die sich zum Ziel gesetzt hat, alte ostpreußische Handarbeiten wie das Doppelstricken zu pflegen und zu erhalten. Dazu treffen sich die Interessenten freitags um 10 Uhr morgens in den Räumen der Königsberger Diakonie. Der Vorstand der Kreisgruppe hat beschlossen, dass die monatlichen Treffen nicht mehr abends stattfinden. Dies sei ein Wunsch der immer älter werdenden Teilnehmer. Künftig trifft man sich daher zur Mittagszeit im Restaurant „Grillstuben" (Stoppelberger Hohl 128).

Kutz lud die Besucher ein zum Ostdeutschen Liedertag, der am Sonntag, 21. Januar, um 17 Uhr in der Wetzlarer Stadthalle sein wird. Zudem wies er auf die Landesdelegiertentagung hin, die am Samstag, 5. Mai, in Gießen ausgerichtet wird. Der Vorsitzende verteilte das Programm 2018. Am 5. Februar gibt es einen Vortrag von Joachim Albrecht zum ostpreußischen Humor. Eine ostpreußische Spezialität, das Grützwurstessen, steht am 12. März auf der Tagesordnung. Karla Weyland informiert über heimatliche Spezialitäten sowie Gebräuche beim Essen und Trinken.

Am 9. April kommt Dr. Christopher Spatz aus Bremen und spricht zum Thema „Nur der Himmel blieb derselbe – Ostpreußens Hungerkinder". Abiturientin Julia Haas (Gießen) stellt ihre Arbeit über die ehemalige Oberin der Königsberger Diakonie, Charlotte Bamberg, am

Landsmannschaftl. Arbeit Fortsetzung auf Seite 19

schriller Ton; Ausschnitt a. einem Buch; geben, schenken; Wintersportart; Ehemann; mit den Armen umschließen; Oper von Verdi; sicher, fest; bewandert; Sportruderboot; Teil eines Kontinents; leicht bitter oder säuerlich; Drama von Ibsen; Vorbedeutung; bezeichnen; taufen; frech, flegelhaft (ugs.); Beweggrund; Leitgedanke; Unterhaltungskünstler (engl.); behutsam, nicht heftig; adliger Krieger im Mittelalter; natürlicher Kopfschmuck; Konsument von Nahrung; Längsrinne, Rille; Geborgenheit in der Familie; intuitiv erfassen; ägyptische Stadt am Nil; ein Indogermane; scherzhaft: Ahnung; gewaltsames Wegnehmen; Versicherungsurkunde; ohne Milde, hart; Reittier; Nachbarstaat des Iran; landwirtschaftliches Gerät; Seerose; früherer Titel in Genua u. Venedig; überholt, vergangen; feiner Spott; Vorname da Vincis; die Position ermitteln; Abkürzung für Sportclub; Name d. Storches in der Tierfabel; Speisefett; veraltet: Runde, Rundgang; Schmuckstein; weibliches Bühnenfach; entbehrlich, verzichtbar; griechischer Liebesgott; Ältestenrat; Kfz-Zeichen Neuss; student. Organisation (Abk.); mehrmals, wiederholt; glockenförmiges Trinkgefäß; europäischer Strom; Brauchbarkeit, Befähigung; Wüste in Innerasien; enges, steilwandiges Tal; Schiffszubehör; auf der Violine spielen; von etwas völlig beherrscht; mit Haarwuchs im Gesicht; Schicht nutzbarer Mineralien; Bundesstaat der USA; begründeter Anspruch; Schutzstoffe verabreichen; abpassen; aufhalten; Ausdehnungsbegriff; Stille; nordischer Hirsch; Beingelenk; Honigwein; wundertätige Schale der Sage; Hafenstadt in Libyen; akustisches Signalgerät; Bruder Kains; italienische Insel; Ladenschanktisch; bayer. Benediktinerabtei; hochbetagt; Rüge, Verweis; österr. Dichter (Rainer Maria); Milchprodukt, Brotaufstrich; Küchengerät, Filter; Plattfisch; Kanton der Schweiz; das Ich (lateinisch); Eingang; Gewürz-, Heilpflanze; feste Erdoberfläche; chem. Zeichen für Lithium; Punkt einer Beweisführung; Popmusikstil Jamaikas; Loch, fehlendes Stück; ägyptische Hauptstadt; Bürde, Drückendes; artig, brav

PAZ18_03_4

So ist's richtig:

Schüttelrätsel:

Mittelworträtsel: 1. Produkt, 2. Bananen, 3. Kalender, 4. Gebuehren, 5. Einbruch, 6. Schleusen, 7. Kenntnis – daneben

Magisch: 1. Schwabe, 2. Zweifel, 3. abseits

Schüttelrätsel

In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

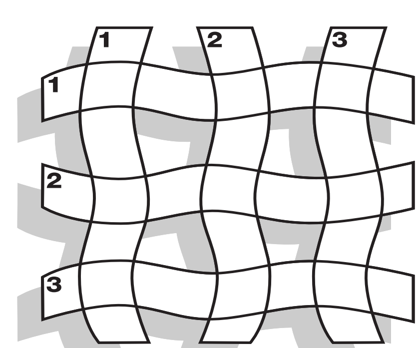
BEEGL; AILR; EEGRT; FFIKS; BEOR; EELS; AINT; AKLO; CEELL; BEEI NR; EEEFN RSTT; ABEG; EFIR

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich als Lösungswort ein anderes Wort für „am Ziel vorbei" (Schuss).

Nr.	links	Mittelblock	rechts
1	MILCH		MENGE
2	KOCH		SAFT
3	WAND		WOCHE
4	PARK		SATZ
5	WINTER		SERIE
6	KANAL		TOR
7	DETAIL		REICH

Magisch



Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 ein Süddeutscher
2 Unsicherheit, Skepsis
3 entfernt, außerhalb

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 18

14. Mai vor. Über Notgeld aus Westpreußen informiert Karla Weyland am 11. Juni. Am 7. Juli treffen sich die Mitglieder der Landsmannschaft zum Grillfest im Schützenhaus am Bobenhöllerwald in Nauborn.

„Carl-Maria Splett (Danzig) ein Bischof in schwerer Zeit“. So lautet das Thema am 10. September. Dazu spricht der Frankfurter Ulrich Bonk. „Manchmal seh ich im Traum unsern alten Kruschkenbaum“. So ist der Vortrag von Karla Weyland am 8. Oktober überschrieben. Am 12. November erwartet die Landsmannschaft den Marburger Wissenschaftler Dr. Peter Wörster als Referent. Schließlich gibt es am 2. Dezember eine Advents- und Weihnachtsfeier.

Wiesbaden – Donnerstag, 25, Januar, 12 Uhr, Gaststätte „Haus Waldlust“, Ostpreußenstraße 46: Stammtisch. Serviert wird „Schmandhering“. Es kann auch nach der Speisekarte bestellt werden. Wegen der Platz- und Essendisposition bitte anmelden bis spätestens Freitag, 19. Januar bei Irmgard Steffen, Telefon (0611) 844938, ESWE-Busverbindung: Linie 16, Haltestelle Ostpreußenstraße. – Dienstag, 13. Februar, 14.30 Uhr, Wappensaal, Haus der Heimat, Friedrichstraße 35: Allerlei zur Fastnacht – Ein närrischer Nachmittag mit Spaß an der Freude.



MECKLENBURG-VORPOMMERN

Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7 a, 17389 Anklam, Telefon (03971) 245688.

Parchim – An jedem dritten Donnerstag, 14.30 Uhr, Café Würfel, Scharnhorststraße 2: Treffen der Kreisgruppe. Gemütlicher Nachmittag, um über Erinnerungen zu sprechen, zu singen und zu lachen. Weitere Informationen: Charlotte Meyer, Kleine Kemenadenstraße 4, 19370 Parchim, Telefon (03871) 213545.

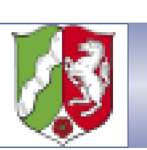


NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 7684391. Bezirksgruppe Lüneburg: Heinz Kutzinski, Im Wiesengrund 15, 29574 Ebstorf, Telefon (05822) 5465. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Osnabrück – 16. Februar, 15 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43: Treffen der Frauengruppe.

Rinteln – Donnerstag, 8. Februar, 15 Uhr, Hotel Stadt Kassel, Klosterstraße 42, 31737 Rinteln: Nachdem im Januar die Jahreshauptversammlung stattgefunden hat, stehen diesmal Berichte der Teilnehmer aus früheren Zeiten im Mittelpunkt der Veranstaltung. Interessierte Gäste sind ebenfalls herzlich willkommen. Weitere Informationen zur landsmannschaftlichen Arbeit der Gruppe gibt es beim Vorsitzenden Joachim Rebuschat: Telefon (0 57 51) 5386 oder über rebuschat@web.de



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Wilhelm Kreuer, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Landesgruppe – Wichtige Termine in diesem Jahr:

Sonnabend, 17. März: Landes-Delegierten- und Kulturtagung (Frühjahrstagung) in Oberhausen.

Sonntag, 8. Juli: NRW-Landestreffen der Ostpreußen, Schlesier und Pommern auf Schloss Burg an der Wupper.

Sonnabend 27. Oktober: Landes-Kulturtagung (Herbsttagung) in Oberhausen.

Düsseldorf – Mittwoch, 7. Februar. 15 Uhr, Raum 311, Gerhart-Hauptmann-Haus: Ostdeutsche Stickerei mit Helga Lehmann und Christel Knackstädt. – Freitag, 9. Februar, 18 Uhr, Restaurant Lauren's, Bismarckstraße 62: Stammtischtreffen.

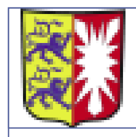
Köln – Mittwoch, 14. Februar, 12 Uhr, Café zum Königsforst (Endhaltestelle Königsforst der KVB-Linie 9): traditionellen „Fischessen am Aschermittwoch“. Bitte die ausnahmsweise geänderte Anfangszeit beachten.

– Bericht –

Das im Januar probeweise veranstaltete Zusammenkommen mit den Frauen der Pommernrunde kann als gelungen gewertet werden. Es gibt bei unserer recht kleinen Mitgliederzahl Hoffnung auf einen wesentlich günstigeren Treffpunkt. Vor allen Dingen entsteht durch die Zusammenlegung eine doppelte Besucherzahl, die gewiss ein Mehr an verschiedenen Themen ergeben könnte.

Neuss – Jeden ersten und letzten Donnerstag im Monat, 15 bis 18 Uhr, Ostdeutsche Heimatstube, Oberstraße 17: Tag der offenen Tür.

Wesel – Sonnabend, 10. Februar, 15 Uhr, Heimatstube, Kaiserring 4: Jahreshauptversammlung. Verbindliche Anmeldungen bitte bis zum Mittwoch, 31. Januar, bei Paul Sobotta, Telefon (0281) 45657, oder Manfred Rohde, Telefon (02852) 4403. Geboten werden Kaffee, Kuchen und gemütliches Beisammensein.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Telefon (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Bad Oldesloe – Nach der Begrüßung mit vielen guten Wünschen für das neue Jahr sprach die Vorsitzende über zwei Persönlichkeiten aus Schleswig-Holstein, die 2017 ihren 200. Geburtstag hatten: Theodor Mommsenen und Theodor Storm. Mommsen wurde 1817 in Garding geboren. Sein Vater war Pastor. Die Familie zog nach Oldesloe, und Theodor ging hier zur Schule, dann zum Studium nach Kiel. Er promoviert über Römische Geschichte, geht als Jurist nach Rom und kommt als Historiker zurück. Er brachte das Römische Recht zu uns, wurde Professor für Römisches Recht in Leipzig, saß im Preußischen Landtag, später im Reichstag. 1902, ein Jahr vor seinem Tode, erhielt er den Nobelpreis für Literatur.

Das Theodor-Mommsen-Gymnasium in Bad Oldesloe erinnert uns an diesen Gelehrten. Sein Freund und Weggefährte schon in jungen Jahren ist Theodor Storm, geboren 1817 in Husum. Er und sein Bruder Tycho geben zusammen mit Theodor Mommsen das „Liederbuch der drei Freunde“ heraus. Theodor Storm hatte nach der Gelehrtenschule in Husum das Katharineum in Lübeck besucht. Ab 1837 studierte er in Kiel Jura und eröffnete eine Anwaltskanzlei in Husum. Sein Berufsweg führte ihn in den preußischen Justizdienst nach Potsdam, dann war er Kreisrichter in Heiligenstadt im Eichsfeld. 1864 Rückkehr nach Schleswig-Holstein nach der Niederlage Dänemarks, Einsatz als Landvogt und Amtsrichter. Gedichte und Novellen sind sein literarisches Lebenswerk. Und auch seine Novellen werden als lyrische Dichtung bezeichnet.

Die Vorsitzende ging auf einige seiner Novellen ein und kam dann zum „Schimmelreiter“, mit dem er über die Grenzen Schleswig-Holsteins bekannt wurde. Es ist sein Alterswerk, das in Hademarschen, seinem Alterswohnsitz, entstand, als er schon schwer krank war. Darin geht es um einen Deichbruch an der Nordsee. Doch die Idee zu dieser Novelle entnahm er einer Zeitungsnotiz über einen Deichbruch an der Weichsel. Die Vorsitzende schloss ihre Ausführungen mit Storms Gedicht über seine Heimatstad Husum, die graue Stadt am Meer. *Gisela Brauer*

Burg auf Fehmarn – Dienstag, 13. Februar, 15 Uhr, Haus im Stadtpark: Überdas Thema „Schnell wieder vital, frisch und munter durch Salzmann Energie“ berichtet der Heilpraktiker Gerhard Salzmann aus Lensahn. Gäste sind herzlich willkommen.

Flensburg – Freitag 9. Februar, 12. Uhr, AWO-Stadtteilcafe, Mathildenstraße 22: Grünkohlessen, anschließend erster Teil des Vortrages von Siegfried Hoefer über „Nordostpreußen – 1990 bis heute“.

Neumünster – Sonnabend, 3. Februar, 12 Uhr, Stadthalle am Kleinflecken: Die Kreisgruppe der Ost- und Westpreußen trifft sich zum traditionellen Königsberger Klopsessen. Brigitte Profé: „Anschließend servieren wir eine Handvoll Späßchen.“ Anmelden bitte bis zum 27. Januar unter Telefon (04321) 82314.

Schönwalde am Bungsberg – Sonnabend, 27. Januar, 15 Uhr, Cafe Ehlers, Oldenburger Straße 8, 23717 Kasseedorf: Arbeitstagung. .

Studienreise mit Surminski

Das Ostpreußische Landesmuseum in Lüneburg lädt vom 1. bis 8. Oktober zu einer Reise mit dem für seine Erzählungen und Romane über Ostpreußen bekannten Schriftsteller Arno Surminski (siehe auch *PAZ* Nr, 3. Seite 17) ein. Sie führt durch Polen, Russland und Litauen. Beginn ist in Danzig, das Reiseende in Memel. Weitere Stationen sind Frauenburg, Königsberg, Palmnicken, Georgenswalde, Ragnit und Tilsit. Schwerpunkt der Reise sind Surminskis „Geschichten aus dem alten Ostpreußen“. In Königsberg wird Surminski im Museum für Bildende Künste aus seinem Erzählungsband „Wolfsland“ lesen. In Palmnicken gibt der Autor Kostproben aus seinem Buch „Winter 45 oder die Frauen von Palmnicken“ zum besten. Höhepunkt der Reise wird ein Besuch im Tilsiter Stadtmuseum sein, wo der Autor einige Kapitel aus seinem bisher unveröffentlichten Roman über die Zeit Napoleons vorträgt.

Weiter Informationen: Kulturreferat für Ostpreußen am Ostpreußischen Landesmuseum, Telefon (04131) 7599515, E-Mail: a.kern@ol-lg.de, Internet: www.ol-lg.de.

So verkommt der Glaube zur Schleuderware

Zu: Nichts von Luther gelernt (Nr. 1)

Ich habe mich privat, fast wissenschaftlich, mit Martin Luther und seiner paulinischen Rechtfertigungslehre beschäftigt und festgestellt, dass Dietrich Bonhoeffer dieser These widersprochen hat. Er spricht in diesem Zusammenhang von „teurer Gnade" und „billiger Gnade", die er als Schleuderware bezeichnet, und dass diese Lehre der Todfeind der Kirche sei. Darüber gibt es ein Buch von ihm: „Nachfolge" aus dem Jahr 1937.

Wie dieser Mann mit seinem Gewissen kämpfte, war beeindruckend. Dieser Mann hat mich auf die Spur gebracht, dass 1999 die evangelischen Christen und die katholische Kirchen eine verbindliche Absprache getroffen haben hinsichtlich der Rechtfertigungslehre, natürlich mit Ausnahmen, die man aushalten muss.

Nach 500 Jahren getrenntem christlichen Kirchenvolk will man eine Einheit erzwingen, und da fallen alle möglichen Aussagen wie „Sichtbare Einheit in versöhnter Verschiedenheit", vielleicht auch wieder mit einem Stück Papier und Ausnahmen, die man auszuhalten hat.

Glauben ist eine freie Entscheidung, und man kann ihn weder erzwingen noch fusionieren. Die Politik will Freiheit, weil man damit Wählerschichten gewinnen kann. Glauben und Kirche ist etwas Absolutes.

Mit der Freiheit will man das Wort Gottes verdrängen, man liebt die „billige Gnade", also die „Schleuderware", und nicht die „teure Gnade" mit der Nachfolge. Die Kirchen haben sich übernommen und können nach 500 Jahren nicht alles neu gestalten, ohne dass die Identitäten zur Position gestellt werden.

Was der Autor schreibt, weiß die kirchliche Hierarchie, aber keiner hat den Mut über die Fehlentwicklungen des Konzils (Lumen Gentium und Ökumenismus-Dekret) nachzudenken, und dann kommt es dazu, dass viele in ihren Meinungen ausgegrenzt werden, so zuletzt bei der Weihnachtsansprache von Papst Franziskus an die Mitarbeiter der Kurie vom 21. Dezember 2017.

Ich habe sehr ausführlich Ende Oktober an die Glaubenskongregation (gibt es seit 1542) nach Rom geschrieben und am 31. Dezember 2017 an den Heiligen Vater bezüglich einiger Punkte wie Gleichwertigkeit von Religionen, Priestertum des Volkes Gottes und seine Auswirkung auf die Gläubigen, Vielfalt in der Einheit.

Einheit erfordert laut Bibel erst „Einssein" (Johannes 17,21), und Verschiedenheit bedeutet für mich „uneins". Mehr will ich nicht schreiben, bin aber für den Artikel sehr dankbar. Es gibt ja noch ein Buch von Heiner Geißler: „Was würde Luther heute sagen?"

Peter Teschner, Koblenz

Jesus in Europa

Zu: Zugemauerte Adventsfreude (Nr. 48) und: Hinter Beton verkriechen (Nr. 48)

Es ist schon erstaunlich, zu welchen absurden Aktionen die scheinbar Regierenden in diesem Land noch in der Lage sind: Die Grenzen stehen offen wie Scheunentore und jedes noch so finstere Geschöpf dieser Erde wird vorbehaltlos mit einem satten „Willkommen" begrüßt. Und zuletzt kam zur Adventszeit dann dieser Aufwand hinzu, um Weihnachtsmärkte mit Beton, Polizisten und Maschinenpistolen wie Schützengräben abzusichern.

Da fällt mir nur ein Zitat von einem besorgten Soldaten im „Großen Weltkrieg" vor fast genau 100 Jahren ein. Er schrieb damals: „Vielleicht sollte der Gottessohn noch einmal geboren werden, diesmal in Europa."

Warum nicht in Deutschland, könnte man dieses Zitat ergänzen.

Manfred Kristen, Freital

Unsere Dauergäste

Zu: Wohlstandsexport statt Menschenimport? (Nr. 2)

Mittlerweile muss ja auch die EU einräumen, dass die öffentliche Darstellung, die Mehrzahl der nach Europa einströmenden Immigranten seien Flüchtlinge, eine Lüge war. Die meisten illegal „Eingereisten" haben keinen Asylanspruch. Ihre Abschiebung ist allerdings dank unserer liberalen Gesetzgebung schwierig. Was uns am Ende nur bleibt, ist, diesen ungebetenen „Gästen" das Leben in unserem Lande unattraktiver zu machen.

Solange wir aber diesen Zuwanderern den Aufenthalt weiter so großzügig alimentieren, werden wir in Deutschland auch weiter eines der ersehntesten Einwanderungsländer bleiben. Dabei klappt es auch nicht mit der Sprachintegration, wie die enorme Anzahl der Versager bei den Sprachtests am Ende der Deutschkurse deutlich macht.

Deutschland schafft sich so allmählich ab, und Thilo Sarrazin hat das wohl schon lange vorausgesehen.

Claus Hörrmann, Neustadt



Markiert den Beginn der Kirchenspaltung: Mit Luthers Thesenanschlag von 1517 – hier in einem Gemälde des belgischen Malers Ferdinand Pauwels von 1872 – driftete der christliche Glauben auseinander

Bild: Wartburg

Eine unsittliche Einladung, zu uns zu kommen

Zu: Bundesregierung schummelt bei Asylzahlen (Nr. 2) und: Einladung zum Betrug (Nr. 2)

Es erfüllt mich immer wieder mit Freude, wenn ich die *Preußische Allgemeine Zeitung* lese, da sie noch nicht durch die politische Korrektheit verdorben ist.

Es ist doch erstaunlich, dass diese Regierung Gesetze zum „Wohle unseres Landes" ignoriert, die Wähler ständig belügt, und kein Präsident, kein Bischof oder keine öffentliche Persönlichkeit protestieren und das Übel beim Namen nennen. Sind die Bilderberger, Illuminaten oder Globalisten die Drahtzieher?

Für wen wird unser Land kaputt gemacht? Für die illegalen moslemischen Einwanderer, Wirtschaftsflüchtlinge und Scheinasylanten? Warum wehrt sich dieses nicht gefragte Land eigentlich noch immer nicht? Und warum werden Syrer aufgefordert hier zu bleiben, zu unseren finanziellen Lasten, statt dass sie ihr Land wieder aufbauen?

Es ist unsittlich von der Regierung, wenn sie Ärzte auffordert, zu uns zu kommen, um bei uns zu bleiben, wenn sie in ihrem Land dringender gebraucht werden. Können minderjährige Kinder nicht zu ihren Eltern mit dem nächsten Flugzeug zurückgeschickt werden und, warum muss dann der ganze Clan zu uns kommen? Müssen wir die US-Politik unterstützen? Es steckt doch System dahinter, wenn abgelehnte Asylbetrüger einfach hier bleiben können, bis sie nach einigen Jahren dann „Deutsche" sind und wir immer weiter alles zahlen, obwohl Deutschland das ärmste EU-Land ist. Wer will uns zerstören?

Die politischen Regierungsmedien wie ARD und ZDF berichten, überfüttert durch Zwangsgebühren, sowieso nur getürkte Lappalien, streuen uns „Sand in die Augen", und wir müssen uns das gefallen lassen.

Winfried Veldung, Schwartau

GroKolores

Zu: Demokratie wagen (Nr. 48)

Was würde sich bei einer erneuten „Groko" ändern? Nichts Entscheidendes. Es werden nur wieder alte, ausgetretene Pfade betreten. Bundeskanzlerin Angela Merkel will doch überhaupt nicht neue Pfade betreten. Die SPD spricht nur von Verantwortungsbewusstsein.

Sie will es nicht noch einmal zulassen, dass die CDU/CSU Vereinbarungen nicht einhält. Warum hat sie es nicht bereits in der Vergangenheit „knallen" lassen? Ein ähnliches Verhalten wie von der CSU: erst trommeln, dann doch kuschen. Eine Minderheitsregierung ist eine gute Alternative. Eine weitere sind Neuwahlen.

Die Ablehnung von Neuwahlen mit der Begründung, dass sich anschließend nichts ändern wird, ist an Überheblichkeit nicht zu überbieten. Spielt da nicht eher die Angst mit, dass einige Parteien noch mehr Verluste einfahren könnten?

Heinz-Peter Kröske, Hameln

Leserbriefe an: *PAZ*-Leserforum, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Menschenleerer Naturzauber

Einmal quer durch Kanada mit dem Auto – Eine Fahrt auf dem Transcanada-Highway kann so manche Überraschung bieten

Manche Gelegenheiten darf man sich nicht entgehen lassen. Eine kanadische Freundin fragte, ob ich ihr beim Umzug helfen könne. In Deutschland bedeutet solch ein Freundschaftsdienst vielleicht einen geopferten Sonntag. In Kanada, dem zweitgrößten Staat der Erde, mitunter etwas mehr.



Unendliche Weiten: Der verkehrsarme Transcanada-Highway in Ontario Bild: Michels

Im konkreten Fall hieß das: Eine Autofahrt quer durch das Land von der Atlantik- bis zur Pazifikküste. 5300 Kilometer auf dem Transcanada Highway eingeklemmt zwischen Umzugskartons, Blumentöpfen und einem dösenden Hund auf der Rückbank. Eine Belastung von Mensch und Material. Begeistert sagte ich sofort zu.

Los ging es von dem Atlantikhafen Saint John. Unsere Abfahrt hatten wir auf einen Morgen in der kalten Jahreszeit gelegt. Die Vorsichtsmaßnahme zahlte sich aus. Selbst in den dicht besiedeldsten Gebieten bleibt das Verkehrsaufkommen deutlich unter dem deutschen Niveau. Über weite Strecken beschränkt sich der sichtbare Verkehr auf einige wenige Autos. Stressmomente hinter dem Steuer – praktisch null.

Quebec, unsere erste Zwischenstation, genießt zu Recht den Ruf als die europäischste aller kanadischen Städte. Nirgends ist der Charme der Kolonialzeit noch so präsent. Umwehrt von einer beeindruckenden Stadtmauer thront die Altstadt majestätisch auf einem Felsrücken über dem Sankt-Lorenz-Strom. Von der luftigen Promenade eröffnet sich ein weiter Blick auf den Unterlauf. Ein eher seltener Luxus, denn Kanada erweist sich bis auf die Rocky Mountains als ein überraschend flaches Land.

In der Provinz Quebec dominiert das Französische. Es war zu spüren, dass der Aufenthalt sich deswegen auch für meine anglokanadische Begleiterin ein wenig wie ein Besuch im Ausland anfühlte. Zu offen werden derartige Gefühle aber nicht ausgedrückt. Dazu hat Kanada zu viel Kraft und Mühe aufgewendet, um das einstmals feindselige Verhältnis zwischen den beiden Sprachgruppen zu entspannen.

Ein Ausdruck dieser Politik ist auch Ottawa, das wegen seiner Lage an der Sprachgrenze zur Hauptstadt erhoben wurde. Das Parlamentsviertel bietet aufgrund seines recht gelungenen neogotischen Stils viele Fotomotive. Das Parlament selbst hat in den letzten Jahrzehnten zahllose Lobeshymnen auf den Multikulturalismus erlebt, der bereits 1971 zur offiziellen Staatsideologie erhoben wurde. Nur wenige Blocks weiter, erschreckend nahe am Macht- und Repräsentationszentrum des Landes, erlebt man jedoch auch die Kehrseite der Medaille. Aus der einstigen Altstadt ist ein verwahrlostes Quartier einer Mischbevölkerung aus Asien und Afrika geworden, das nicht zum Verweilen einlädt.

Westlich von Ottawa dünnt sich die Besiedlung schnell aus, und irgendwann geht der großzügige Highway in eine einspurige Fernstraße über. Bis zur nächsten Großstadt, Winnipeg, geht es 2500 Kilometer durch eine menschenleere Wald- und Seenlandschaft – bei einer zulässigen Höchstgeschwindigkeit von 90 Stundenkilometern. Die Gegenfahrbahn ist nur durch einen weißen Strich abgetrennt, was angesichts der Vielzahl schwerer Lkw auf der Straße ein zweifelhaftes Vergnügen darstellt. Immerhin werden Überholvorgänge durch zweispurige Zwischenabschnitte erleichtert.

In Cochrane fühlt man sich wie am Ende der Welt. Im Winter streifen in der Gegend Polarbären umher. Das Motel macht sich nicht die Mühe, den Internetzugang zu verschlüsseln. Warum auch, es gibt weit und breit niemanden, der unbefugt darauf zugreifen könnte. Nachts donnern die Gigaliner wie Geisterschiffe die Fernstraße herunter. In Kenora zeigt sich die ostontarische Seenplatte von ihrer schönsten Seite. Der beschauliche Ort liegt in einer Bilderbuchlage inmitten glitzernder Seen und bewaldeter Inseln. Wie überall in Kanada stehen viele Häuser in einer Seelage, die sich hierzulande nur Superreiche leisten können.

Kurz danach vollzieht die Landschaft einen radikalen Wandel. Wir erreichen Manitoba, die erste der drei Prärieprovinzen. Hier umwölkten noch vor wenigen Wochen Rauchschwaden von Steppenbränden den Himmel. Die Provinzhauptstädte Winnipeg und Regina (Saskatchewan) bieten im Zentrum wenig mehr als seelenlose Hochhausarchitektur.

Interessanter sind die Zwischenaufenthalte auf dem Land. Der Besuch eines Freilichtmuseums in Portage la Prairie erweist sich als lehrreicher Einblick in die europäische Besiedlungsgeschichte. Trapperhütten, Farmhäuser und Krämerläden legen Zeugnis ab vom arbeits- und entbehrungsreichen Leben der Siedler und Pioniere. Von Privilegien der Weißen findet sich hier keine Spur. In Swift Current, einem Ort mit einer großen hutterischen Gemeinde, ergibt sich unvermittelt ein Gespräch mit einem älteren österreichischen Einwanderer. Auf die Frage, was ich von Merkels Willkommenspolitik halte, rede ich Klartext. Sein Gesicht hellt sich auf, er nickt. Kein Einzelfall. Sogar in Kanada schütteln viele den Kopf über die Dame im Bundeskanzleramt.

Schließlich bauen sich die Rokkies vor uns auf. Selbst in den höchsten Lagen liegt kein Schnee. Dann kommt ein magischer Moment. Direkt an der Straße steht ein riesiger Hirsch. So unbeweglich, dass ich ihn für eine Plastikfigur halte. Beim Vorbeifahren erkenne ich meinen Fehler, wende meinen Kopf, und für einen Augenblick treffen sich unsere Blicke direkt – kanadischer Naturzauber.

In Vancouver erreichen wir den Pazifik. Die einmalige Lage am Kreuzungspunkt von Land, Meer und Himmel braucht den Vergleich mit Rio de Janeiro nicht zu scheuen. Die Stadt selbst ist völlig durchglobalisiert. Tonangebend sind mittlerweile die Asiaten, die ihren Reichtum ungeniert zur Schau stellen und die Einheimischen aus dem Wohnungsmarkt drängen.

Wir bleiben einen Tag und erreichen Victoria mit dem Spätbus. Wieder ereignet sich so ein typischer Kanada-Moment. Weil ich meine Haltestelle verpasst habe, bietet mir der Fahrer ungefragt an, mich alleine mit dem Bus zurückzufahren. Ich bin baff. Solidarität und Sozialkapital der kanadischen Gesellschaft sind trotz ihres Erodierens durch kultur- und normfremde Rekordeinwanderung immer noch erstaunlich hoch. Noch! *Stefan Michels*

Die ruhige Seite der Bastei

Ein Erlebnis der ganz entspannten Art – Winterwandern im Elbsandsteingebirge

So langsam kehrt mit der kalten Jahreszeit die Ruhe zurück in die malerische Landschaft des Elbsandsteingebirges. Fällt Schnee, entstehen märchenhafte Szenen, die sich ins Gedächtnis einprägen. Aber auch ohne die weiße Pracht ist die Region im Winter eine Reise wert. Beliebte Wanderwege wie den Malerweg und berühmte Aussichten wie die Bastei hat man nun oft ganz für sich allein. Und was gibt es Schöneres, als einen kalten, klaren Wintertag gemütlich am Kamin oder in der Sauna ausklingen zu lassen.

Als Reiseziel für Wanderer und Kletterer ist das Elbsandsteingebirge international bekannt. Von Mai bis Oktober zieht es Millionen Aktive in die wildromantischen Gründe und Schluchten sowie auf die Tafelberge und Felsen der grenzüberschreitenden Natur- und Kulturlandschaft mit den Nationalparks Sächsische Schweiz und Böhmische Schweiz. Doch ab November kehrt Ruhe ein. Umso intensiver ist das Landschaftserlebnis. Und genau mit diesem Pfund wirbt die Region jetzt um Naturgenießer und Winterwanderer.

„Der tiefe Frieden, den die schlafende Natur ausstrahlt, ist einfach wunderschön“, sagt Nicole Hesse vom Tourismusverband Sächsische Schweiz, „man ist im Winter auf den schönsten Wanderwegen und an den beliebtesten Aussichtspunkten manchmal ganz allein. Wandern wird so zum meditativen Erlebnis.“ Immer mehr Menschen entdecken die heilsame Kraft der winterlichen Stille, die neue Einfachheit, so die Tourismusmanagerin: „Nicht alle möchten sich im Winter in den Trubel der alpinen Skiregionen stürzen.“



Winterwunderland: Die verschneite Basteibrücke

Bild: Tourismusverband Sächsische Schweiz/Frank Exß

Das Interesse am Thema Winterwandern im Elbsandsteingebirge steigt stetig. Und Bürgermeister, Gastronomen und Touristiker bringen mit einem abgestimmten Konzept Leben in die Nebensaison. Sechs Vorreitergemeinden – die Kurorte Bad Schandau, Rathen und Bad Gottleuba-Berggießhübel sowie Pirna, Königstein und Schmilka – bieten in diesem Winter erstmals ein durchgängiges und thematisch aufeinander abgestimmtes touristisches Programm an. Ob Sport und körperliches Wohlbefinden, Ruhe und Entspannung, Kultur und Kulinarik, Lokalgeschichte und Kreativität: Jeder Ort setzt eigene Schwerpunkte.

Neben den sechs Wintertraumorten halten weitere Städte und Dörfer spezielle Wintererlebnisse bereit. So ergibt sich ein breites Spektrum von Bierbade-, Theater- und Matschwettertagen bis zu Krimidinners, Musiknächten und Schmuck-Workshops.

In den gerade herrschenden närrischen Tagen findet von Schmilka bis Stadt Wehlen eine der ältesten närrischen Traditionen des oberen Elbtals statt: die Schifferfastnacht, bei der zahlreiche Festumzüge stattfinden. Der Februar kommt ganz verspielt daher und macht die Bühne frei für die Kamelienblütenschau im Landschloss Zuschendorf.

Im Zentrum steht jedoch immer das Naturerlebnis beim Winterwandern. Mehrere Tausend Kilometer gut ausgeschilderte Wanderwege durchziehen die Felsenwelt beiderseits der deutsch-tschechischen Grenze. Und praktisch alle Pfade sind – entsprechende Witterung vorausgesetzt – auch im Winter zum Wandern geeignet. Schneesicherheit gibt es nicht. Dazu sind die Berge der Region nicht hoch genug. Doch fällt Schnee auf die majestätischen Tafelberge und Felsnadeln der zerklüfteten Erosionslandschaft, ergeben sich unvergessliche Eindrücke. *Andreas Guballa*

Unter Telefon (03501) 470147 kann man die Infobroschüre „Die Sächsische Schweiz im Winter 2017/2018“ kostenfrei bestellen-werden. Infos im Internet unter: www.saechsische-schweiz.de/wintertraum

Wie Balsam

Ein winterlicher Strandurlaub auf Borkum

Leer. Ruhig. Kalt. Und unglaublich schön. So sieht es auf den ostfriesischen Nordseeinseln aus, wenn die Sommergäste zu Hause sind. Speziell auf Borkum kann man im Winter herrliche Strandtage verbringen. Auf dem 36 Quadratkilometer großen Eiland wird der Gast dann zum Friesen.

Im Winter spürt man den eigenen Charme der Nordseeinsel, fernab von Hektik, Stress und Lärm. Die raue Natur und die herzliche Gastfreundschaft der Ostfriesen sorgen für unvergessliche Winterferien am Watt. Wer Glück hat, erlebt auch Schneefälle auf Borkum.

Warm eingepackt sind lange Spaziergänge in reiner, klarer Luft entlang der rauschenden Brandung ein Vergnügen. Sogar Mediziner empfehlen Menschen mit Atemwegserkrankungen den Inselbesuch in der kalten Jahreszeit und loben die saubere Luft. Der Kaltreiz aktiviere die Abwehrkräfte und bringe so das Immunsystem auf Trab. Aufgrund des Meeres herrscht auf der Insel ein Klima mit einer besonders pollenarmen und jodhaltigen Luft.

Aber auch für alle anderen wirkt der Aufenthalt in dieser frischen Luft wie Balsam. Die leeren Strände laden zu ausgedehnten Spaziergängen am Watt ein. Und die tiefstehende Sonne sorgt für eine besondere Atmosphäre. Wer Borkum im Winter besucht, kann die Dünen-Wildnis und die Tier- und Pflanzenwelt fast allein genießen. Tiere, die hier überwintern wie Ringelgänse oder Pfeifenten, lassen sich gut beobachten. In den Dünentälern des Ostlandes haben sich Kleinbiotope entwickelt, in denen im Winter eine artenreiche Flora zu finden ist.

Solche Ausflüge beendet man am besten mit einer Tasse Ostfriesentee mit Kluntje oder Punsch. Im Winter werden auf der Nordseeinsel zahlreiche Wellnessanwendungen angeboten. Besonders beliebt ist ein Aufenthalt in der Badelandschaft „Gezeitenland – Wasser und Wellness“. Hier findet man Wellness-, Sauna- und Erlebnisattraktionen unter einem Dach.

In Cafés und Restaurants finden sich rasch freie Plätze, und die in der Hochsaison enge Fußgängerzone lädt in den ruhigen Monaten zum Bummeln ein. Zugegeben, einige Öffnungszeiten, beispielsweise die des Museums, verkürzen sich und es gibt weniger Veranstaltungen als im Sommer. Das Watt sowie die Ruhe- und Erholungsmöglichkeiten entschädigen dafür jedoch bei Weitem. *A.G.*

Anreise mit der Bahn bis Emden Außenhafen. Von dort Fährtransfer mit den Schiffen der Reederei AG Ems. Informationen im Internet unter: www.borkum.de

Billiglöhner sollen Internet sauber halten

Weit verbreitet ist die Annahme, dass Polizei und Geheimdienste Hauptakteure sind, wenn es darum geht, verstörende Inhalte, Bilder und Videos, die im Internet kursieren, ausfindig zu machen und zu löschen. Doch deren Arbeit allein hätte nur die Wirkung eines Tropfens auf dem heißen Stein, erklärt der Theaterregisseur Moritz Riesewieck in seinem packenden Buch „Digitale Drecksarbeit. Wie uns Facebook & Co. von dem Bösen erlösen“. Behörden verfügen gar nicht über das Personal und die Mittel, um in diesem täglichen Kampf nennenswerte Erfolge zu erzielen. Viel zu groß ist die Menge an Fotos und Videos, die im Internet täglich hochgeladen und angesehen werden. Im Auftrag der sozialen Netzwerke sind daher weltweit Zehntausende sogenannter Content Moderators (Redakteure) rund um die Uhr im Einsatz, um scheußliche Bilder und Videos, Dokumente von Gewalt, Pornografie und Kinderpornografie, zu löschen, damit die Nutzer dieser Kanäle davon verschont bleiben. Bisher konnte noch keine Computer-Software auf diese Aufgabe getrimmt werden. Doch daran wird mit Hochdruck gearbeitet.

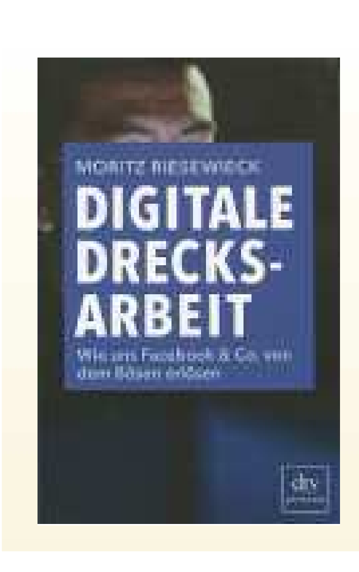
Der Autor hatte in Erfahrung gebracht, dass die meisten Müllarbeiter des Internets als Billiglöhner auf den Philippinen arbeiten. Im Auftrag von digitalen Mega-Konzernen müssen sie als Beschäftigte von Subunternehmen acht bis zehn Stunden täglich eine enorme Bilderflut nach Abnormitäten durchforsten. Dabei bekommen sie unvorstellbare Gräueltaten zu Gesicht, Folterungen des IS und andere unvorstellbare Bestialitäten.

Wie die jungen Männer und Frauen persönlich mit der Belastung durch ihren Job umgehen und nach welchen Kriterien sie im Zweifelsfall vorgehen, erfuhr der Autor auf seiner Recherchereise in Manila von einigen dieser jungen Frauen und Männer, die es wagten, sich mit ihm zu treffen. Denn von ihnen wird absolute Verschwiegenheit über alles, was ihre Arbeit betrifft, erwartet. Das sei auch nicht verwunderlich, meint der Autor. Kein Internet-Konzern lasse sich in die Karten blicken. Riesewieck bezweifelt, dass die Aufträge zur Sichtung und Löschung von Bildmaterial immer und ausschließlich der Säuberung der sozialen Netzwerke nach „allgemeinen Standards“ dienen. Schließlich verfolgen diese mächtigen Netzwerke ureigene, vielleicht auch politische Interessen. Facebook & Co. leben von ihren Werbekunden, und diese wollen möglichst genau herausfinden, „wie die Menschen ticken, die sie für ihre Produkte erreichen wollen“. Daher sei es durchaus erwünscht, dass die Mitglieder der sozialen Netzwerke sich hinreißen lassen, immer Intimeres mitzuteilen.

Was steckt dahinter, dass die digitale Drecksarbeit überwiegend auf die Philippinen ausgelagert wird und nicht etwa nach Indien? Riesewiecks Überlegungen zur hochbrisanten Thematik bewegen sich auch auf religionsphilosophischem Terrain. Für ihn besteht kein Zweifel daran, dass es die Einstellung der überwiegend sehr religiösen Philippiner ist, die sie für den extrem belastenden Job qualifiziert: ihr unbedingter Glaube und eine hohe Arbeitsmoral.

Das Internet denkt er sich als Chaos, darin Facebook & Co. als eingehegte Gärten, wo sich Nutzer ohne Risiko bewegen können – dank der tapferen Müllarbeiter, die als Gärtner fungieren. Sie machen die Schreckensbilder der Menschheit im weltweiten Netz ausfindig, um sie zum Wohle aller zu eliminieren. Das Bewusstsein, die Sünden anderer mitzutragen, so wie Jesus die Sünder durch die Übernahme ihrer Schuld gerettet hat, sei verbreitet unter den tapferen Müllbeseitiger und helfe ihnen, stabil zu bleiben, erklärt der Autor. Die Herrscher von Facebook & Co. haben sich diese moralische Stärke zunutze gemacht.

Dagmar Jestrzemski



***Moritz Riesewieck: „Digitale Drecksarbeit. Wie uns Facebook und Co. von dem Bösen erlösen“,** dtv Verlag, München 2017, Klappenbroschur, 304 Seiten, 16,90 Euro*

Europas Küsten entdecken

Traumrouten entlang der schönsten Küsten Europas verspricht der neue Wohnmobil-Führer aus dem Bruckmann Verlag. Wer jetzt schon seinen nächsten Urlaub plant, kann sich auf eine abwechslungsreiche Tour vorbereiten, bei der es neben Meer und Stränden beeindruckende Naturschönheiten und natürlich auch jede Menge Kultur zu entdecken gibt.

Das Buch ist grob in Regionen eingeteilt, beginnend im Norden bis nach Süd- und Osteuropa. Am Ende eines jeden Kapitels, dasstets mit aussagekräftigen Fotos versehen ist, gibt es praktische Tipps zur Routenführung mit Kartenausschnitt und Übernachtungsadressen. Von besonderem Informationswert sind die beschriebenen „exotischen“ Routen in Island und dem als Reiseziel weniger bekannten Montenegro.

Auch wer keine Reise mit dem Wohnmobil plant, wird in dem Buch viele Anregungen für Reisen mit dem Pkw finden. Wegen der Vielzahl faszinierender und teils großflächiger Farbaufnahmen bietet das Buch auch Liebhabern von Bildbänden Freude.

Bei den Autoren handelt es sich um erfahrene Reisejournalisten, Reiseleiter für Wander-, Kultur- und Trekkingtouren, Wohnmobilfahrer und Fotografen. Das merkt man sowohl Text- als auch Bildmaterial an. *MRK*

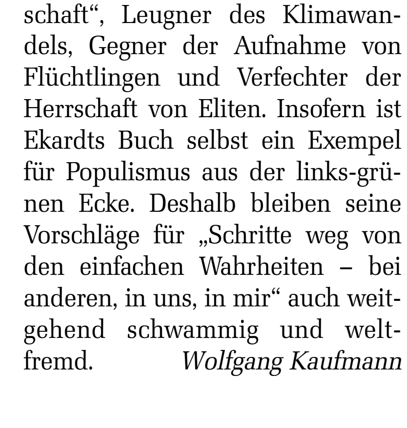


***Torsten Berning/Thomas Cernak/Claus Keidel/Rainer Kröll/Petra Lupp/Michael Moll/Hans Zaglitsch: „Wohnmobil-Highlights. Küstenstraßen Europas. Traumrouten zwischen Skandinavien und Italien“,** Bruckmann Verlag, München 2017, gebunden, 160 Seiten, 30 Euro*

Schwammig und weltfremd

Ein Gespenst geht um in Europa und Nordamerika: das Gespenst des Populismus mit seinen primitiven Aussagen und Lösungsformeln. So lautet die Botschaft des Buches „Kurzschluss. Wie einfache Wahrheiten die Demokratie untergraben“. Es stammt aus der Feder von Felix Ekardt, momentan Leiter der Forschungsstelle Nachhaltigkeit und Klimapolitik in Leipzig sowie Professor für öffentliches Recht und Rechtsphilosophie an der Universität Rostock.

Dabei – das suggeriert der „Nachhaltigkeitsforscher“ und Jurist über weite Strecken – finde sich die Neigung zu einer ebenso verzerrten wie simplen Weltsicht vor allem bei politisch rechtsorientierten Personen. Diese seien Feinde der „offenen Gesellschaft“, Leugner des Klimawandels, Gegner der Aufnahme von Flüchtlingen und Verfechter der Herrschaft von Eliten. Insofern ist Ekardts Buch selbst ein Exempel für Populismus aus der links-grünen Ecke. Deshalb bleiben seine Vorschläge für „Schritte weg von den einfachen Wahrheiten – bei anderen, in uns, in mir“ auch weitgehend schwammig und weltfremd. *Wolfgang Kaufmann*





***Felix Ekardt: „Kurzschluss. Wie einfache Wahrheiten die Demokratie untergraben“,** Ch. Links Verlag, Berlin 2017, broschiert, 188 Seiten, 18 Euro*

»Wählerroman« mit erhobenem Zeigefinger

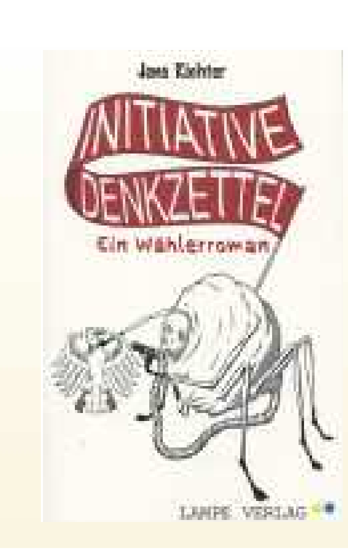
Der Roman „Initiative Denkzettel“ von Jens Richter entpuppt sich schnell als „Krimi“, der es in sich hat an Brutalitäten und Intrigen. Er ist extrem spannend und hat einen unerwarteten Ausgang. Soviel kann gesagt werden: Es ist ein politischer „Krimi“, der das Konzept der „Desinformation“ brillant und zauberhaft bedient. Das Motto lautet: „Die Politik wird Deutschland kaputt machen, wenn der Wähler nicht endlich eine wirkliche demokratische Alternative geboten bekommt.“

Zu diesem Zweck wird von Sachsen ausgehend die dubiose und ominöse „Initiative Denkzettel“ von einem sehr reichen Unternehmer gegründet, der sich in die neutrale Schweiz absetzt und alles so inszeniert, um selbst Finanzminister zu werden. Sein Ziel ist, Deutschlands Schuldenlast von etwa zwei Billionen Euro abzubauen, um es über die Jahrzehnte zur „Nummer 1 auf der Welt“ zu machen.

Er bildet ein qualifiziertes Team, das mit allen Wassern gewaschen und fest mit der Politik vernetzt ist, und auch vor Geheimdiensteinsätzen und Morden nicht zurückschreckt. Da fallen Parolen wie: „Nieder mit der deutschen Arroganz! Nieder mit der deutschen Flüchtlingsbürokratie! Nieder mit der deutschen Kleingeistigkeit! Nieder mit der beruflichen Ausgrenzung meiner Glaubensbrüder!“ Oder: „Ohne medizinisch gut ausgebildete syrische, afghanische und irakische Flüchtlinge ist die ärztliche Versorgung in Deutschland dramatisch unterbesetzt.“ Oder: „Was die Deutschen brauchen, ist Orientierung und moralischer Halt. Sie brauchen ein neues Weltbild, dem sie sich anvertrauen können. Dieses Leitbild ist der Koran.“ Oder: „Wer die PPF wählt, wählt ein offenes Deutschland mit freundlichem Gesicht.“ Die „Initiative Deutschland“ hat nicht nur zwei, sondern etliche konträre Gesichter. Ihr Ziel bleibt undurchsichtig.

Was dem Wählerkrimi eine interessante Würze gibt, ist, dass er zugleich „Lehrbuch“ für Geschichte ist. Es beginnt mit 814, dem Tod von Karl dem Großen. Doch war Otto I. 936 der „Vater des Nationalstaatsgedankens“, der Europa vor vielen Kriegen hätte bewahren können, wenn er nach seinem Sieg den Weltblick gehabt hätte, „das chronisch neidische, deutschfeindliche und stichelnde Frankreich einfach von der Landkarte zu radieren“? Ob man zum Ersten Weltkrieg 1914 sagen kann „Dumm. Dümmer. Deutschland“, ist fragwürdig. Unstrittig sind dagegen die Sätze eines Ministers: „Die Bevölkerung muss vor zu vielen Informationen geschützt werden. Die meisten da draußen sind doch viel zu einfältig, um mit der Wahrheit umgehen zu können. Gezielte Desinformation ist die hohe Schule der Politik und Wählerführung.“ Diese „hohe Schule“ beherrscht der Autor.

Nach dem Epilog spricht er seine „lieben Leser“ persönlich an, erklärt, dass er seine „Gedanken als Mahnung“ niedergeschrieben habe, „radikale Parteien“ nicht durch „eine zu niedrige Wahlbeteiligung“ zu stark werden zu lassen. Man solle es unterlassen, „SPD und CDU einen Denkzettel zu verpassen“ oder zumindest „liberal oder grün“ zu wählen. *Wolfgang Thüne*



***Jens Richter: „Initiative Denkzettel. Ein Wählerroman“,** Lampe Verlag, Leipzig 2017, broschiert, 328 Seiten, 10 Euro*

Wettlauf zwischen Ost und West um den prestigeträchtigsten Tierpark

Als Tragikomödie bezeichnet Wilperts Literaturlexikon ein „Drama als Verbindung von Tragik und Komik zur wechselseitigen Erhellung“. Solche Dramen gab es gerade in Berlin in den Jahren der Teilung übergenug, und der Journalist Jan Monhaupt erzählt hier eine Geschichte, nämlich die der Zoologischen Gärten in Ost und West, bei der man nicht weiß, ob man weinen oder lachen soll.

Zwangsläufig entstanden nach der Teilung der Stadt hüben wie drüben für das alltägliche Leben annähernd gleiche Strukturen. Vieles doppelte sich – Rathäuser, Polizeidirektionen, Schulverwaltungen, Verkehrsbetriebe. Seinen traditionsreichen, schon 1844 gegründeten Zoo hatte Berlin im westlichen Bezirk Charlottenburg, am Rande des Tiergartens. Die geradezu tierverrückten Berliner pilgerten im zerstörten Nachkriegs-Berlin in Scharen dorthin und freuten sich über jedes Tier, das nach der totalen Zerstörung 1945 wieder hinzukam – das Nilpferd „Knautschke“ wurde prominenter als viele Politiker.

Die SED-Verantwortlichen wurmte das, und so entstand die Idee, auch in Ost-Berlin einen Tierpark anzulegen. Und weil das Projekt rasch zu einem Prestigeprojekt wurde, kam das kostenintensive Vorhaben Mitte der 1950er Jahre in Gang. Als Ort wurde ein großes Gelände um das Schloss Friedrichsfelde gewählt, Zoodirektor wurde der bis dato am berühmten Zoo in Leipzig arbeitende Heinrich Dathe. Er leitete den Tierpark bis 1990 und baute ihn zu einem der größten Tierparks in Europa aus. In Ost und West genoss er gleichermaßen einen geradezu legendären Ruf.

Im Westen war fast gleichzeitig, nach einer miesen Intrige gegen die Zoodirektorin Katharina Heinroth, der erst 30-jährige Heinz Georg Klös berufen worden. Monhaupts Buch ist auch eine Geschichte der Rivalität zwischen diesen beiden tüchtigen, vom Temperament her ganz unterschiedlichen Männern: Hier der etwas trockene, aber trickreiche Manager Klös, dort der joviale, jede Woche im Fernsehen plaudernde Dathe, der schon bald der „Grzimek des Ostens“ genannt wurde.

Monhaupt hat viele Jahre für eine Berliner Zeitung über die zoologischen Gärten geschrieben, kann also mit einer Fülle an Informationen die Geschichte beider Zoos erzählen. Wächst im Osten das seinerzeit europaweit bestaunte Alfred-Brehm-Raubkatzenhaus – just zu Ulbrichts 70. Geburtstag eröffnet – empor, folgen im Westen bald ein Reptilienhaus, ein Vogelhaus und das legendäre Aquarium. Bekommt Dathe eine seltene Tierart, oft gespendet von volkseigenen Kombinaten (VEB) oder von der Stasi, gelingt Klös durch Drängen bei Bundeskanzler Helmut Schmidt, dessen Gastgeschenk aus Peking, das berühmte Pandabärchenpaar Bao Bao und Chi Chi nach West-Berlin zu holen.

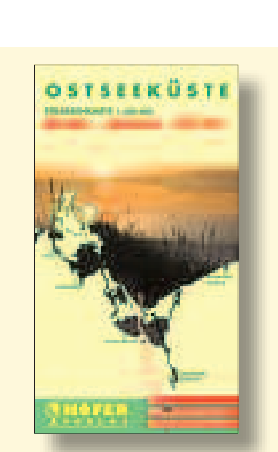
Der Autor übergeht auch düstere Geschichten nicht: Ein Ost-Berliner Tierpfleger benutzt für seine Flucht in den Westen eine Kiste, in der ein Elch transportiert wird, was er glücklich, aber total erschöpft übersteht. Später scheitern mehrere Versuche der Stasi, ihn zu entführen und in die DDR zurückzubringen.

Nach der „Wende“ wurde rasch alles anders. Brauchen wir zwei Zoos? war die Frage. Es kam zu beschämenden Szenen. Dathe wurde Ende 1990 gleichsam hinausgeworfen. Wohl aus Gram, seinen Tierpark verlassen zu müssen, starb er im Januar 1991, kurz nach seinem 80. Geburtstag. Auf der Gegenseite hat ihn Klös um 23 Jahre überlebt.

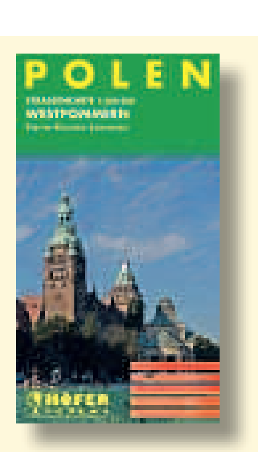
Monhaupt erzählt eine wahrhaft tragikomische Geschichte aus der deutschen Teilung. Amüsant, vereinzelt etwas zu phantasiereich, erläutert er die Geschichte beider Zoos in Berlin, die übrigens heute „unter einem Dach“ fungieren. Er lässt auch die dunklen Kapitel nicht aus, die sich aus der politischen Rivalität ergaben. Besonders aber schildert er mit großer Wärme neben Dathe auch andere aus dem Osten stammende Tierpfleger und Direktoren. Das ist eine schöne Erfahrung, die man aus diesem Buch mitnimmt, dass über politische Grenzen hinweg viele persönliche Beziehungen weiter bestanden und die Zusammenarbeit nie abriss. Tiere, könnte man sagen, haben ihre eigenen Gesetze und halten sich nicht an politische Grenzen. *Dirk Klose*



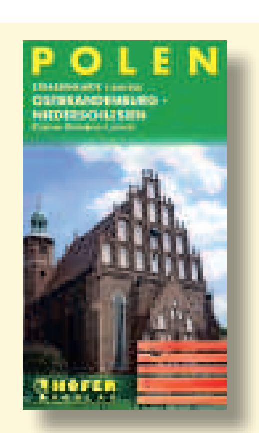
***Jan Monhaupt: „Der Zoo der anderen. Als die Stasi ihr Herz für Brillenbären entdeckte & Helmut Schmidt mit Pandas nachrüstete“,** Carl Hanser Verlag, München 2017, gebunden, 300 Seiten, 20 Euro*



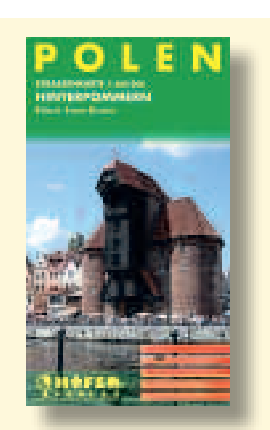
Ostseeküste
Rügen – Usedom – Stettin
2-sprachig deutsch-polnisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5565 DE025 12,90 €



Westpommern
Stettin – Kolberg – Landsberg
2-sprachig deutsch-polnisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5533 PL001 12,90 €



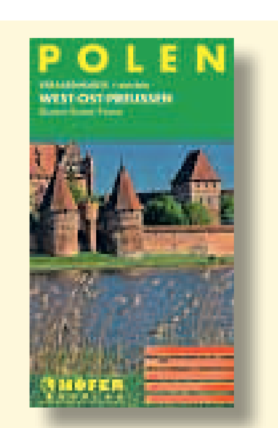
Ostbrandenburg-Niederschlesien
Küstrin – Grünberg – Liegnitz
2-sprachig deutsch-polnisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5541 PL002 12,90 €



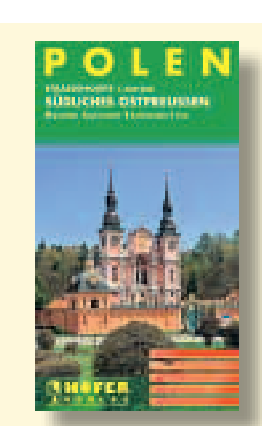
Hinterpommern
Köslin – Stolp – Danzig
2-sprachig deutsch-polnisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5535 PL003 12,90 €



Südliches Pommern Netzebruch
Schneidemühl – Bromberg – Thorn
2-sprachig deutsch-polnisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5560 PL004 12,90 €



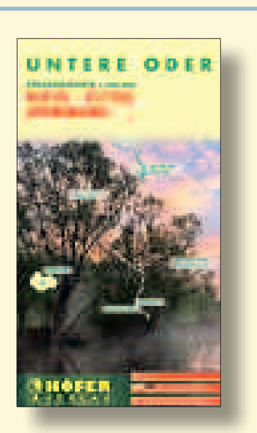
Westpreußen – Ostpreußen
Danzig – Elbing – Thorn
2-sprachig deutsch-polnisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5559 PL011 12,90 €



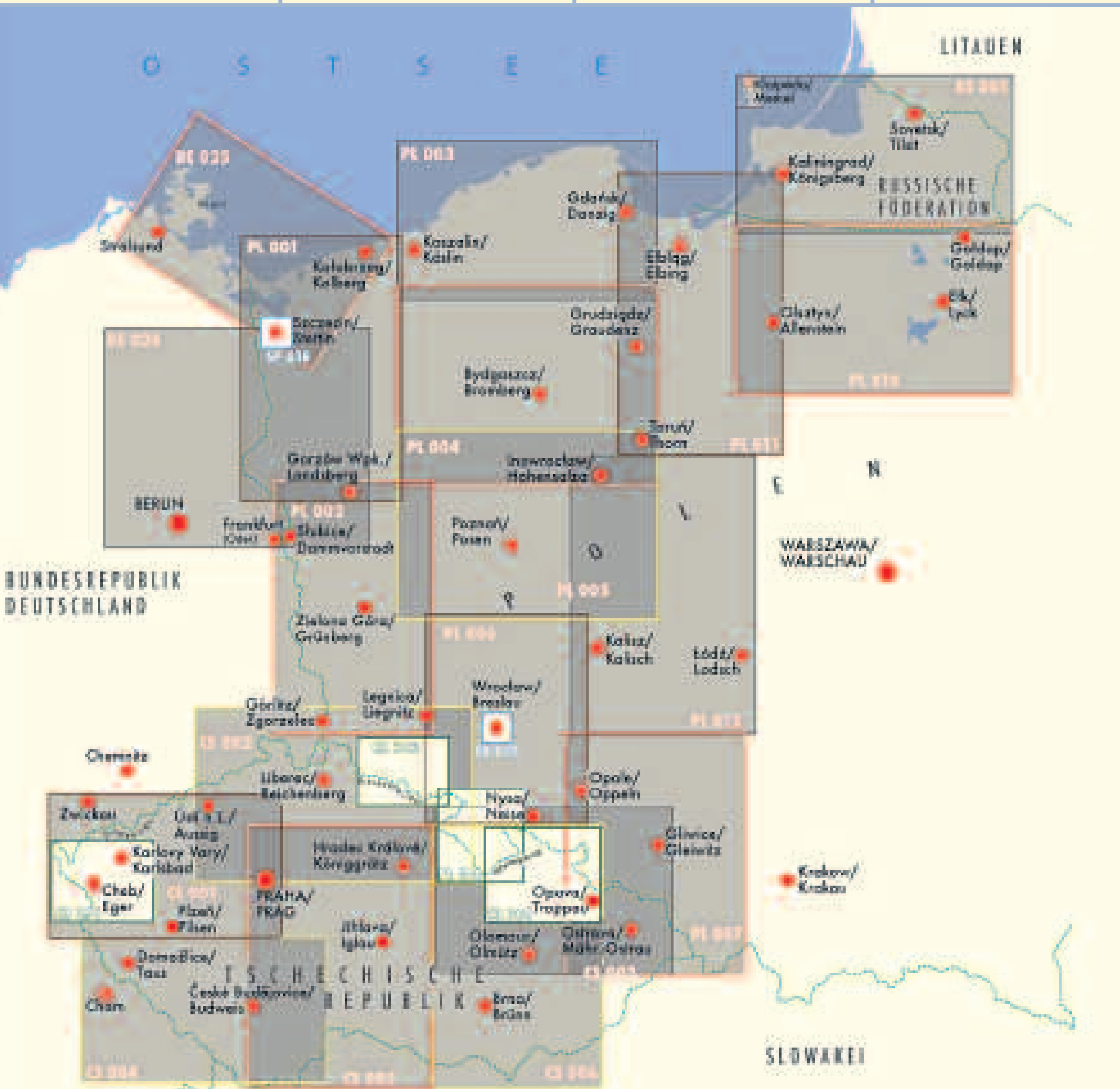
Südliches Ostpreußen
Masuren – Rastenburg – Lyck
2-sprachig deutsch-polnisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5543 PL010 12,90 €



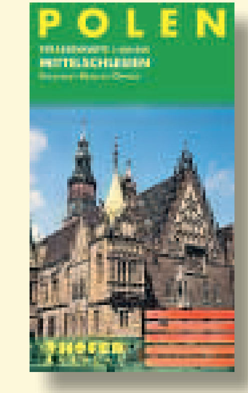
Nördliches Ostpreußen
Memelland – Königsberg – Tilsit
2-sprachig deutsch-russisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5542 RS001 12,90 €



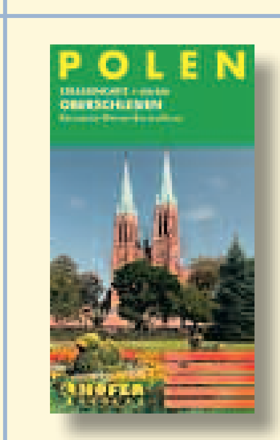
Untere Oder
Berlin – Stettin – Uckermark
2-sprachig deutsch-polnisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5571 DE026 12,90 €



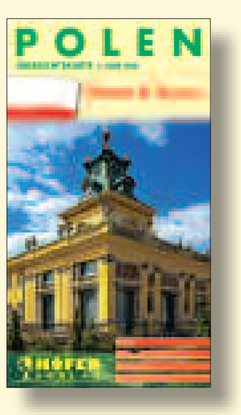
Wartheland
Posen – Gnesen
2-sprachig deutsch-polnisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5544 PL005 12,90 €



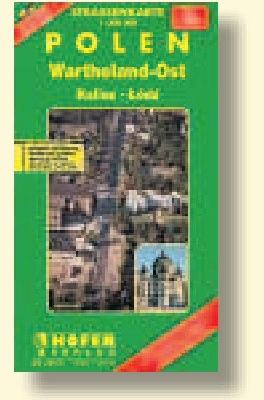
Mittelschlesien
Fraustadt – Breslau – Oppeln
2-sprachig deutsch-polnisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5539 PL006 12,90 €



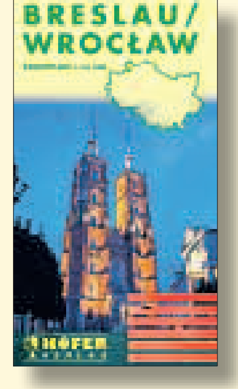
Oberschlesien
Kreuzberg – Oppeln – Bielsko Biala
2-sprachig deutsch-polnisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5554 PL007 12,90 €



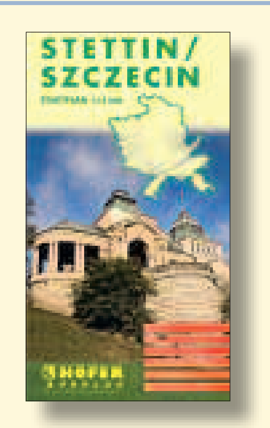
Polen Planen & Touren
Übersichtskarte Polen
2-sprachig deutsch-polnisch
Maßstab 1: 1.000.000
Nr. P 5399 PL777 12,90 €



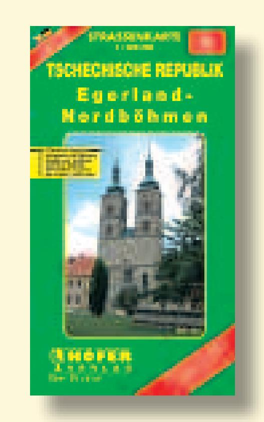
Wartheland-Ost
Kalisz – Lodz
2-sprachig deutsch-polnisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5577 PL012 12,90 €



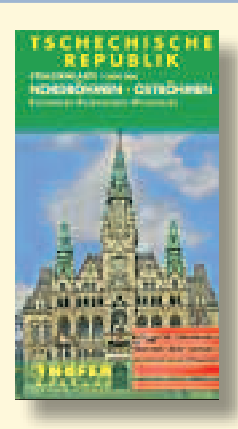
Stadtplan Breslau
Stettin – Kolberg – Landsberg
2-sprachig deutsch-polnisch
Maßstab 1: 16.500
Nr. P 5567 SP015 12,90 €



Stadtplan Stettin
Stettin – Kolberg – Landsberg
2-sprachig deutsch-polnisch
Maßstab 1: 15.000
Nr. P 5572 SP016 12,90 €



Tschechische Republik
Egerland – Nordböhmen
2-sprachig deutsch-tschechisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5536 CS001 12,90 €



Tschechische Republik
Nordböhmen – Ostböhmen
2-sprachig deutsch-tschechisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5537 CS002 12,90 €



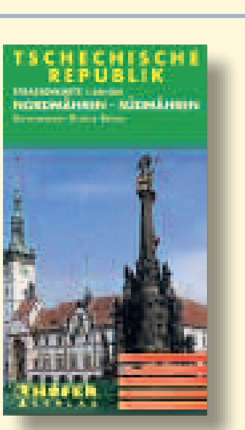
Tschechische Republik
Ostböhmen – Nordmähren
2-sprachig deutsch-tschechisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5538 CS003 12,90 €



Tschechische Republik
Südl. Egerland – Böhmerwald
2-sprachig deutsch-tschechisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5569 CS004 12,90 €



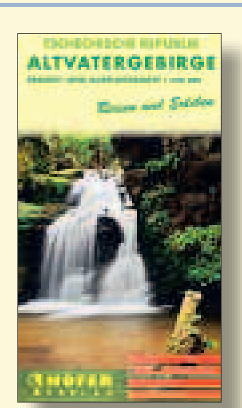
Tschechische Republik
Mittelböhmen
2-sprachig deutsch-tschechisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5574 CS005 12,90 €



Tschechische Republik
Nordmähren – Südmähren
2-sprachig deutsch-tschechisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5578 CS006 12,90 €



Tschechische Republik
Bäderdreieck
2-sprachig deutsch-tschechisch
Maßstab 1: 100.000
Nr. P 5580 CR301 12,90 €

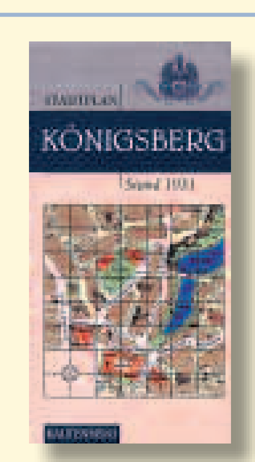


Tschechische Republik
Altvatergebirge
2-sprachig deutsch-tschechisch
Maßstab 1: 100.000
Nr. P 5570 CS306 12,90 €

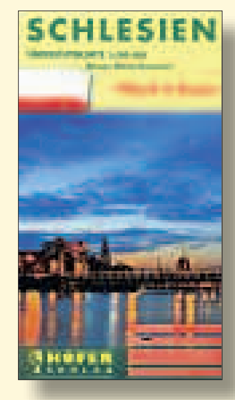
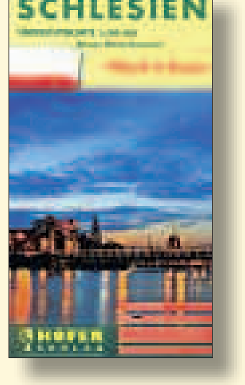


Jahresfahrplan 1942/1943
Amtlicher Taschenfahrplan für den Bezirk Stettin
Reprint der Originalausgabe
Kartoniert.
234 Seiten
Nr. P A0960 19,95 €

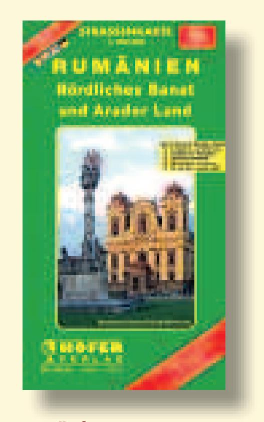
Die Reichsbahndirektion Stettin befand sich in der preußische Provinz Pommern und reichte bis Rostock bzw. bis Berlin. Wichtige Strecken in der Direktion waren (Berlin) Neustrelitz Neubrandenburg Stralsund Saßnitz (Hafen) (Schweden); (Berlin) Angermünde Stettin und Pasewalk Stralsund der Stettiner Bahn sowie die Strecke Stettin Stargard Köslin Stolp Lauenburg (Pommern) (Danzig). Die Gründung der privaten Eisenbahngesellschaft Berlin-Stettiner-Eisenbahn im Jahre 1836 mit Direktionssitz in Stettin gilt als Ausgangspunkt für die spätere Reichsbahndirektion Stettin. Der Taschenfahrplan enthält ein sehr umfangreiches Ortsverzeichnis, die allgemeinen Bestimmungen für Reisende im Jahr 1942, die Fernverbindungen, Streckenpläne, die Abfahrt und Ankunft der Züge in Stettin und Schifffahrtslinien.



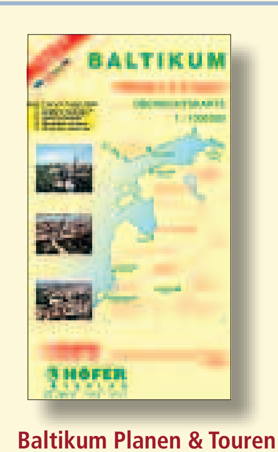
Stadtplan Königsberg
Historischer Stadplan von 1931
Maßstab 1: 15.000
Nr. P 5508 7,95 €

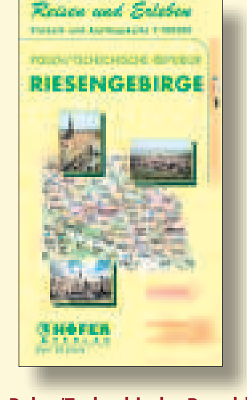
Schlesien Planen & Touren
2-sprachig deutsch-polnisch
Maßstab 1: 500.000
Nr. P 5581 PL111 12,90 €



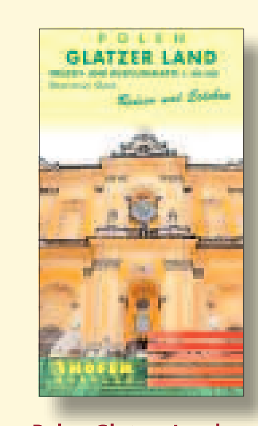
Rumänien
Nordliches Banat u. Arader Land
2-sprachig deutsch-rumänisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5579 RO801 12,90 €



Baltikum Planen & Touren
Kaliningrad – St. Petersburg
mehrsprachig
Maßstab 1: 1.000.000
Nr. P 5573 E/L/L666 10,90 €



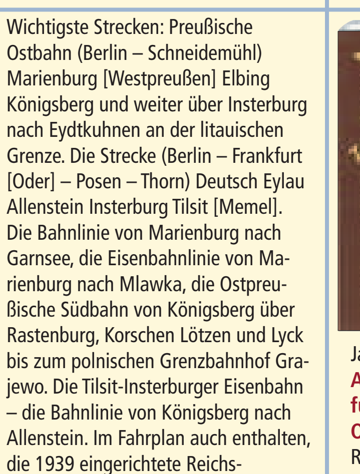
Polen/Tschechische Republik
Riesengebirge (3-sprachig)
dt.-tschechisch/dt.-polnisch
Maßstab 1: 100.000
Nr. P 5548 CR303 12,90 €



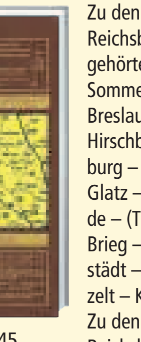
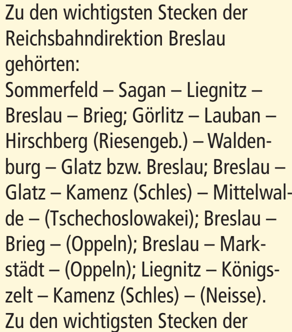
Polen Glatzer Land
Grafschaft Glatz
2-sprachig deutsch-polnisch
Maßstab 1: 100.000
Nr. P 5545 PL408 12,90 €



Jahresfahrplan 1943
Amtlicher Taschenfahrplan Königsberg (Pr.) und Danzig
Reprint der Originalausgabe
Kartoniert.
182 Seiten
Nr. P A0670 17,80 €



Wichtigste Strecken: Preußische Ostbahn (Berlin – Schneidemühl) Marienburg [Westpreußen] Elbing Königsberg und weiter über Insterburg nach Eydtkuhnen an der litauischen Grenze. Die Strecke (Berlin – Frankfurt [Oder] – Posen – Thorn) Deutsch Eylau Allenstein Insterburg Tilsit [Memel]. Die Bahnlinie von Marienburg nach Garnsee, die Eisenbahnlinie von Marienburg nach Mlawka, die Ostpreußische Südbahn von Königsberg über Rastenburg, Korschen Lötzen und Lyck bis zum polnischen Grenzbahnhof Grajewo. Die Tilsit-Insterburger Eisenbahn – die Bahnlinie von Königsberg nach Allenstein. Im Fahrplan auch enthalten, die 1939 eingerichtete Reichsbahndirektion Danzig mit der Strecke Danzig – Deutsch-Eylau – Warschau und alle im Westen davon gelegenen Strecken.

Jahresfahrplan 1944/1945
Amtlicher Taschenfahrplan für Niederschlesien und Oberschlesien
Reprint der Originalausgabe
Kartoniert.
Format 24 cm x 21 cm
144 Seiten
Nr. P A0671 19,80 €

Zu den wichtigsten Stecken der Reichsbahndirektion Breslau gehörten:
Sommerfeld – Sagan – Liegnitz – Breslau – Brieg; Görlitz – Lauban – Hirschberg (Riesengeb.) – Waldenburg – Glatz bzw. Breslau; Breslau – Glatz – Kamenz (Schles) – Mittelwalde – (Tschechoslowakei); Breslau – Brieg – (Oppeln); Breslau – Markstädt – (Oppeln); Liegnitz – Königszelt – Kamenz (Schles) – (Neisse).
Zu den wichtigsten Stecken der Reichsbahndirektion Oppeln gehörten: (Breslau) – (Brieg) – Oppeln – Beuthen; (Breslau) – Karlsmarkt – Oppeln; Brieg – Neisse – Deutsch Rasselwitz – Ratibor bzw. Heydebreck (Oberschles) – Gleiwitz – Hindenburg; Oppeln – Heydebreck (Oberschles) – Ratibor – (Oderberg/ Tschechoslowakei).

RAUTENBERG
BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname .... Name ....
Straße/Nr. .... Telefon ....
PLZ/Ort ....
Datum .... Unterschrift ....

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de
Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

MELDUNGEN

Linke fordert mehr Polizei

Leipzig – Die sächsische Landtagsabgeordnete Juliane Nagel (Linkspartei) hat verstärkte Polizeipräsenz im linksradikalen Leipziger Szenestadtteil Connewitz gefordert. Grund: „Rechte Hooligans“ aus Cottbus hatten angekündigt, Connewitz in „Schutt und Asche“ zu legen. Pikant: Ausgerechnet Nagel hatte 2014 eine linke Demonstration angemeldet, die sich unter dem Motto „No Police District Connewitz“ gegen die Eröffnung einer Polizeiwache in dem Stadtteil wendete. *H.H.*

Wegen »Neger« eingestampft

Chemnitz – Das Klinikum Chemnitz hat 8500 Exemplare seines Krankenhaus-Magazins einstampfen lassen, weil im Kreuzworträtsel das Wort „Neger“ abgefragt wird. Der Rückruf sei wegen des „moralischen und humanistischen Wertesystems“ ihres Hauses notwendig, so das Klinikum. Gegen die Agentur, die das Heft produziert hat, würden rechtliche Schritte geprüft. *H.H.*

ZUR PERSON

Kevin ist nicht allein zuhaus

Das war knapp. Nur 56 Prozent der Delegierten stimmten beim SPD-Parteitag für Koalitionsverhandlungen mit der Union. Dass sich der wenig triumphale Sieg der Parteispitze wie eine Niederlage anfühlte, war vor allem das Verdienst von **Kevin Kühnert**. Der 28-jährige Berliner betreibt seit seiner Wahl zum Juso-Chef im November wortreich Oppositionspolitik gegen die Koalitionsabsichten der Parteispitze.

Für Kühnert ist die Frage, Koalition mit der CDU ja oder nein?, auch eine Existenzfrage für die Partei, die schon jetzt in den Umfragen bei unter 20 Prozent liegt. Er sei nicht in die SPD eingetreten, „um sie immer wieder gegen die gleiche Wand rennen zu sehen“, und ergänzt: „Die Erneuerung der SPD wird außerhalb einer Großen Koalition sein. Oder sie wird nicht sein.“

Eine Erneuerung funktioniert selten gut mit altem Personal. Hier bringt sich das Redetalent Kühnert in Stellung, um die alte Tante SPD vor einem ähnlichen Schicksal zu bewahren wie die sozialistischen Parteien Italiens oder Frankreichs, die in der Bedeutungslosigkeit versunken sind. Viele Genossen sehen in dem Politikstudenten, der im Berliner Abgeordnetenhaus einer landespolitischen Nebentätigkeit nachgeht, bereits den jungen Wilden, der wie Österreichs Sebastian Kurz die alten Platzhirsche vertreiben könnte.

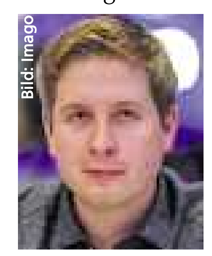


Bild: Imago

Er sei das Gesicht eines „Zwergenaufstands“, spöttelte CSU-Politiker Alexander Dobrindt bereits in Richtung Kühnert. Der 1,70 kleine Beamtensohn – der Vater arbeitet im Finanzamt, die Mutter im Jobcenter – könnte zum Goliath werden, wenn er die Parteibasis überzeugen kann, einen Koalitionsvertrag zu Fall zu bringen. In einigen Wochen sollen 440 000 SPD-Mitglieder darüber abstimmen. Wehe, wenn sie nein sagen. Dann ist Kevin König. *H. Tews*



Herr Schulz hat einen Anruf

Warum Macron ständig an der Strippe hängt, woher sie in Berlin nur diese Zahlen haben, und was der eigentliche Skandal ist / Der satirische Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Wenn die Telefonrechnung von Monsieur Macron bekannt wird, ist er die längste Zeit Frankreichs Präsident gewesen. Die muss horrend ausfallen. Der Chef im Elysée-Palast findet sogar Zeit, mit einem „Herrn Schulz“ zu telefonieren. Der hat jedenfalls letzten Sonntag behauptet, Macron habe ihn angerufen, worauf Herr Schulz sichtlich stolz ist.

Möglicherweise sind die Franzosen aber auch nachsichtig mit ihrer obersten Quasselstrippe. Schließlich verfolgt Macron mit der Dauersabbelei eine Mission: Er will an deutsches Geld, und zwar schleunigst. Seine Telefonpartner in Germanien würden ihm auch sehr gern ein paar Milliardchen rüberschieben. Solange sie die Bildung einer neuen regulären Regierung nicht zuwege bringen, scheinen die Kanäle irgendwie verstopft zu sein, durch welche die deutschen Steuergroschen nach Frankreich rauschen sollen, um „Europa zu stärken“.

Da hat es Alexis Tsipras leichter. Der Grieche muss niemanden mehr anrufen, für ihn reichen Beschlüsse im Athener Parlament, die wie Reformen aussehen, und schon sprudeln 6,7 Milliarden Euro ganz von selbst, von denen der Löwenanteil natürlich von den Deutschen stammt. Seit 2010 geht das so: Hellas bekommt Geld für „Reform- und Sparauflagen“, die „nach Auffassung der Experten zu einer baldigen Gesundung der griechischen Wirtschaft führen werden“, weshalb das Land „nach Ablauf der Hilfsmaßnahme wieder auf eigenen Beinen stehen kann“.

Es kam dann immer anders, was die Experten „überrascht“ hat, woraufhin ein weiteres Hilfspaket nötig wurde, was dann aber in jedem Falle das letzte sei. Bis das auch wieder nichts wurde, und das übernächste Programm aufgelegt wurde.

Jetzt indes hören wir, dass dieses Hilfspaket aber ganz, ganz sicher das definitiv letzte sein wird und im August ausläuft. Ab da könne Hellas nämlich wieder auf eigenen Beinen stehen, sagen die Experten. Da sind wir aber erleichtert. Zumindest solange, bis die Experten im Sommer „überrascht“ feststellen müssen, dass ...

Woher hat die deutsche Politik bloß das viele Geld? Ex-„Wirtschaftswoche“-Chef Roland Tichy hat ausgerechnet, dass der deutsche Fiskus seine Einnahmen seit 2009 von 550 auf 750 Milliarden Euro hochgeschraubt hat. Soll heißen: Er nimmt den Steuerzahlern pro Jahr fast um die Hälfte mehr weg als vor neun Jahren. Da kommt's her!

Wo es hingeht, steht im Sondierungspapier von Union und SPD: Das EU-Parlament soll zur Stützung von Pleiteländern künftig direkt in den deutschen Steuersäckel langen dürfen, ohne wie bisher zuvor den Bundestag befragen zu müssen. Die Pleiteländer haben die Mehrheit im EU-Parlament und werden eifrig für „mehr Gerechtigkeit“ und „mehr Europa“ sorgen, sobald die neue Groko die deutschen Tresore dafür geöffnet hat. Damit „Europa“ dort auch genug Geld vorfindet für die „Gerechtigkeit“, sperren sich Union und SPD tapfer gegen jede nennenswerte Steuerentlastung der Deutschen. Wir müssen nur noch Belgien überholen, dann schultern die Bundesbürger die weltweit höchste Steuer- und Abgabenlast aller 34 OECD-Länder.

Zum Glück sind wir Deutsche ein geduldiges Volk und wollen es überdies auch gar nicht so genau wissen. Macht nur schlechte Laune. Gute Nachrichten sind viel bekömmlicher. Daher hören wir es gern, wenn uns die Staatsmedien erzählen, dass kaum noch Asylsucher über die Grenzen kommen und der Familiennachzug der „subsidiär Schutzberechtigten“ auf 1000 Personen pro Monat begrenzt wird.

Wir wollen uns dagegen am liebsten die Ohren zuhalten und laut singen, wenn ein Polizeiführer der Bundespolizei dem „Welt“-Herausgeber und früheren „Spiegel“-Chefredakteur Stefan Aust erzählt, dass jeden Tag 500 bis 800 illegal eingereiste Zuwanderer an der deutsch-österreichischen Grenze aufgegriffen werden. Gut, immerhin werden die Leute aufgegriffen, und da sie illegal eingesickert sind, schmeißt die Polizei sie ja auch wieder raus, oder? Nein, sagt der Polizeiführer: „Sobald sie das Zauberwort Asyl sagen, dürfen wir sie auf Weisung des Bundesinnenministers (Thomas de Maizière, CDU) nicht zurückweisen, obwohl die deutschen Gesetze das verlangen.“

80 Prozent der Zauberwort-Kundigen hätten übrigens weder Pässe noch andere Identitätspapiere bei sich. Wie die ohne den Kram nur bis Österreich gekommen sind, bei den vielen (auch bewachten) Grenzen, die zwischen Afghanistan oder Afrika und der Alpenrepublik zu überwinden sind? Ach, vermutlich hat sie der tragische Verlust erst in Österreich ereilt. Nach der Schneeschmelze ist dort vermehrt mit Überschwemmungen zu rechnen, weil Berge weggeworfener Ausweispapiere die Straßengräben verstopfen.

> In Cottbus demonstrieren Bürger »und andere Nazis« gegen die Asylflut. Wir sind entsetzt!

Immerhin hat der Beamte auch etwas Erfreuliches zu erzählen, denn immerhin wird an der österreichischen Grenze einigermaßen mitgezählt, wer unter ministeriell gedecktem Gesetzesbruch zu uns kommt. Das ist doch schon was! An allen übrigen acht deutschen Außengrenzen werde nämlich überhaupt nicht kontrolliert.

Indem sich diese bemerkenswerten Nachrichten vor uns entfalten, staunen wir umso atemloser darüber, wie die Berliner Politiker mit Zahlen jonglieren, mit „Obergrenzen“ und „Kontingentierungen“, während sie selbst dafür sorgen, dass deren Einhaltung auf keinen Fall überwacht wird. Was soll der ganze Zirkus dann überhaupt? Für wen machen die diese Zahl? Na, für uns natürlich! Die Gefahr baldiger Bundestags-Neuwahlen ist schließlich nicht gebannt, und in Bayern geht's im Oktober sowieso an die Urnen. Bis dahin ist die Politik gut beraten, ihre Karten lieber nicht aufzudecken.

So heißt es in den Medien, „laut Schätzungen“ käme der Familiennachzug nur für 60 000 Personen infrage. Aust dagegen macht uns mit „internen Berechnungen des Bundesinnenministeriums“ bekannt, nach denen 680 000 Zuwanderer in Deutschland einen Rechtsanspruch auf Familiennachzug hätten. Zusammengerechnet heißt das, dass jeder der 680 000 im Schnitt nicht einmal 0,09 Verwandte nachholen dürfte. Anders ausgedrückt käme auf zehn schon hier Lebende weniger als ein verwandter Nachzügler. Mehr nicht? Wer soll das glauben?

Wenn es zu Neuwahlen kommt, werden die Politiker wieder heftig „um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger werben“, wie es dann immer heißt. Können sie sich eigentlich sparen. Um unser Vertrauen werben? Wir sind mit viel weniger zufrieden: Statt uns aufwendig zu umwerben, hört einfach auf, uns zu belügen. Reicht völlig.

Lügen ist ohnehin recht anstrengend. In den großen Staats- und Konzernmedien verlegt man sich daher lieber aufs Weglassen. So erfahren wir von Übergriffen von Asylsuchern auf Deutsche fast nur aus kleinen Regionalblättern, wenn überhaupt.

Daher ist es schon eine Überraschung, dass wir von diesem Vorfall in Cottbus gehört haben. Dort haben drei junge Syrer von einem mittelalten deutschen Ehepaar verlangt, dass es ihnen gefälligst Respekt zollen und den Vortritt in ein Einkaufszentrum gewähren sollte. Als die beiden Deutschen sich dazu nicht bereitfanden, attackierten die Syrer das Paar mit einem Messer. Nur das beherzte Eingreifen eines Passanten konnte Schlimmeres verhüten, wie wir lesen.

Und? Was ist jetzt berichtenswert? Daran gar nichts, doch dann geschah Ungeheuerliches: Da dies längst nicht der erste Übergriff von Asylsuchern auf Deutsche in Cottbus war, versammelten sich rund 2000 Bürger wenige Tage später zur Demo gegen die Missstände. Dabei wurden sogar Journalisten beschimpft, die später ganz sachlich über die Demonstranten „und andere Nazis“ berichtet haben, heißt es empört.

Merke: „Skandal“ sind nicht die Übergriffe von Asylsuchern, „Skandal“ ist, wenn Deutsche dagegen aufmüpfig werden. Jetzt wissen wir Bescheid.

MEINUNGEN

__Wolfgang Hübner__ hat sich für das Portal „PI-News“ (18. Januar) den __Kontrast__ zwischen Österreichs Kanzler __Sebastian Kurz__ und dessen deutscher Amtskollegin __Angela Merkel__ anlässlich von Kurz' Antrittsbesuch in Berlin angesehen

„Hier der forsche, aber höflich und verbindlich auftretende Wiener Schlaks, der als Außenminister Merkels Flüchtlingsinvasion gedrosselt hat und die Koalition mit der Austria-AfD nicht gescheut hat. Dort die versteinert und ausgebrannt wirkende, in ihrem überheblichen Wortmüll wühlende Spalterin des Kontinents ... Angela Merkel wirkt, gerade im direkten Kontrast zu dem Österreicher, gleich zweimal uralt. In ihrem Gesicht, ihren Bewegungen und ihrer Sprache ist alles erloschen, betoniert, formatiert. Sie hat Deutschland nichts mehr zu sagen, aber sie will um jeden Preis in Deutschland weiter das Sagen haben.“

__Ähnlich__ wertet auch __Hugo Müller-Vogg__ in „Tichys Einblick“ (18. Januar):

„Sie sind alt im Kopf, satt, selbstgefällig und unbeweglich. Alles, was diese Politiker noch kennzeichnet, die unter oder neben Angela Merkel Europa an die Wand gefahren haben, ist, dass sie in den entscheidenden Momenten der großen Herausforderungen völlig versagt haben. Übrig geblieben ist eine leere Rhetorik, eine Sprache, die nicht einmal mehr ideologisch genannt werden kann, so inhaltsleer ist sie geworden. Man redet wie aus der Retorte. Immer unwilliger, anklagender, plattitüdenhafter.“

__Arnold Vaatz__, 1989 Mitbegründer des Neuen Forums und heute Vizechef der CDU/CSU-Fraktion, nimmt in der „Super Illu“ (17. Januar) die __Dauerkampagne der deutschen Staatssender__ gegen US-Präsident __Donald Trump__ aufs Korn und zieht einen historischen Vergleich:

„Sie berieseln uns mit alten Ablagerungen aus ihren Gehirnwindungen, garniert mit dazu passenden Nachrichten ... Ihre Inquisitoren (Slomka, Kleber und Co.) und Hofnarren (Welke, Nuhr und Co.) jagen Trump, den Leibhaftigen, 24 Stunden am Tag. Karl-Eduard von Schnitzler ist auferstanden und spaziert vielköpfig mit Hightech über den Bildschirm. Schon das ist ein Verdienst von Trump, dies erkennbar gemacht zu haben.“

Der Historiker und „Alt-68er __Götz Aly__ (Jahrgang 1947) sieht im Interview mit der „Welt“ (19. Januar) __Palallelen der 68er-Bewegung zur NS-Bewegung__:

„Es gibt durchaus Parallelen zur nationalsozialistischen Studentenbewegung: das Antibürgerliche, das Niederschreien Andersdenkender, der Antiliberalismus, der totalitäre Glaube an eine angeblich gute Sache, die Hinwendung zum einfachen Volk ... Auch fühlten sich unsere wenigen jüdischen Professoren sehr schnell an 1933 erinnert.“

Auf die Frage der „FAZ“ (22. Januar), ob der __Nationalliberalismus in der FDP__ noch eine Rolle spielt, antwortete FDP-Parteivize __Wolfgang Kubicki__:

„Nein. Den gab es vor allem bis in die 60er Jahre des 20. Jahrhunderts. Heute gibt es in der FDP Strömungen, die Deutschland gegen andere Länder abschotten wollen, nicht mehr.“